

RAA Brandenburg (Hrsg.)


in Kooperation mit der Koordinierungsstelle des  
Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“



## 10 Jahre Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie



**10 Jahre Tolerantes Brandenburg –  
für eine starke und lebendige  
Demokratie**



# Impressum

RAA Brandenburg (Hrsg.)

in Kooperation mit der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg

RAA Brandenburg

Benzstraße 11/12

14482 Potsdam-Babelsberg

info@raa-brandenburg.de

www.raa-brandenburg.de

## **Redaktion:**

Alfred Roos, RAA Brandenburg

Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg

## **Fotos:**

Opferperspektive, Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, privat.

Wir danken für die Bereitstellung der Bilder.

## **Grafik:**

Nana Mankowski, Agentur VorSprung Berlin, [www.werbe-vorsprung.de](http://www.werbe-vorsprung.de)

## **Druck:**

Spree Druck Berlin GmbH, Berlin, [www.spreedruck.de](http://www.spreedruck.de)

Potsdam, im Juni 2008

## **Kostenlose Bestellung über:**

Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg Ministerium für Bildung,

Jugend und Sport des Landes Brandenburg

Heinrich-Mann-Allee 107 | 14473 Potsdam

Tel.: 0331/866 35 63 | Telefax: 0331/866 35 66

[www.tolerantes.brandenburg.de](http://www.tolerantes.brandenburg.de)

# Inhalt

<b>1. Toleranz – eine Zukunftsfrage für das Land Brandenburg</b> . . . . .	<b>4</b>
<i>Von Matthias Platzeck, Ministerpräsident des Landes Brandenburg</i>	
<b>2. Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“</b> . . . . .	<b>9</b>
<i>Von Burkhard Jungkamp, Staatssekretär und Koordinator der Landesregierung für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“</i>	
<b>3. 10 Jahre Tolerantes Brandenburg – 10 Jahre Förderung einer demokratischen Bürgergesellschaft</b>	
<b>Interviews, Bilder und Dokumente</b> . . . . .	<b>14</b>
<i>Zusammengestellt von Alfred Roos</i>	
3.1 Das rechtsextreme Problem in Brandenburg in den 90er Jahren . . . .	14
3.2 Gründung des landesweiten Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit . . . . .	17
3.3 Das Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ . . . . .	24
3.4 Blitzlichter und Erfahrungen aus 10 Jahren „Tolerantes Brandenburg“ . . . . .	30
<b>4. Das Beratungsnetzwerk Tolerantes Brandenburg im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“</b> . . . . .	<b>50</b>
<b>5. Die Partner im Handlungskonzept und im Beratungsnetzwerk</b> . . . .	<b>52</b>
5.1 Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit . . . . .	52
5.2 Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung/ Mobiles Beratungsteam . . . . .	54
5.3 Landessportbund Brandenburg . . . . .	56
5.4 Opferperspektive Brandenburg . . . . .	59
5.5 RAA Brandenburg . . . . .	63
<b>6. Literatur</b> . . . . .	<b>68</b>
<b>7. Adressen</b> . . . . .	<b>69</b>
<b>8. Anhang: Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“</b> . . . . .	<b>74</b>

Beilage in 3.000 Exemplaren:

DVD „... auf dem Weg zu einem toleranten Brandenburg.“

# 1. Toleranz – eine Zukunftsfrage für das Land Brandenburg

*Von Matthias Platzeck, Ministerpräsident des Landes Brandenburg*



Als die Landesregierung vor einem Jahrzehnt, am 23. Juni 1998, unter dem Titel „Tolerantes Brandenburg“ ein Handlungskonzept zur Auseinandersetzung mit Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit beschloss, war das ein deutliches Zeichen gegen die zunehmend spürbare Stimmungsmache und Gewaltbereitschaft gegen Fremde gerade unter jungen Menschen in unserem Land. Mit dem Handlungskonzept haben wir uns öffentlich dazu bekannt, dass Rechtsextremismus in Brandenburg zu einem Problem geworden ist. Deshalb bezog die Landesregierung nicht nur deutlich dagegen Stellung, sondern formulierte

konkrete Handlungsmöglichkeiten sowohl für die staatliche Seite als auch für eine engagierte Bürgergesellschaft.

Im Laufe der neunziger Jahre war es zu einer Häufung fremdenfeindlicher Übergriffe gekommen. Die traurige Tatsache, dass Menschen in Brandenburg durch fremdenfeindlich motivierte Straftaten großes Leid erfuhren und sogar zu Tode gekommen waren, war letztlich der Auslöser, um ein gesellschaftliches Bündnis zu begründen. Ebenso trugen die warnenden Stimmen, die eine Verfestigung von rechtsextremen und gewalttätigen Handlungsmustern in Jugendszenen voraussahen, dazu bei, dem Problem öffentlich entgegen zu treten. Rechtsextremen Strukturen war es teilweise gelungen, Tabugrenzen abzusenken und größere Akzeptanz in der Bevölkerung zu finden. Justiz und Polizei verfügten über die entsprechenden Mittel, um fremdenfeindlich motivierte Straftaten zu verfolgen und zu ahnden, ihnen waren aber für deren Vorbeugung Grenzen gesetzt. Um also wirksam gegen jede Form der Gewalt schon im Vorfeld vorzugehen und diese zu verhindern, waren umfassendere Strategien erforderlich. Der Landesregierung lag und liegt daran, die Einstellungen, die es ermöglichen, dass fremdenfeindliches Gedankengut in der

Mitte unserer Gesellschaft Fuß fasst, nachhaltig zu verändern. Nur wer lernt, dass Gewalt kein demokratisches Mittel der gesellschaftlichen Auseinandersetzung ist, findet auch zu einem toleranten und achtungsvollen Miteinander. Letztlich geht es um die Frage, was unser Gemeinwesen ausmacht, wie wir es gestalten wollen und erhalten können. Dazu bedarf es der aktiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, denn jedes Gemeinwesen beruht auf Mitgestaltung, Interessensausgleich, Kompromissfähigkeit und auf der demokratischen Auseinandersetzung, um die gemeinsamen Werte zu verteidigen.

Mit dem weiterentwickelten Handlungskonzept, das die Landesregierung im Dezember 2005 beschloss, wurde dieser Gedanke als Grundlage unseres demokratischen Gemeinwesens noch deutlicher betont. Alle Anstrengungen der Landesregierung, wie sie im Handlungskonzept nun aktualisiert und teilweise neu formuliert wurden, zielen nicht nur primär gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Das hier formulierte Leitbild steht vielmehr für eine lebendige und wehrhafte Demokratie, in der jeder Einzelne mit Zivilcourage Verantwortung für das Ganze übernimmt. Der Schwerpunkt verlagerte sich von der reinen Abwehr von rassistisch und ideologisch motivierten Straf- und Gewalttaten hin zur aktiven Gestaltung einer starken demokratischen Zivilgesellschaft. Die im Handlungskonzept formulierten Leitlinien sind deshalb gesamtgesellschaftliche Aufgaben.

In mehr als zehn Jahren ist ein breit gefächertes Beratungs- und Unterstützungsnetzwerk entstanden. Neben der Koordinierungsstelle der Landesregierung, angesiedelt beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, sind das vor allem das landesweite Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die Mobilen Beratungsteams (MBT), die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) sowie der Verein Opferperspektive. Die Koordinierungsstelle fungiert dabei als Scharnier zwischen staatlichen Stellen und Gesellschaft. Als eine Art Knotenpunkt laufen hier alle Aktivitäten der Landesregierung, der Einrichtungen auf Bundes- und Landesebene sowie der Kommunen mit den gesellschaftlichen Trägern zusammen. Ein wesentliches Anliegen der Landesregierung ist es, die kommunale Präventionsarbeit zu stärken und lokale Bündnisse und Initiativen zu unterstützen. Uns liegt daran, vor Ort eine intensive und fachlich fundierte Beratungsarbeit zu ermöglichen und die Demokratie zu stärken. Alle Aktivitäten sollen miteinander vernetzt und koordiniert werden. Gerade die Mobilen Beratungsteams und die Arbeitsstellen der RAA erfüllen in den ländlichen Räumen Brandenburgs eine wirksame Arbeit, um das Handlungskonzept umzusetzen. Durch professionelle Beratung helfen beispielsweise die Mobilen Beratungs-

teams, gemeinsam demokratische Grundwerte zu sichern und zu entwickeln, die Verantwortung jedes Einzelnen vor Ort zu stärken und rechtsextreme und rassistische Entwicklungen abzuwehren. Gesellschaftliche Initiativen, Bürgerinnen und Bürger können sich dort nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ im Hinblick auf das Engagement für ihr Gemeinwesen beraten lassen: Wie kann der soziale Zusammenhalt gestärkt werden? Wie können Zugewanderte und Flüchtlinge in das Gemeinwesen integriert werden? Wodurch können rechtsextreme und rassistische Übergriffe verhindert werden? Was kann man den Anfeindungen der Demokratie entgegen setzen? Entwickelt werden jeweils passgenaue Handlungsansätze für und mit Initiativen vor Ort. Diese Beratungspraxis ist für das Flächenland Brandenburg unverzichtbar. Die Stärkung der Demokratie und Zivilgesellschaft vor Ort bleibt nach wie vor eine große Herausforderung.

Insgesamt haben wir einen deutlichen Klimawandel erreicht. Das Tolerante Brandenburg und seine Projekte, die entschlossene Arbeit vieler Kommunen, Vereine und Verbände haben die demokratischen Strukturen deutlich gestärkt. Dass Brandenburg auf einem guten Weg ist, zeigen zahlreiche Beispiele wie die erfolgreichen Bürgerproteste in Halbe, die dazu beitrugen, dass alte und neue Nazis den dortigen Soldatenfriedhof nicht weiter als Wallstatt für ihr ‚Heldengedenken‘ missbrauchen können. Am „Tag der Demokraten“ am 18. November 2006, ein Tag vor dem Volkstrauertag, ist es gelungen, rund 8.000 Menschen gegen die Aufmärsche der Rechtsextremisten in Halbe zu mobilisieren. Auch andernorts zeigt sich in den letzten Jahren erfreulicherweise immer mehr, dass Bürgerinnen und Bürger nicht nur hinsehen, sondern handeln und sich mit den Opfern von Gewalt und Fremdenhass solidarisieren. So wird der im Jahr 2000 von der Stadt Potsdam gemeinsam mit dem Sportsportbund und der Evangelischen Kirche entwickelte Slogan „Potsdam bekennt Farbe – Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander“ von vielen gesellschaftlichen Gruppen, Vereinen und Initiativen genutzt, um ihre Arbeit in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Ein weiteres Beispiel ist die Initiative „Rathenow schaut nicht weg – Rathenow zeigt Flagge“ der Rathenower Bürgerschaft, mit der quer durch die gesellschaftlichen Gruppen eine breite Front gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit errichtet wurde. In diesem Zusammenhang verwundert es nicht, dass das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ und die entwickelten Strukturen inzwischen Modellfunktion und Vorbildcharakter für andere Bundesländer haben. Auch die Vernetzung auf und mit der Bundesebene gewinnt immer mehr an Bedeutung, um langfristige Strategien für mehr Vielfalt, Toleranz und Demokratie zu entwickeln.

Dies alles zeigt: Den Rechtsextremen stellt sich immer mehr friedlicher und wirkungsvoller Widerstand entgegen. Sich zu den Werten unserer Demokratie zu bekennen und diese aktiv zu leben, dieses Bewusstsein ist bei vielen Bürgerinnen und Bürgern in Brandenburg angekommen. Ein weiterer Aspekt gewinnt in diesem Zusammenhang zunehmend an Bedeutung: Toleranz und eine Kultur des gleichberechtigten Miteinanders sind im Verbund mit Innovation auch unverzichtbare Voraussetzungen für unsere Region, um Investitionen, kreative Talente und Touristen anzuziehen. Erst kulturelle Offenheit und ein Klima der Toleranz ermöglichen es, im Wettbewerb der Regionen zu bestehen. Wir müssen deshalb noch viel deutlicher als bisher machen, dass Toleranz nicht nur ein Gebot von Anstand und Ethik ist, nicht nur eine moralische Selbstverständlichkeit. Als ein sogenannter weicher





Standortfaktor schafft Toleranz Zukunft und ist damit heute eine entscheidende Bedingung für Wachstum, gute Arbeitsplätze und letztlich für den Erfolg einer Region. In Brandenburg eine umfassende „Kultur der Toleranz“ zu schaffen, ist darum nicht weniger als ein zwingendes Gebot der Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Trotz aller Erfolge ist klar, dass wir tragfähige Strategien auch in Zukunft brauchen. Auch für Brandenburg gilt: Der Respekt der Menschenwürde eines jeden Einzelnen und ein demokratischer Umgang sind die Ergebnisse einer dauerhaften Verständigung auf die gemeinsamen Werte in unserer Gesellschaft. Nur so kann verhindert werden, dass sich antidemokratische, autoritäre und menschenfeindliche Haltungen in der Mitte und Alltagskultur der Gesellschaft festsetzen können. Menschen empfinden ein Land vor allem dann als ihre Heimat, wenn sie sich geborgen fühlen und wenn das Land lebenswert ist. Deshalb kann unser Land nur gedeihen, wenn sich seine Bürgerinnen und Bürger positiv und konstruktiv für ihre gemeinsamen Lebenszusammenhänge in einer toleranten und weltoffenen Gesellschaft engagieren. Demokratie bedeutet Beteiligung, und sie bedeutet Zivilcourage. Da, wo die Demokratie stark ist, haben Rechtsextreme keine Chance. Eine starke Demokratie muss Tag für Tag neu erarbeitet und gelebt werden, damit das tolerante Brandenburg gedeihen kann. Das gilt ganz besonders im Hinblick auf die im Herbst anstehenden Kommunalwahlen. Unsere Wertegemeinschaft lebt von der Vielfalt und dem gegenseitigen Respekt. Das werden wir nicht durch scheinbar einfache Lösungen für komplexe Herausforderungen in Frage stellen lassen. Demokratie braucht aktive Demokratinnen und Demokraten, die Stellung beziehen und diese Werte verteidigen. Wir haben gemeinsam viel erreicht, um unser Land toleranter, weltoffener und lebenswerter zu machen. Dieses Engagement müssen wir fortsetzen, denn es geht um unsere gemeinsame Zukunft.

# Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“

## Zur Umsetzung des Handlungskonzeptes durch die Koordinierungsstelle der Landesregierung im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS)

*Von Burkhard Jungkamp, Staatssekretär und Koordinator der Landesregierung für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“*

Am 23. Juni 1998 beschloss die Landesregierung ihr Handlungskonzept gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. 2005 wurde das Handlungskonzept aktualisiert und in einigen Teilen neu formuliert. Zugleich wurde deutlich hervorgehoben, dass das Handlungskonzept vordergründig nicht nur gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ausgerichtet ist, sondern vielmehr als Leitbild der Landesregierung für eine starke und lebendige Demokratie, für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage steht. Die Leitlinien der Landesregierung wurden auch auf den Prüfstand gestellt, um den Veränderungen besser begegnen zu können, die im strategischen Vorgehen rechtsextremistischer Gruppierungen wie der NPD zur „kommunalen Verwurzelung“ abzeichnen.



Recht, Toleranz und Solidarität sind die zentralen Begriffe, die das Leitbild der Landesregierung von einem „Toleranten Brandenburg“ seither prägen und auch weiterhin prägen werden.

Das Handlungskonzept zielt auf

- die Unterstützung der Gesellschaft bei der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Gefährdungen;
- die Ächtung von Gewalt und die Unterstützung für die Opfer;
- die Stärkung demokratischer Strukturen der lokalen Öffentlichkeit;
- die Entwicklung von Toleranz und Solidarität und den konsequenten Abbau von Fremdenfeindlichkeit;
- die Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften im Umgang mit Gewalt und Rechtsextremismus und die Verstärkung der präventiven Arbeit insbesondere mit auffälligen Jugendlichen und Gruppen;
- die Sicherung des öffentlichen Lebens.

Die aufgeführten Ziele werden über drei zentrale, aufeinander bezogene Handlungsstrategien umgesetzt:

- durch eine Politik der klaren Signale,
- durch die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und
- durch die wirksame Organisation von Repression.

In den letzten Jahren haben die Menschen in Brandenburg an vielen Orten in beeindruckender Weise bewiesen, dass sie extremistische Erscheinungen nicht einfach hinnehmen, sondern bereit sind zu handeln. Das zeigt, dass Brandenburg bei der Bekämpfung des Extremismus ein gutes Stück vorangekommen ist. Brandenburg verfügt heute über

- eine gestärkte Zivilgesellschaft,
- gute Präventionsprogramme und
- konsequent angewendete Repressionsinstrumente.

Zu den erreichten Erfolgen stellt der Verfassungsschutz des Landes in seinem jüngsten Bericht denn auch bündig fest: *„Die gemeinsame Auseinandersetzung von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen mit dem Rechtsextremismus hat dafür gesorgt, dass neonazistische Gruppierungen vorerst keine bedeutenden Kameradschaftsorganisationen mit festen Strukturen und Funktionen bilden können“.*

Die Brandenburger Bürgerinnen und Bürger wollen Sicherheit. Sicherheit ist auch ein Standortfaktor. Extremismus gefährdet den Wirtschaftsstandort Brandenburg und damit die Entwicklung des Landes. Dies gilt in besonderem Maße für die Tourismusbranche, die schnell auf jeden sicherheitsrelevanten Vorfall reagiert. Dort jedoch, wo Extremismus und Gewalt auftreten, wollen sich Unternehmen nicht nieder-

lassen, dorthin wollen Touristen nicht reisen. Die jährlichen Einnahmeverluste allein der Tourismusbranche durch Rechtsextremismus beziffern Forschungsinstitute 2008 auf 42 Millionen Euro für Brandenburg.

Um eine wirksame, zeitnahe, kontinuierliche und damit nachhaltige Umsetzung des Handlungskonzepts zu erreichen, hat die Landesregierung den Staatssekretär im MBS mit der Koordination beauftragt und eine Koordinierungsstelle eingerichtet. Die Koordinierungsstelle gewährleistet zum einen die notwendigen Abstimmungsprozesse zwischen den einzelnen Ressorts der Landesregierung, sie organisiert zum anderen die regelmäßigen Kontakte und die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Akteuren, Partnern und Unterstützern des Handlungskonzepts in der Zivilgesellschaft.

Zu den wichtigsten Akteuren in diesem Kontext zählen

- das Mobile Beratungsteam (MBT), angesiedelt bei „DEMOS – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung“, mit seinen sechs Standorten im gesamten Land;
- die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA);
- das landesweite Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit;
- der Verein Opferperspektive.

Diese Akteure stellen sich in der vorliegenden Broschüre auch selbst vor. Eine Reihe anderer gesellschaftlicher Gruppierungen und Institutionen ist mittels konkreter Kooperationsvereinbarungen in die Bemühungen der Landesregierung eingebunden. Diese Vereinbarungen beschreiben das gemeinsame Bestreben, rechtsextremistische Tendenzen auf allen Ebenen und in möglichst vielen gesellschaftlichen Handlungsfeldern zu bekämpfen, für eine wachsende demokratische Kultur im Lande einzutreten und den Menschen Wege aufzuzeigen für ein eigenes, zumeist ehrenamtliches Engagement. Zu diesen Kooperationspartnern der Koordinierungsstelle des Handlungskonzepts der Landesregierung gehören

- die AOK Brandenburg – Die Gesundheitskasse;
- der Deutsche Fußball-Bund DFB (mit einer Patronatserklärung);
- der Deutscher Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg;
- das Europazentrum Brandenburg-Berlin (EZBB);
- die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd);
- die LAG Jugendkunstschulen u. kulturpädagogische Einrichtungen in Brandenburg e. V.;

- der Landesfeuerwehrverband Brandenburg;
- der Landesjugendring Brandenburg e. V.;
- die Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwule Belange im Land Brandenburg;
- der Landessportbund Brandenburg e. V.;
- der Landkreis Elbe – Elster;
- die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Brandenburg;
- die THW-Länderverbände Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt;
- die TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH.

Mit der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz hat die Landesregierung im Juni 2008 ein Kooperationsabkommen unterzeichnet, mit weiteren Verbänden und Organisationen, darunter auch Wirtschaftsunternehmen, steht der Abschluss von Vereinbarungen bevor. Andere Institutionen wie das „Kulturland Brandenburg“ oder der Hotel- und Gaststättenverband arbeiten mit der Koordinierungsstelle auf der Basis gemeinsamer Grundüberzeugungen informell zusammen. So unterstützt auch die Industrie- und Handelskammer (IHK) Potsdam als Selbstverwaltungsorgan der Westbrandenburger gewerblichen Wirtschaft mit einer Resolution vom November 2007 das Handlungskonzept der Landesregierung.

Entstanden ist mittlerweile auch ein breit gefächertes Beratungs- und Unterstützungsnetzwerk. Dieses **‘Beratungsnetzwerk Brandenburg’** wird mit Hilfe zweier Förderprogramme der Bundesregierung kontinuierlich ausgebaut. Seit 2007 wird das Netzwerk durch Koordinierungsstellen für das Projekt **„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“** und zur Förderung von **Partizipationsprojekten im Jugendbereich** ergänzt. Beide Koordinierungsstellen sind bei den RAA Brandenburg angebunden. Seit dem Juli 2007 ist auch die Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg (LSB) über das Projekt **„Verein(t) gegen Rechtsextremismus – Sport für Menschlichkeit und Toleranz“** engagiert. Dem Landessportbund kommt innerhalb des Handlungskonzepts eine besondere Bedeutung zu, da der organisierte Sport mit den Kreis- und Stadtsportbünden in Brandenburg über besonders gute Möglichkeiten verfügt, für mehr Menschlichkeit und Toleranz zu werben bzw. neue Ansätze im Sport zu entfalten. Zur Umsetzung dieses Ziels wurde eine deutschlandweit bislang einmaligen Stelle bei der Brandenburgischen Sportjugend geschaffen, die sich ausschließlich mit der Beratung der Sportvereine für diesen Themenbereich befasst.

Das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg hat sich in der Praxis bewährt. Seine Anliegen werden in die Gesellschaft hinein vermittelt, z. B. durch eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Es ist ihm gelungen, die politischen Verantwortlichen auf Landes- und kommunaler Ebene weiter zu sensibilisieren. Die wirkungsvolle Kombination aus Maßnahmen der umfassenden Prävention und konsequenter Repression, flankiert von zügig urteilender Justiz sowie aktiver Aufklärungsarbeit durch den Verfassungsschutz und die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg werden wir fortsetzen. Denn der Rechtsextremismus ist in Brandenburg nach wie vor das zentrale Problem im Bereich Extremismus und der damit verbundenen Kriminalität. Nach wie vor ist die Gefahr, die besonders für junge Menschen von ihm ausgeht, nicht zu unterschätzen.

Mit dieser Broschüre wollen wir einen weiteren Beitrag für eine starke und lebendige Demokratie leisten.

# 3. 10 Jahre Tolerantes Brandenburg – 10 Jahre Förderung einer demokrati- schen Bürgergesellschaft

## Interviews, Bilder und Dokumente

*Zusammengestellt von Alfred Roos*

### 3.1 Das rechtsextreme Problem in Brandenburg in den 90er Jahren

In den frühen 90er Jahren, nach der friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit, explodierten die Zahlen gewalttätiger Übergriffe, vor allem auf zugewanderte Menschen, aber auch auf Jugendliche, die nicht dem rechtsextremen Milieu angehörten. In der gesamten Bundesrepublik nahm die Zahl rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalttaten zu Beginn der 90er Jahre stark zu, 1990: 178; 1991: 849, 1992: 1.485. In den folgenden Jahren stabilisierte sich die Zahl der Gewalttaten auf hohem Niveau (600 und 800 Gewalttaten im Jahr).

Der Potsdamer Politikwissenschaftler Heinz Kleger beschreibt das Land Brandenburg in den 90er Jahren als „kompromittiertes Land“: Brandenburg war in der deutschen und internationalen Presse vor allem mit fremdenfeindlichen Übergriffen in den Schlagzeilen. Die ersten Todesopfer nach der friedlichen Revolution, die aus rassistischen und fremdenfeindlichen Gründen angegriffen wurden, waren 1990 in Brandenburg zu beklagen: Andrzej Fraczak, ein junger Pole in Lübbenau, und der Angolaner Amadeu Antonio in Eberswalde.

Bezogen auf die jeweilige Einwohnerzahl lagen die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg regelmäßig an der Spitze der Zahl der Gewalttaten. Pogrome in Hoyerswerda (Sachsen) 1991, Rostock-Lichtenhagen (Mecklenburg-Vorpommern) 1992, die Morde in Lübben und Eberswalde, aber auch die mörderische Hetzjagd in Guben 1999 haben diese Orte zu Synonymen rechtsextremer Gewalt werden lassen.



Immer wieder wurden Imbisse zum Ziel rechtsextremer Angriffe. Aber: Jugendliche und Erwachsene zeigten sich mit den Opfern solidarisch. Hier z. B. in Rheinsberg.

Insbesondere im ländlichen Raum und in Jugendeinrichtungen gelang es rechtsextremen und gewaltbereiten Jugendlichen, den Ton anzugeben und andere Jugendkulturen zu verdrängen. Ziele rechtsextremer Gewalt wurden häufig geplante oder sogar schon von Flüchtlingen bewohnte Asylbewerberheime und Aussiedlerunterkünfte.

Obleich längst nicht alleine ein ostdeutsches Phänomen (Mölln 1992, Solingen 1993), so machte die brandenburgische Ausländerbeauftragte Almuth Berger darauf aufmerksam, dass für Ausländerinnen und Ausländer und Menschen mit erkennbarem Zuwandererhintergrund das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit eingeschränkt war. Es gab Orte, auch an öffentlichen Plätzen wie Bahnhöfen, Marktplätzen usw., wo „Fremde“ ein Spießrutenlaufen an Beleidigungen und Drohungen über sich ergehen lassen mussten („Alltagsrassismus“) und insofern ohne Angst sich nur schwer bewegen konnten. Die Folge war, dass Flüchtlinge ihre Heime fluchtartig in Richtung Westdeutschland verließen und viele Asylbewerber darum baten, nicht nach Ostdeutschland verteilt zu werden.

1996 und 1997 häuften sich außerdem Meldungen von Berliner Jugendgruppen und Schulklassen, die sich über Beleidigungen und Angriffe auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund beklagen, so dass Ausflüge und Klassenfahrten nach Brandenburg storniert wurden, da die Lehrkräfte und Eltern Angst um ihre Schülerinnen und Schüler hatten.



Die öffentliche Wahrnehmung richtete sich jedoch in erster Linie auf Gewalttaten, die allzu häufig mit dem Alkoholkonsum der in der Regel männlichen Täter verharmlosend interpretiert wurden. Die Täter waren entgegen der landläufigen Vermutung seltener arbeitslose Jugendliche, sondern sie befanden sich häufig in Ausbildung und Beruf.

Die Reaktionen der Bundesregierung und der Länder lagen noch bis weit in die 90er Jahre hinein einerseits im Bereich der polizeilichen und repressiven Maßnahmen, andererseits wurde versucht, dem Problem mit Programmen gegen Gewalt präventiv entgegen zu wirken. Nach den Gewalttaten in den frühen 90er Jahren wurden einige neonazistische Organisationen verboten. Dies führte zur kurzzeitigen Verunsicherung der neonazistischen Organisationen, gleichzeitig gründeten die betreffenden Personen aber lockerere Zusammenschlüsse. Im Jahr 2000 wurden bundesweit laut Verfassungsschutz über 150 solcher Kameradschaften gezählt, die einen unterschiedlich hohen Organisationsgrad hatten.

Präventiv wirkende Ansätze wurden durch einen Modellversuch der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung angestoßen. Im Rahmen dessen wurden in den neuen Ländern „Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule“ (RAA) 1992 eingerichtet, andererseits gründete die Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg 1992 ein erstes Mobiles Beratungsteam (MBT), das später in der Trägerschaft der RAA Brandenburg arbeitete. Nach dem Abschluss des Modellversuchs wurde von der Landesregierung entschieden, die Arbeit der RAA Brandenburg dauerhaft durch Landesmittel zu fördern.

Ein weiteres Bundesprogramm wurde von der Bundesregierung im Jahre 1992 für die neuen Bundesländer aufgelegt, um den gewalttätigen und fremdenfeindlichen Aktivitäten zu begegnen. Das Programm war zunächst bis 1994, dann bis Ende 1996 befristet. Ziel des Modellprogramms waren die Reduzierung und Verhinderung



*Die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg, Prof. Dr. Karin Weiss, bei der Begrüßung des Zugs der Erinnerung in Potsdam 2008*



*Wolfram Hülsemann (ehemaliger Leiter demos) im Gespräch mit Almuth Berger, Dr. Manfred Stolpe, und den beiden ehemaligen Vorsitzenden des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Dr. Rolf Wischnath und Heinz-Joachim Lohmann*

von Gewalt durch sozialpädagogische Angebote (Prävention). Das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) knüpfte dabei an den in den 80er Jahren in Bremen entwickelten sozialpädagogischen Ansatz der „akzeptierenden Jugendarbeit“ an, um mit marginalisierten Gruppen von rechtsextremen Jugendlichen zu arbeiten. Vor allem die in einigen Projekten in den neuen Bundesländern praktizierte naive Umsetzung dieses Ansatzes führte dazu, dass es rechtsextremen Gruppen gelingen konnte, die Oberhand in Jugendclubs zu gewinnen. Dadurch wurde der Ansatz der „akzeptierenden Jugendarbeit“ in seinem Ruf erheblich beschädigt. Ausgangspunkt dieser Problemlage war, dass zu wenige qualifizierte sozialpädagogische Fachkräfte für diese Arbeit zur Verfügung standen bzw. im Rahmen der Maßnahmen finanziert werden konnten, so dass die Qualität der Arbeit nicht gesichert werden konnte.

Die Schaffung einer qualifizierten Grundstruktur in der Jugendarbeit stand deshalb im Mittelpunkt des seit 1996 bestehenden sogenannten 610-Stellen-Programms des Landes Brandenburg, durch das die Kreise und Kommunen bei der Einrichtung von Personalstellen für sozialpädagogische Fachkräfte in der Jugendarbeit unterstützt wurden.

### **3.2 Gründung des landesweiten Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**

Schon Mitte der 90er Jahre hatte die damalige Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg, Almuth Berger, eine Arbeitsgruppe zusammengerufen, in der Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen und Fachleute Handlungsstrate-

gien gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit diskutierten. Es wurde auch außerhalb dieses Diskussionszusammenhangs immer offensichtlicher, dass rechtsextreme Gewalttaten und fremdenfeindliche Übergriffe nicht allein

## Interview mit Dr. Manfred Stolpe, Ministerpräsident des Landes Brandenburg 1990 bis 2002, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen 2002 bis 2005



Dr. Manfred Stolpe im Gespräch mit der Geschäftsführerin des Aktionsbündnisses Anna Spangenberg

Sehr geehrter Herr Dr. Stolpe, 1997 haben Sie die landesweiten Verbände, Kirchen, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen dazu aufgerufen, ein „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ zu gründen. 1998 gab sich Ihre Landesregierung das „Tolerante Brandenburg“ als Konzept für das staatliche Handeln gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Brandenburg.

**Was waren Ihre Beweggründe und welche Hoffnungen haben Sie damit verbunden?**

*Als Anfang der 90er Jahre in Brandenburg Hetze gegen Ausländer vorkam und auch brutale Angriffe gegen sie stattfanden, vermutete ich verwirrte Einzeltäter. Ich war dagegen, diese Fälle durch Dramatisierung aufzuwerten, und fürchtete um das Ansehen Brandenburgs. Doch diese widerlichen Vorkommnisse rissen nicht ab. Das ging die ganze Zivilgesellschaft an. Ich wollte, dass die schweigende Mehrheit der Gutwilligen zu einer handelnden Mehrheit wird. Gemeinsames Handeln der Gewerkschaften, Kirchen und aller Verbände war nötig. Das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hat diese Aufgabe erfolgreich angepackt. Das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg hat die Koordinierung unterstützt und Aktivitäten der Ministerien eingebracht. Es gelang, zivilgesellschaft-*

durch Repression und jugendspezifische Programme zurückgedrängt werden können, sondern rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellungen eine weite Verbreitung in der Gesamtbevölkerung haben.

*liche Strukturen zu festigen und viele Menschen zu gewinnen, couragiert für ein tolerantes, menschenfreundliches Brandenburg einzutreten.*

**Im Vergleich mit den anderen Landesregierungen in den östlichen Bundesländern war Brandenburg das erste Bundesland, das die Bedrohung der Demokratie durch Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit mit einem systematischen Bündel an Maßnahmen im Rahmen des Handlungskonzepts beantwortet hat. Wie wurde dieses Engagement auf Bundesebene und von den anderen Bundesländern wahrgenommen?**

*Die Brandenburger Aktivitäten wurden auf der Bundes- und Länderebene zunächst wenig ernst genommen, als Aktionismus gewertet und sogar als Indiz dafür gesehen, dass wir es besonders nötig hätten. In der Zusammenarbeit an Einzelprojekten wie der Koordinierungsgruppe Bekämpfung des Rechtsextremismus, dem Forum gegen Rassismus, dem praxisorientierten Umgang mit rechtsextremistischen Aktivitäten und verschiedenen Bundesprogrammen wurde dann aber mehr und mehr das Modellhafte der Brandenburger Maßnahmen gesehen. Auch unsere Mobile Beratung und das Projekt „Elternwege“ finden große Beachtung. Brandenburg ist heute für Bund und Länder ein Vorarbeiter im gemeinsamen Ringen um Menschenwürde und Toleranz.*

**Nach 10 Jahren Tolerantes Brandenburg: Wo sehen Sie die zukünftigen Aufgaben für die Landesregierung mit ihrem Handlungskonzept?**

*Auch künftig muss mit allen Kräften der Gesellschaft gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Hass und Gewaltbereitschaft vorgegangen werden. Unsere Netzwerke sollten ausgebaut werden. Die Kooperation mit starken gesellschaftlichen Partnern sollte durch Projekte mit neuen Ideen weiter aktiviert werden. Besonders nötig ist das Zusammenwirken mit den Kommunen und dem gesamten Schulbereich. Eine bunte Palette vernetzter lokaler Aktivitäten schafft ein Klima der Toleranz und hilft, auch bei spontanen Herausforderungen gegen Rechtsextremisten wirkungsvoll zu reagieren.*

1997 rief Ministerpräsident Manfred Stolpe zur Gründung eines landesweiten Aktionsbündnisses auf. Regierung und landesweit tätige freie Träger, Verbände, Religionsgemeinschaften sollten deutlich machen, dass sie für die Bekämpfung von Gewalt, Kriminalität, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus einstehen.

In einer Pressemitteilung zur Gründung des Aktionsbündnisses vom 22.05.1997 wurden seine Aufgaben folgendermaßen beschrieben: *„Das Bündnis wird vorhandene und geplante Maßnahmen der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention bündeln, analysieren, miteinander in Beziehung setzen und der Landesregierung nach ressortübergreifender Diskussion der Probleme entsprechende Lösungsvorschläge unterbreiten.“*

Ursprünglich hatte die Landesregierung nicht die Gründung eines Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vorbereitet, sondern eines Landespräventionsrates. Dieser sollte dem Innenministerium bei der Kriminalitätsbekämpfung beratend zur Seite stehen. In der entscheidenden Kabinettsitzung am 25.03.1997 wurde die Vorlage zum Landespräventionsrat diskutiert und mit einer Änderung beschlossen: Der Name des Gremiums war nun „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“. Mit dieser kleinen Namensänderung wurden jedoch auch die Funktion und die Zielrichtung des Unterfangens grundsätzlich verändert, Erwartungen geweckt und ein Anspruch formuliert, die weit über einen Landespräventionsrat hinausgingen.

Innenminister Alwin Ziel zur Gründung am 22.05.1997:

*„Wir wollen ein kritisches Bündnis, das mit uns real die Lage beurteilt, damit wir rasch zu praktikablen Lösungen finden. Es soll herausfinden und auflisten, welche Maßnahmen wer ergreifen muß, um den drängenden Problemen von Gewalt wirklicher begegnen zu können. (...)*

*Wir brauchen neue Konzepte – Konzepte gegen die bedrückenden Ausbrüche von Gewalt; Konzepte gegen den – trotz besseren Wissens – scheinbar unaussrottbaren Rechtsextremismus; Konzepte wider die Intoleranz gegenüber allem Fremden. Unsere Allianz ist so ein neues Konzept.“*

Mit der Gründung des Aktionsbündnisses auf Beschluss der Landesregierung wurde der Ansatz Almut Bergers auf eine breitere Basis gestellt. Die 29 Gründungsmitglieder, die dem Aufruf des Ministerpräsidenten folgten, waren:

- Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirk Berlin/Brandenburg
- Deutscher Richterbund – Bund der Richter und Staatsanwälte LV Brandenburg
- Deutscher Journalistenverband Landesverband Brandenburg e.V.
- Erzbistum Berlin der Römisch-Katholischen Kirche
- Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg
- Jüdische Gemeinde Brandenburg
- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.
- Handwerkskammern
- Industrie- und Handelskammern
- Landesarbeitsgemeinschaft der sozio-kulturellen Zentren e.V.
- Landesbauernverband Brandenburg e.V.
- Landesjugendring Brandenburg e.V.
- Landesrat der Eltern
- Landeslehrrat
- Landeschüler/-innenrat
- Landesrektorenkonferenz (2 Sitze)
- Landessportbund Brandenburg e.V.
- Liga der Freien Wohlfahrtspflege im Land Brandenburg
- Landkreistag Brandenburg
- Städte- und Gemeindebund Brandenburg
- Staatskanzlei – Landeszentrale für politische Bildung
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg
- Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg
- Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
- die Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg
- Senatsverwaltung für Inneres Berlin.

Inzwischen hat das Aktionsbündnis über 50 Mitglieder. Die Landesregierung ist seit 2000 mit einem Gästestatus beteiligt.

Wichtige Aktivitäten des Aktionsbündnisses in den ersten Jahren waren u. a. eine Tagung in Frankfurt (Oder) 1998 zum Thema „Chancen und Probleme einer Grenzregion“. Ebenso wurde eine Kommission eingesetzt, die sich mit der Integration von Ausländern befassen sollte. Beim Herbstplenum 1998 wurde die Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung durch Fremdenfeindlichkeit und Rechts extremismus in den Mittelpunkt gerückt. Im November 1998 wurde die

## Interview mit Almuth Berger, Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg 1991 bis 2006



**Sehr geehrte Frau Berger, seit Sie das Amt der Ausländerbeauftragten 1991 angetreten haben, waren Sie sofort konfrontiert mit rechtsextremem Gewalt, die sich gegen Ausländer und Deutsche mit anderer Hautfarbe richtete. Warum explodierten aus Ihrer Sicht die Übergriffe in 90er Jahren?**

*Auch in der DDR hatte es Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gegeben, aber das wurde tabuisiert. Andererseits erlebte man durchaus Ausgrenzung von Ausländern trotz des ideologischen Anspruchs von Völkerfreundschaft und Solidarität. Nach der Wende kam manches an die Oberfläche, was vorher unter der Decke gehalten worden war. Die massiv und häufig auch aggressiv zum Ausdruck gebrachte Ablehnung von Fremden war eine Mischung aus Ängsten und Unsicherheiten in der neuen Situation, Frustrationen über eigene Defiziterfahrungen, Enttäuschung über ausbleibenden Wohlstand. Das Gefühl, mit seiner Ausbildung, seiner Arbeit nicht anerkannt zu werden und weniger wert zu sein, bot einen Nährboden für nationalistisches Gedankengut. Der „Stolz darauf, Deutscher zu sein“, war ein Ausgleich für Minderwertigkeitsgefühle, Ausländer waren bequeme Sündenböcke für Wut, Frustrationen und Existenzängste. „Ausländer raus“ – die Parole fand viel Zustimmung, auch von solchen, die sie nicht mit dem Baseballschläger oder mit Brandanschlägen zum Ausdruck brachten.*

**Die politische und wirtschaftliche Umbruchsituation in den neuen Ländern ist geschichtlich beispiellos. Wo sahen sie in den frühen 90er Jahren Handlungsbedarf und wie hat die Landesregierung reagiert?**

*Die gesellschaftlichen und sozialen Änderungen erforderten in der Tat ungeheure Anpassungsleistungen für jeden einzelnen, um seinen Alltag zu bewältigen. In dieser angespannten Situation war es für die Kommunen oft eine große Schwierigkeit, die sofort von ihnen verlangten Pflichten der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und Spätaussiedlern zu bewältigen. Für die eigentlich notwendige mentale*

Vorbereitung der Bevölkerung war weder Zeit noch Kraft, noch gab es genügend Leute mit den dafür erforderlichen Kenntnissen. „Interkulturelle Kompetenz“ – heute fast überall gefordert – war nur wenigen als Stichwort bekannt und noch weniger inhaltlich vertraut. Angesichts der medialen Stimmung gegen Asylbewerber in den frühen 90er Jahren („Das BOOT ist voll“) wären sachliche Informationen über Fluchtursachen und effektivere Entwicklungspolitik nötig gewesen, ebenso Hilfen für die Kommunen und eine sachgemäße Migrations- und Integrationspolitik. Das ist sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene nicht bzw. viel zu wenig geschehen.

Stattdessen wurden Grundgesetz und Asylrecht geändert, Asylsuchende als „Wirtschaftsasyllanten“, die „Asylmissbrauch“ treiben, kriminalisiert. Leistungen für sie drastisch reduziert, Rechte beschnitten. Diese bundesweite Entwicklung fand natürlich auch in Brandenburg statt. Man meinte, damit die als „Asylbewerberfeindlichkeit“ diagnostizierte Fremdenfeindlichkeit einzudämmen. Dass dies ein Irrtum war, wollte man lange nicht wahrhaben und hat die Gefahr sowohl von rassistischen, als auch von rechtsextremistischen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft unterschätzt.

Trotzdem hat die Brandenburger Landesregierung früher als andere östliche Bundesländer Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit und für ein offenes, demokratisches Klima nachdrücklich unterstützt. Schon ab 1992 wurden z. B. mit der Unterstützung der von der Ausländerbeauftragten initiierten „Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule“ (RAA) sowie dem ersten Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus deutliche Zeichen gesetzt und Kommunen und Schulen Hilfen angeboten.

## **10 Jahre TBB – wo sehen Sie für die zukünftige Arbeit Schwerpunkte?**

Das „Tolerante Brandenburg“ ist noch lange keine Zustandsbeschreibung, sondern nach wie vor eine Zielstellung. Einen Schwerpunkt sehe ich immer wieder darin, aus einem „Handlungskonzept“ der Landesregierung wirklich ein Programm der Brandenburgerinnen und Brandenburger werden zu lassen. Fortschritte dabei sind durchaus wahrzunehmen. Es muss aber noch deutlicher werden, dass Toleranz und Weltoffenheit die Überlebens – und Zukunftfrage für Brandenburg sind und auf dem Weg dahin noch viele mitgenommen werden müssen, die bisher abseits stehen. Deutliche Signale von Parlament und Landesregierung nicht nur auf Festveranstaltungen sind immer wieder nötig und Initiativen – Einladungen, den Weg mit zu gehen –, die sich nicht nur an Jugendliche wenden, sondern an alle Altersstufen.



2. Potsdamer Jugendkonferenz organisiert, auf der Ursachen von Rechtsextremismus in der Jugendszene analysiert und Strategien zu dessen Eindämmung diskutiert wurden. 1999 startete ein Programm zur Vernetzung und Unterstützung kommunaler Initiativen und Akteure auf einer. Wesentliche Aufgabe war es aber, öffentlich zu den Problemen Stellung zu nehmen, insbesondere die Schicksale von Opfern bekannt zu machen und deutlich werden zu lassen, dass es ein anderes Brandenburg gibt, das weltoffen und tolerant ist.

### **3.3 Das Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – gegen Gewalt, Rechts- extremismus und Fremdenfeindlichkeit“**

Mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ hat die Landesregierung im Jahr 1998 ein ressortübergreifendes Programm installiert, in dem einerseits Aktivitäten der vergangenen Jahre in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit aufgenommen und teilweise verstärkt, andererseits neue Ansätze gesucht und umgesetzt wurden.

Ziel war es von Anfang an, ein Zeichen zu setzen, dass die Landesregierung das Problem des Rechtsextremismus ernst nimmt und deshalb seine Bekämpfung als Querschnittsaufgabe der Landesregierung definiert.

Schon 1998 war deutlich, dass der mit dem Handlungskonzept begonnene Weg lang sein würde und immer wieder auch Rückschläge zu beklagen seien.

Zuvor hatte Ministerpräsident Stolpe in seiner Neujahrsansprache 1997/1998 die Problemlage auf den Punkt gebracht:

*„Neben Solidarität und Gerechtigkeit sind Toleranz und Weltoffenheit Voraussetzungen einer humanen Gesellschaft. Zu meinen schlimmen Erfahrungen gehören Gewalttaten und Fremdenfeindlichkeit, die sich in Brandenburg ereigneten. Richtig bleibt, daß hierzulande zehntausende Aussiedler und Ausländer gastfreundlich aufgenommen wurden. Aber die Untaten einiger bestimmen dann das Bild. Es muß dabei bleiben, allen Menschen in Brandenburg ohne Ansehen der Religion, der Herkunft, der Hautfarbe oder des Geschlechts ein Leben in Sicherheit und Würde zu garantieren. Dafür müssen wir alle entschlossen eintreten. Das gebietet die Menschenwürde. Und schließlich muß doch jeder begreifen, daß niemand im Ausland*

*Brandenburger Produkte kauft oder bei uns investiert, wenn Brandenburg ausländerfeindlich wirkt.“*

Mit dem Beschluss der Landesregierung vom 23. Juni 1998 wurde das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ verbindliches Leitbild für die Regierungstätigkeit.

Im Rückgriff auf die Verfassung des Landes formuliert das Handlungskonzept als Leitbild für das Handeln der Landesregierung: **Recht, Toleranz und Solidarität – Wahrung der Würde und der Freiheit des Menschen.** Das Leitbild ‘Tolerantes Brandenburg’ orientiert sich an der im 17. und 18. Jahrhundert praktizierten aktiven Einwanderungspolitik in Brandenburg und Preußen (Heinz Kleger 2006). Langfristige Prävention und Repression gegenüber rechtsextemem Handeln bilden die Pfeiler des Konzepts:

*Der in diesen Grundwerten abgebildete Konsens wird durch das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger getragen. Dennoch gibt es in den Kommunen und auf Landesebene darüber Konflikte, wie diese Werte praktisch ausgestaltet werden sollen. Diese Konflikte sind mit den Mitteln der demokratischen Gesellschaft und unter Beteiligung möglichst vieler zu lösen. Eine solche Vorgehensweise kennzeichnet die „Zivilgesellschaft“. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft und eines demokratischen Bewusstseins kann nicht durch Delegation auf öffentliche Institutionen ersetzt werden.*

*Eine moderne Zivilgesellschaft benötigt insbesondere lokale demokratische Strukturen und eine entsprechende kommunale Öffentlichkeit. Die Landesregierung wird die Entwicklung dieser Strukturen weiterhin unterstützen und begleiten. Die Förderung von Toleranz und Solidarität, Internationalität und Begegnung genießt einen hervorragenden Stellenwert bei allen Bemühungen, das soziale Klima im Land Brandenburg zu verbessern.*

*Die gesamte Gesellschaft muss dafür gewonnen werden, entsprechende Ziele zu verfolgen, denn Gesetze und staatliches Handeln allein reichen nicht aus, entgegenstehenden Orientierungen und Erscheinungen zu begegnen. Die Landesregierung setzt deshalb mit ihrem Handlungskonzept auf die Bereitschaft vieler Menschen im Land, sich aktiv einzusetzen. Sie sollen nachhaltig und beständig angeregt und ermutigt, unterstützt und beteiligt werden.*

So wurde im Handlungskonzept ein Maßnahmenkatalog beschrieben, der folgende Bereiche betraf:

1. die Gesellschaft mobilisieren,
2. Gewalt ächten, Opfer unterstützen,
3. kommunale Öffentlichkeit entwickeln, lokale demokratische Strukturen unterstützen,
4. Aktivitäten für Toleranz, Solidarität und Abbau von Fremdenangst unterstützen, Räume für Eigeninitiative und Mitbestimmung öffnen,
5. Lehrkräfte und sonstige pädagogische Fachkräfte im Umgang mit Gewalt und Rechtsextremismus qualifizieren,
6. präventiv mit auffälligen Jugendlichen und Gruppen arbeiten,
7. das öffentliche Leben sichern, Bedrohungen mit Mitteln von Polizei und Justiz entgegentreten.

Einzelne Maßnahmen knüpften an Aktivitäten an, die auch schon vor der Schaffung des Handlungskonzepts 1998 Bestandteil gesellschaftlichen und staatlichen Handelns waren und nun in das Handlungskonzept integriert wurden. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Repression:

- Mobile Einsatzeinheiten gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit (**MEGA**): Zu Beginn des Jahres 1998 hatte sich die Landesregierung vor dem Hintergrund eines anhaltend hohen Standes von rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten dazu entschlossen, den bisherigen Maßnahmen ein weiteres polizeiliches Mittel zur Vorbeugung und Bekämpfung solcher Delikte hinzuzufügen. In den Polizeipräsidien wurden seit dem 19.02.1998 Mobile Einsatztrupps mit jeweils 8 Beamten eingesetzt. Der Strafjustiz hingegen kam die Aufgabe zu, die Ermittlungs- und Strafverfahren zu beschleunigen, die Straftaten angemessen zu ahnden, die vorgerichtliche Konfliktledigung durch den Täter-Opfer-Ausgleich auszubauen und sich um eine Resozialisierung der Täter zu bemühen.

Aber auch im Bereich der präventiven Maßnahmen wurden erfolgreiche Arbeitsansätze in das Handlungskonzept aufgenommen und teilweise mit zusätzlichen Mitteln verstärkt, dies betrifft z. B. die Integrationsarbeit der Ausländerbeauftragten, die RAA Brandenburg, die Arbeit der Jugendverbände und verschiedener Bildungsträger.

Es wurden allerdings auch spezifische Beratungs- und Unterstützungssysteme im Rahmen des Handlungskonzepts aufgebaut:

- In Trägerschaft der RAA Brandenburg wurde seit September 1998 das Projekt **„Mobile Beratungsteams/Tolerantes Brandenburg“ (MBT)** aufgebaut.

Von den MBT sollten örtliche Strategien gegen die Dominanz rechtsextremer und gewaltbereiter Gruppen im öffentlichen Raum entwickelt werden, interessierte Gemeinden, Vereine und Einrichtungen bei der Entwicklung des Gemeinwesens unterstützt werden, Fachpersonal in den Gemeinden (Sozialarbeiter, Verwaltungsmitarbeiter, Lehrkräfte, Polizisten) und Interessierte (Bürgergruppen, Eltern, Ehrenamtliche) sollten fortgebildet und Praxisberatung für Einzelprojekte geleistet werden.

- In jedem staatlichen Schulamt wurde ein Schulrat oder eine Schulrätin als Ansprechpartner für Fragen im Zusammenhang mit Gewalt und Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit benannt, dem oder der ein Team (jeweils eine Lehrkraft als Koordinatorin, ein Schulpsychologe oder eine Schulpsychologin, ein Lehrkraft der RAA ) zur Seite steht. Diese Beraterteams sollten einzelnen Lehrkräften, Kollegien von Schulen oder anderen Schulseitigen zur Verfügung stehen und schulinterne Fortbildungsveranstaltungen anbieten. Hier sollte auch die Koordinierung der Zusammenarbeit des staatlichen Schulamts und der Schulen mit regionalen und überregionalen Arbeitsgruppen und Initiativen gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit geleistet werden.

Am 06.10.1998 fand in der Nikolaikirche in Potsdam eine Großveranstaltung zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ statt. Redner waren Ministerpräsident Manfred Stolpe sowie der Altbundespräsident Richard von Weizsäcker. Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg formulierten Beiträge, in denen sie auf Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit und auf Möglichkeiten von Gegenaktivitäten hinwiesen. Ziel dieser Veranstaltung war es, deutlich zu machen, dass sich im Land zunehmend die Auffassung durchsetzt, die Bekämpfung von Gewalt und Rechtsextremismus sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht nur die Aufgabe einzelner Bereiche wie Schule, Jugendhilfe, Polizei oder Justiz. Die Veranstaltung stieß nicht nur auf ein außerordentlich großes Interesse der Bevölkerung, sondern wurde auch von den Medien als positives Signal aus Brandenburg aufgenommen.

Schon der erste Bericht der Landesregierung aus dem Jahr 1999 konstatiert, dass im ersten Jahr positive Akzente im Rahmen des Handlungskonzepts gesetzt werden konnten, aber besonders schwerwiegende rechtsextremistische oder fremdenfeindliche Geschehnisse, wie der Tod eines algerischen Asylbewerbers am 13. Februar 1999 in Guben, der Brandanschlag am 20. Februar 1999 in Wittstock oder der versuchte Mord an einem libanesischen Staatsangehörigen am 27. März 1999 in Schwedt stellten in den Augen der Landesregierung alle bisherigen Bemühungen zur Vorbeugung und Bekämpfung solcher Straftaten und extremistischen Bestrebungen in Frage.

**Interview Dr. Gerd Harms, Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg 1991 bis 1998, Minister für Wissenschaft, Forschung, Bildung und Kultur des Landes Sachsen-Anhalt 1998 bis 2002, seit 13.10.2004 Bevollmächtigter beim Bund und für Europaangelegenheiten**



**Sehr geehrter Herr Dr. Harms, als Staatssekretär des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport waren Sie an der Entwicklung des Handlungskonzepts ganz wesentlich beteiligt. Gab es eigentlich Vorbilder auf Bund- oder Länderebene, auf die Sie bei der Konzipierung zurückgreifen konnten?**

*Nein, Vorbilder im engeren Sinne gab es nicht. Wir standen Anfang 1998 vor der Situation, dass eine größere Zahl von rechtsextremen und gewalttätigen Übergriffen im Land die Öffentlichkeit und die Politik verunsicherte. Es gab unterschiedliche Reaktionen. Viele in der Politik verwiesen darauf, dass es sich nicht um ein ostdeutsches oder speziell brandenburgisches Problem handele. Es gab Warnungen vor einer Überbewertung der Einzelfälle. In den Kreisen und Kommunen hörten wir im MBS und bei der Ausländerbeauftragten Almuth Berger aber auch warnende Stimmen, die vor einer Verfestigung von rechtsextremen und gewalttätigen Handlungsmustern in Jugendszenen warnten und ein dafür günstiges gesellschaftliches Umfeld ausmachten.*

*Unser Ansatz, und das war neu, der Ansatz der gesamten Landesregierung war es, alle Ressorts in die Verantwortung zu nehmen und über die Möglichkeiten der Mobilisierung der Gesellschaft, von den Kommunen über Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Sportvereinen, Kultureinrichtungen, Schulen, also einer möglichst großen Vielzahl von Akteuren nachzudenken. Das ist m. E. gelungen und war in der Breite ein neuer Ansatz in Deutschland.*

## **Nur wer sich ändert, bleibt sich treu: Nach 10 Jahren Handlungskonzept, wo sehen Sie die größten Veränderungen im Laufe der Geschichte des Konzepts?**

*Wir mussten 1998 zunächst die Strukturen schaffen und vor allem dafür sorgen, dass die reflexartige Verleugnung des Problems zu Gunsten der kritischen Analyse und des offenen Dialogs über die Probleme im Land abgebaut wurde. Das war für viele, das MBSJ eingeschlossen, sehr schwer. Das galt übrigens nicht nur für die Landesregierung, sondern in besonderem Maße auch für viele Städte und Gemeinden. Dieses hat sich grundsätzlich verändert. Brandenburg stellt sich der Herausforderung und nimmt diese an. Weiterhin mussten wir daran arbeiten, dass die verschiedenen Akteure, das Aktionsbündnis, der Präventionsrat und das Tolerante Brandenburg sich als Partner und nicht als Konkurrenten verstehen. Heute habe ich den Eindruck, das Projekt ist etabliert und akzeptiert, die damals angeschobenen Hilfen (MBT, Projektunterstützung) greifen. Manchmal wünsche ich mir, dass der mobilisierende Teil noch stärker gewichtet würde.*

**Mit der Initiierung des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit 1997 und der Entwicklung des Handlungskonzepts der Landesregierung Tolerantes Brandenburg 1998 bekundete die Landesregierung sehr offen, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit dauerhafte Probleme im Land darstellen, die nicht durch kurzfristige Maßnahmen zu lösen sind. Aus Ihrer Sicht als Bevollmächtigter beim Bund und für Europaangelegenheiten: Haben die Aktivitäten den Ruf des Landes verbessert und wie wird dies auf europäischer Ebene wahrgenommen?**

*Das Tolerante Brandenburg und die damit zusammen hängenden Projekte, aber auch die mutige und entschlossene Arbeit vieler Kommunen, Vereine und Verbände in Brandenburg haben das Bild des Landes sehr verbessert. Brandenburg gilt als Referenzland in dieser Frage. Dieses gilt natürlich vor allem auf der Ebene des Bundes und der anderen Länder. Bundesprogramme haben Initiativen aus Brandenburg aufgenommen, andere Länder haben sich – erheblich später – diesen Ansatz zum Vorbild genommen. Auf europäischer Ebene wäre es interessant, diese Projekte einmal vorzustellen.*

Deshalb wurde im Bericht deutlich zum Ausdruck gebracht, dass es nicht nur darum geht, möglichst viele, spektakuläre und aufwändige Einzelmaßnahmen durchzuführen. Von entscheidender Bedeutung sei die Entwicklung des Bewusstseins in allen Teilen der Politik, der Verwaltung, in den Betrieben, in Vereinen und Verbänden und im Lebensalltag der Bevölkerung, dass das Leitbild des Handlungskonzepts eine alltägliche Norm und damit wünschenswerte Normalität darstellt, in der die Würde und die Freiheit des Menschen allseits geachtet werden und das Leben im Land Brandenburg als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland in einem sich einigenden Europa und in der Einen Welt gestaltet wird. Ziel ist die selbstverständliche „Normalität“ eines zivilisierten, weltoffenen Umgangs miteinander.

### **3.4 Blitzlichter und Erfahrungen aus 10 Jahren „Tolerantes Brandenburg“**

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ wurde über die Jahre hinweg fortgeschrieben und der Maßnahmenkatalog angepasst. Regelmäßig wurden dem Landtag Zwischenberichte erstattet und die Öffentlichkeit über den Stand der Entwicklung informiert. Schließlich fand 2005 eine Aktualisierung des Programms statt. Diese war Ausdruck des 2004 im Koalitionsvertrag von den beiden Regierungsparteien SPD und CDU artikulierten Willens, am Handlungskonzept festzuhalten und es weiter zu entwickeln. Deutlicher als 1998 wird nun schon in der Überschrift formuliert, dass sich das Konzept nicht nur gegen menschenfeindliche und rechtsextreme Aktivitäten richtet, sondern sich als ein Programm „für eine starke und lebendige Demokratie“ versteht.

Das aktualisierte Handlungskonzept nennt drei wesentliche Schwerpunkte:

#### **(1) Vernetzung, Kooperation, Konzentration.**

Die Arbeit für eine starke Demokratie und Zivilgesellschaft erfordert die intensive Vernetzung und Kooperation aller beteiligten Akteure zugunsten des demokratischen Gemeinwesens und zur Abwehr der Feinde der Demokratie. Nur wenn über Ressorts und formale Zuständigkeiten hinweg kooperiert sowie zwischen staatlichen und bürgergesellschaftlichen Akteuren zielgerichtet an einem Strang gezogen wird, werden sich nachhaltige Erfolge einstellen.

Deshalb muss die Vernetzung derjenigen Menschen und Gruppen gestärkt werden, die sich überall in Brandenburg in Vereinen, Verbänden und Kirchen, in Schulen und Kindertagesstätten, in demokratischen Parteien, in der Wirtschaft, in Ge-

werkschaften und Betriebsräten, in der Kultur und Wissenschaft oder in Bürgerinitiativen aktiv füreinander und für unser Land einsetzen. Es gibt in vielen Städten und Orten unseres Landes vielfältige Initiativen, die couragiert für Toleranz und Demokratie eintreten. Sie alle müssen mehr voneinander wissen, um intensiver zusammenarbeiten zu können, und werden bei dieser verdienstvollen Arbeit von der Landesregierung fortwährend unterstützt.

## **(2) Erziehung, Bildung, Aufklärung.**

Eine demokratische Gesellschaft couragierter Menschen existiert nicht im Selbstlauf, sondern erfordert Voraussetzungen, die die positiven Entwicklungen in der Gesellschaft dauerhaft begünstigen und systematisch stärken. Das bedeutet für das Handlungskonzept *Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie*:

- Eine Gesellschaft der Zivilcourage und der lebendigen Demokratie in Brandenburg ist das Ergebnis ebenso frühzeitiger wie umfassender Erziehung und guter, zeitgemäßer Bildung aller Heranwachsenden im Rahmen der demokratischen Wertegemeinschaft – in allen Regionen und von Anfang an. Die Verantwortung tragen die Eltern, die demokratische Gesellschaft und der Staat. Eine sich von demokratischen Werten leitende Erziehung lebt aus der Vorbildwirkung der Erziehenden und befähigt zu sozialer Kompetenz und zur Achtung der Menschenwürde.
- Eine Gesellschaft der Zivilcourage und der lebendigen Demokratie in Brandenburg ist das Ergebnis umfassender Aufklärung über die Vielfalt des Lebens in der Welt, der Geschichte des eigenen Landes im Zusammenleben der Völker sowie intensiver Begegnungen möglichst vieler Brandenburgerinnen und Brandenburger mit anderen Sprachen, Lebensweisen und Kulturen.

## **(3) Einsicht, Beteiligung und demokratische Achtsamkeit aller Bürgerinnen und Bürger.**

Der Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger ist bewusst, dass die positive Entwicklung des Landes Einsicht, Beteiligung und demokratische Achtsamkeit aller voraussetzt:

- Es geht um die Einsicht der Bürgerinnen und Bürger, dass Demokratie nicht nur als Organisationsform, sondern auch als politische Wertegemeinschaft zu verstehen ist. Dementsprechend sind sowohl die gegenwärtige politische Gestaltung als auch Zukunftsoptionen Brandenburgs im Sinne der Verfassungen des Bundes und des Landes Brandenburg von demokratischen Grundwerten geleitet.
- Es geht um die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, weil jedes demokra-



tische Gemeinwesen auf Mitverantwortung und Mitgestaltung, auf den kultivierten Streit der Demokratinnen und Demokraten, auf Interessenausgleich und Kompromissfähigkeit, aber auch auf praktische Beteiligung an der Gestaltung des Gemeinwesens und seiner Probleme angewiesen ist.

- Es geht um die demokratische Achtsamkeit von Bürgerinnen und Bürgern, wenn die Grundwerte der Demokratie durch Reden und Handeln in Misskredit gebracht oder verletzt werden. Staatliches Handeln kann oftmals nur strafbare Grenzüberschreitungen ahnden. Die demokratische Alltagskultur wird sich in wachsender Achtsamkeit gegenüber der Gefährdung des Gemeinwesens, in Argumentationsstärke gegenüber den Anfeindungen der Demokratie und durch die Zivilcourage seiner Bürgerinnen und Bürger bewähren.

Handlungsmöglichkeiten sieht die Landesregierung vor allem auf drei Ebenen:

- klare politische Signale setzen,
- sozial-integrative Maßnahmen fördern und unterstützen,
- repressive Maßnahmen weiterführen.

Anhand dieser drei Ebenen werden im Folgenden Beispiele aus 10 Jahren Handlungskonzept vorgestellt. Hierbei können nur einige prägnante Elemente aus den breit gefächerten Aktivitäten dargestellt werden.

### **(1) Klare politische Signale setzen.**

Das klarste politische Zeichen ist das Handlungskonzept selbst. Grundlage des Handlungskonzepts ist die Anerkennung der Tatsache, dass Brandenburg ein Problem mit Rechtsextremismus hat, das nicht allein durch Repression und nicht im All-



*Landtagspräsident Gunter Fritsch auf der Kundgebung in Halbe 2006*

tagsgeschäft ohne besondere Anstrengungen bearbeitet werden kann. Das Handlungskonzept basiert auf einer Situationsbeschreibung, die verdeutlicht, dass einer komplexen Wirklichkeit keine einfache Ursachen-Folgebeschreibung entsprechen kann und schon gar nicht ein Königsweg zur Lösung des Problems beschrieben und dann beschritten werden kann. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt ist eine dauerhafte Aufgabe und sie kann nicht alleine von Politik und Verwaltung, sondern sie muss auf vielen gesellschaftlichen Ebenen von den Bürgerinnen und Bürgern selbst geführt werden. Staatliches Handeln ist vor allem dort geboten, wo es um die Sicherheit der Menschen geht, aber staatliches Handeln gestaltet auch den Rahmen, in dem zivilgesellschaftliche Organisationen und Individuen agieren können. Ein klares politisches Zeichen besteht darin, dass verdeutlicht wird, dass die Mehrheit der brandenburgischen Gesellschaft, Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt nicht will und der Staat alle rechtlich gebotenen repressiven Maßnahmen ergreift, um menschenfeindliches und antidemokratisches Handeln zu unterbinden.

Klare politische Signale setzen – dazu gehört auch, mit den Bürgerinnen und Bürgern Flagge gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu zeigen.

### **Zum Beispiel: Halbe**

Immer wieder haben Rechtsextreme und Neonazis den Waldfriedhof in Halbe (Landkreis Dahme-Spreewald) für Ihre Zwecke zu nutzen versucht. Auf dem Waldfriedhof liegen Tote aus einer der letzten Schlachten des Zweiten Weltkriegs begraben. Der Versuch der Wehrmacht Ende April 1945 aus dem Kessel von Halbe auszubrechen, kostete etwa 20.000 Soldaten der Roten Armee, 30.000 Soldaten der Wehrmacht und 10.000 Zivilisten das Leben.



*Potsdams OB Jann Jakobs bei der Eröffnung der Ausstellung Zug der Erinnerung in Potsdam 2008*

Spätestens mit den Verboten der Heiß-Kundgebungen im oberfränkischen Wunsiedel wurde Halbe immer mehr zum Aufmarschgebiet für Neonazis und Rechtsextremisten von bundesweiter Bedeutung. Sie suchten sich hierbei sowohl den Volkstrauertag im November aus, den die Nationalsozialisten schon 1934 in einen „Heldengedenktag“ umbenannten, sowie ein ums andere

Mal einen Sonntag im März, der in der Tradition des durch die Nationalsozialisten 1939 auf diesen Termin verlegten „Heldengedenktags“ steht.

Nachdem das „Heßgedenken“ in Wunsiedel unterbleiben musste, wurde Halbe zum Wallfahrtsort der Neonazis. Nach und nach setzte sich in Brandenburg die Erkenntnis durch, dass dieser wachsenden symbolischen Bedeutung des Ortes nicht nur mit der Arbeit der „Denkwerkstatt“ in Halbe und den Aktivitäten des lokalen „Aktionsbündnisses gegen das Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe“ begegnet werden darf, sondern Landesregierung und Zivilgesellschaft ein landesweites Zeichen der Demokratinnen und Demokraten vor Ort setzen müssen. Mit dem „Tag der Demokraten“ ist es jeweils 2005 und 2006 gelungen, das „Heldengedenken“ in Halbe zu verhindern, so dass im November 2007 von rechtsextremer und neonazistischer Seite von einem Aufmarsch Abstand genommen wurde.

Über die Veranstaltung am 12.11.2005 berichtet Frank Jansen im **Tagesspiegel** (13.11.2005):

**Mit einem Tag der Demokraten verhinderte ein breites Bündnis das „Heldengedenken“ der Rechtsextremisten auf dem Waldfriedhof Halbe**

*Halbe. Sie kamen, um den Neonazis weder den Tag noch den Ort zu überlassen. Mehr als 1000 Menschen, darunter mehrere Minister der Landesregierung und weitere Politiker, haben am Sonnabend auf dem Waldfriedhof Halbe der Opfer des Krieges und des NS-Regimes gedacht. In seiner Ansprache zu Beginn der Veranstaltung mahnte Innenminister Jörg Schönbohm (CDU): „Wir dürfen nicht zulassen, dass Halbe ein symbolträchtiger Demonstrationsort für Rechtsextremisten und Ewiggestrige wird.“ Schönbohm vertrat Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD), der kurzfristig wegen der Regierungsbildung in Berlin abgesagt hatte. Während der Ansprache des Innenministers sammelten sich in den Straßen von Halbe bereits Neonazis, die am Nachmittag zum Friedhofsvorplatz marschieren wollten. Die Polizei war mit 2000 Beamten präsent.*

*Schönbohm rief die Teilnehmer der Gedenkfeier dazu auf, sich auch an der Veranstaltung der Nazi-Gegner in Halbe zu beteiligen, dem „Tag der Demokraten“. Die Rechtsextremisten hätten „hier keinen Platz“, so Schönbohm, „das wird das Signal sein, das von diesem Tag ausgeht“. Der Minister und Vorsitzende der Brandenbur-*

ger CDU betonte seine Genugtuung darüber, dass Politiker und Anhänger aller demokratischen Parteien nach Halbe gekommen waren. Darunter befanden sich auch Landtagspräsident Gunter Fritsch (SPD) und sein Amtskollege aus Berlin, Walter Momper (SPD).

Zu den Teilnehmern der Gedenkfeier zählten außerdem Vertreter der Kirchen, der Gewerkschaften, der Bundeswehr, der polnischen und der französischen Botschaft sowie russische Veteranen des Zweiten Weltkriegs. In Halbe und Umgebung hatte im April 1945 eine Kesselschlacht getobt, bei der etwa 60 000 Menschen den Tod fanden. 22 000 Soldaten und Zivilisten, darunter auch ehemalige Zwangsarbeiter, sind auf dem Waldfriedhof begraben.

Die Neonazis wollten wie im vergangenen Jahr die gefallenen Soldaten von Wehrmacht und Waffen-SS glorifizieren. Da die Rechtsextremisten nicht sicher waren, ob sie in Halbe marschieren können, hatten sie auch eine Demonstration in Potsdam angemeldet – wo sie vor einer Woche angesichts der Übermacht von Gegendemonstranten nicht marschieren konnten. Die Demonstration in Halbe hatte das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg (OVG) am Freitag erlaubt. Das Polizeipräsidium Frankfurt (Oder) hatte den Neonazis nur eine Kundgebung weit entfernt vom Friedhof zugestehen wollen.

Nach der offiziellen Gedenkfeier blockierten rund 2200 Demonstranten im Ortszentrum von Halbe den beabsichtigten Schweigemarsch der Neonazis zum Waldfriedhof. „Wir bleiben hier stehen“, sagte SPD-Fraktionschef Günter Baaske: „Das ist unsere Straße der Demokratie.“ Auch die Vize-Vorsitzende der Linkspartei, Dagmar Enkelmann, Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) und der designierte SPD-Bundesgeschäftsführer Martin Gorholt standen in der ersten Reihe der Blockierer auf der Lindenstraße. So kamen die etwa 1700 Rechtsextremisten nicht weiter.

Die Polizei hielt mit Absperrgittern Neonazis und Gegendemonstranten auf Distanz, verzichtete aber darauf, die Blockade zu beenden und damit den Rechtsextremen den Weg zu bahnen. Bis zum Abend nahm die Polizei einen Rechtsextremisten in Gewahrsam, insgesamt blieb es aber friedlich. Gegen 17.30 Uhr zogen die Neonazis ab. Landtagspräsident Gunter Fritsch rief den Gegendemonstranten zu: „Ich freue mich, dass ihr so viel Geduld aufgebracht habt. Wir haben gezeigt, dass unser Land den Demokraten gehört – auch in Halbe.“

Diese positiven Erfahrungen aufgreifend wurde 2006 schon frühzeitig gemeinsam mit dem lokalen Bündnis gegen Heldengedenken, dem landesweiten Aktionsbündnis, dem Landtag und der Landesregierung im Rahmen des Handlungskonzeptes Tolerantes Brandenburg ein weiterer „Tag der Demokraten“ vorbereitet. Zermürbt von den Auflagen der Gerichte und der Polizei und im Rückblick auf die Erfahrungen des Vorjahres versuchten die Neonazis und Rechtsextremen nach Seelow auszuweichen. Doch auch in Seelow (Landkreis Märkisch-Oderland) wurden sie von Demokratinnen und Demokraten mit mehreren Gegenkundgebungen empfangen.

Die **Märkische Allgemeine Zeitung** fasste am die Ereignisse am 18.11.2006 so zusammen:

### **Neonazis an den Rand gedrängt Fast 10 000 Demokraten kamen nach Halbe und Seelow**

*Halbe/Seelow. Etwa 10 000 Menschen haben am Samstag in Brandenburg gegen Neonazi-Aufmärsche protestiert und damit ein Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt. Allein auf Deutschlands größtem Soldatenfriedhof in Halbe (Dahme-Spree-wald) versammelten sich nach Angaben der Veranstalter mehr als 8000 Teilnehmer zu einem „Tag der Demokraten“. In Seelow (Märkisch-Oderland) bei Frankfurt (Oder) standen rund 1200 Neonazis etwa gleich viele Gegendemonstranten gegenüber. Insgesamt waren 1700 Polizisten im Einsatz.*

*„Wir haben das Ziel erreicht und eindrucksvoll bewiesen, dass wir hier mehr Demokraten sind als Nazis in ganz Deutschland“, sagte Landtagspräsident Gunter Fritsch (SPD).*

*Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD), der von einem guten Tag für die Demokraten in Brandenburg und ganz Deutschland sprach, rief zu verstärkten Anstrengungen gegen Rechtsextremismus auf. „Die Gegenwehr muss aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Nazis dürfen keinen Fußbreit Raum mehr in Halbe oder anderswo bekommen.“*

*Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) erklärte, die Rechtsextremisten seien in Halbe „nicht in Erscheinung getreten“. Der Tag habe gezeigt, „dass wir diesen Raum unseres Gedenkens nicht den Extremisten überlassen“. Die Kriegstoten hätten Respekt verdient. Es müsse zudem verhindert werden, dass Brandenburg zu einem „Wallfahrtsort“ für Nazis werde. Erstmals sei es gelungen, die Rechtsextremisten völlig aus Halbe herauszuhalten.*

*Der Vorsitzende der Linkspartei in Brandenburg, Thomas Nord, verwies zufrieden darauf, dass „der öffentliche Raum und Halbe durch die Demokraten zurückerobert“ worden seien.*

*Der „Tag der Demokraten“ richtete sich gegen ein ursprünglich in Halbe anlässlich des Volkstrauertages geplantes „Heldengedenken“ von Neonazis. In Halbe liegt Deutschlands größte Kriegsgräberstätte mit etwa 24 000 Toten. Insgesamt kamen bei der letzten großen Kesselschlacht des Zweiten Weltkriegs schätzungsweise 60 000 Menschen ums Leben.*

*Wegen strenger Polizeiaufgaben wichen die Neonazis am selben Tag nach Seelow aus. Auf dem städtischen Friedhof ruhen 649 deutsche Gefallene, die zumeist 1945 in den erbitterten Kämpfen zwischen Wehrmacht und Roter Armee um die Seelower Höhen starben.“*

Der Ort Halbe steht inzwischen nicht mehr für die Dominanz von Neonazis im öffentlichen Raum sondern für ein gelungenes Kooperieren von Staat und Gesellschaft bei der Bekämpfung rechtsextremer Aufmärsche.

## **(2) Sozialintegrative Maßnahmen fördern und unterstützen.**

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist kein Förderprogramm der Landesregierung in herkömmlicher Art und beschränkt sich nicht auf die Bereitstellung von Mitteln für Aktivitäten. Das Besondere ist die Verknüpfung von Kompetenzen und Maßnahmen der einzelnen Ressorts der Landesregierung mit Aktivitäten und Kompetenzen der Bürgergesellschaft. Zur Koordinierung dieser Arbeit hat die Landesregierung den Staatssekretär im MBS als Koordinator eingesetzt und zu seiner Unterstützung eine Koordinierungsstelle eingerichtet.

Der Bericht vom 24.01.2007 an den Landtag beschreibt die Aufgaben der Koordinierungsstelle als Brückenbau zwischen Staat und Zivilgesellschaft:

Die Koordinierungsstelle nimmt diese Aufgabe wahr durch

- die Begleitung der politischen Schwerpunktsetzung innerhalb der Landesregierung und durch die Koordinierung von ressortübergreifenden Vorhaben der Landesregierung im Zusammenhang mit der Umsetzung des Handlungskonzepts und seines Maßnahmenkataloges. In allen Ressorts gibt es mittlerweile Ansprechpartner für das Handlungskonzept. Die Koordinierungsstelle hat For-

men gefunden, den permanenten Austausch mit diesen auf Arbeitsebene effektiv zu gestalten. Mit den Ressorts wie auch mit nachgeordneten Einrichtungen wie z.B. Landesjugendamt, Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) und Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung ist die Koordinierungsstelle in einem permanenten Dialog.

- die Unterstützung bei der Entwicklung von Strategien gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auf örtlicher Ebene. Das schließt die Begleitung und Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren, Vereinen, Initiativen und lokalen Bündnissen ein. Wichtige Partner sind Landräte ebenso wie Bürgermeister und die Protagonisten der zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse. Die beratende Begleitung Runder Tische hat sich beispielsweise dabei als eine erfolgreiche Form der Kooperation erwiesen;
- die Initiierung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen im Land Brandenburg. Hierbei ist die Entwicklung von Netzwerken zur Förderung und Festigung der Bürgergesellschaft von besonderer Bedeutung, wobei die Koordinierungsstelle die richtigen Partner zusammenbringt. Durch den permanenten gegenseitigen Austausch erhält außerdem die Koordinierungsstelle wertvolle Impulse für ihre Arbeit im Handlungskonzept;
- die kontinuierliche Weiterentwicklung der konzeptionellen Vorstellungen für das Handlungskonzept. Wichtige Partner dabei sind Experten aus Theorie und Praxis – Wissenschaftler genauso wie politische Verantwortungsträger oder engagierte Bürgerinnen und Bürger;
- Kontakte auf Bundes- und auch auf europäischer Ebene.

Die Koordinierungsstelle fungiert so als eine Art Knotenpunkt innerhalb der Netzwerkstrukturen von Landesregierung und Einrichtungen auf Bundes-, Landes- sowie auf kommunaler Ebene und denjenigen im Lande tätigen Nicht-Regierungsorganisationen, deren wesentliche Aufgaben darin bestehen, die Stärkung der Zivilgesellschaft wie der Demokratie insgesamt voranzutreiben und sich mit den Problemen ihrer Gefährdung durch Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt, besonders politisch motivierter Gewalt, zu befassen.

Zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftlicher Organisationen, aber auch regionaler und kommunaler Verantwortungsträgerinnen und -träger ist für das Handlungskonzept die Zusammenarbeit mit einigen nicht-staatlichen Organisationen von größter Bedeutung:

- das landesweite Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

## **Interview mit Frank Szymanski, Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport 1998 bis 2003, Minister für Infrastruktur und Raumordnung 2003 bis 2006, seit 2006 Oberbürgermeister der Stadt Cottbus**

**Sehr geehrter Herr Szymanski, welches waren aus Ihrer Sicht die wichtigsten Handlungsfelder des Konzepts „Tolerantes Brandenburg“?**

*Die Förderung von Demokratie ist etwas sehr Komplexes. Erfolgreich ist nur das Zusammenspiel der Aktivitäten aus verschiedenen Handlungsfeldern. Der Ausgangspunkt zur Stärkung der Demokratie muss zunächst einmal eine klare und nachvollziehbare Wertebestimmung sein. Auch wenn vieles in Gesetzen geregelt ist, so muss es doch vermittelt werden. Die Auseinandersetzung mit allem, was demokratiefeindlich ist, wie Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, stand folglich auch im Zentrum unserer Arbeit. Ich denke, in zehn Jahren Tolerantes Brandenburg ist da viel geleistet worden. Hierzu gehört in erster Linie die Vermittlung der Erkenntnis, dass Gewalt in keiner Form tolerierbar ist. Und letztlich muss klar sein, dass Zivilcourage eine Säule in der Verteidigung unserer Grundwerte ist. Aber wir haben nicht nur auf Aufklärungsarbeit gesetzt. Toleranz und gegenseitiger Respekt lassen sich allein in Lektionen nicht vermitteln. Wirklich prägend bleibt die eigene Erfahrung. Deshalb war für mich zum Beispiel die Förderung interkultureller Begegnungen ein wichtiges Handlungsfeld. Für andere Kulturen, Lebensgewohnheiten und Sprachen zu sensibilisieren, bedeutet doch auch, einen aktiven und weltoffenen Bürgersinn zu entwickeln; insbesondere junge Menschen müssen dazu angeregt werden. Er ist die Schwelle zur Übernahme von mehr Verantwortung und zum Mitgestalten. Ich denke, da ist doch einiges erreicht worden.*



**Hatten Sie manchmal Zweifel, ob der eingeschlagene Weg der Landesregierung der Richtige ist?**

*Nein! Natürlich gab es in der Vergangenheit immer wieder schreckliche Ereignisse. Ausländische Mitbürger sind verbal oder gar tödlich angegriffen worden. Aber ich*



bin davon überzeugt, dass wir seit dem Anfang der 90er Jahre ein ganzes Stück vorangekommen sind. In den Schulen, in den Kirchen, in Vereinen, in den Gewerkschaften und in den demokratischen Parteien hat der Themenkomplex Toleranz und Weltoffenheit einen zentralen Stellenwert. Bei einem Nazi-Aufmarsch im Sommer vorigen Jahres hat die große Mehrheit der Cottbuserinnen und Cottbuser den Rechtsradikalen die kalte Schulter gezeigt. Alles, was wir auf diesem Gebiet getan oder gefördert haben, war gut, auch wenn man weiß, dass es noch nicht ausreicht und man mit den Ergebnissen noch nicht zufrieden sein kann.

Wir stehen in einem Lernprozess. Gesellschaftliche Veränderungen, ökonomische wie ideelle, brauchen Zeit. Das sollten wir den Menschen auch sagen. Viel wichtiger als kurzfristiger und spektakulärer Erfolg erscheinen mir eine klare Orientierung und die Beharrlichkeit. Natürlich gehört auch die kritische Auseinandersetzung dazu. Wir müssen unseren ausländischen Studierenden, den Flüchtlingen und allen anderen Gästen und Touristen das klare Gefühl vermitteln, dass sie hier willkommen sind. Hier ist Platz für sie! Keinen Platz gibt es bei uns für Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und menschenverachtende Ideologie.

### **Wo sehen Sie für die kommenden Jahre die entscheidenden Handlungsfelder für das Tolerante Brandenburg?**

Das Tolerante Brandenburg wendet sich vor allem an junge Menschen. Das ist zukunftsweisend, weil damit die künftig Gestaltenden erreicht werden. Viele Projekte setzen deshalb richtigerweise auch im schulischen und außerschulischen Bereich an, und das sollte so bleiben.

Gerade der häusliche Lebensbereich darf nicht vergessen werden. Das Rüstzeug fürs Leben gibt ja nicht allein die Schule oder die Ausbildungseinrichtung. Wenn es etwa um die Wertevermittlung geht, ist zunächst klar die Familie gefragt. Junge Menschen brauchen Bezugspersonen, an denen sie sich orientieren können. Deshalb erscheint es mir wichtig, auch zu schauen, was eben dort verbessert werden kann und wie wir da am besten ran kommen. Wenn Experten feststellen, dass z. B. Vorbehalte gegenüber Ausländern in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt sind, müssen wir uns auch der Mitte stärker zuwenden. Wir müssen den Ausgangspunkt der Entwicklung junger Menschen noch besser erreichen und an die Elterngeneration ran. Das heißt: Wie können wir im Zusammenspiel von Elternhaus, Kita, Schule und Ausbildungseinrichtung noch mehr Unterstützung geben. Darin sehe ich ein außerordentlich wichtiges Handlungsfeld der Zukunft.

- demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung/Mobiles Beratungsteam (MBT)
- der Verein Opferperspektive und
- die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA Brandenburg).

Die Organisationen stellen sich in einem eigenen Kapitel im Anschluss selbst vor.

Seit 2005 wurden mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen, bei denen sich die Partner verpflichten, einerseits im Rahmen des Handlungskonzepts am Aufbau und an der Stabilisierung demokratischer Strukturen sowie an dem Zurückdrängen demokratiefeindlicher Einstellungen mitzuwirken, andererseits verpflichtet sich die Landesregierung die Partner bei dieser Arbeit zu beraten und zu unterstützen. Solche Kooperationsverträge wurden geschlossen mit

- der AOK Brandenburg
- demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
- dem Deutschen Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg
- dem Deutschen Fußball-Bund (DFB)
- dem Europazentrum Brandenburg-Berlin (EZBB)
- der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
- den Internationalen Jugendgemeinschaftsdiensten (ijgd)
- der LAG Jugendkunstschulen und kulturpädagogische Einrichtungen in Brandenburg e. V.
- dem Landesfeuerwehrverband Brandenburg
- dem Landesjugendring
- der Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwule Belange im Land Brandenburg
- dem Landessportbund (LSB)
- dem Landkreis Elbe-Elster
- den in der LIGA zusammengeschlossenen Wohlfahrtsverbänden
- den THW-Länderverbänden Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt
- der TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH

Weitere Kooperationsvereinbarungen werden vorbereitet.

Innerhalb von 10 Jahren wurden auch die Aktivitäten der Einzelressorts immer stärker auf das gemeinsame Leitbild „Tolerantes Brandenburg“ bezogen. Der Bericht an den Landtag 2007 beschreibt einige exemplarische Maßnahmen, die nicht immer vordergründig dem Zurückdrängen rechtstextemistischer und fremdenfeindlicher Tendenzen dienen, aber dennoch in einem engen kausalen Zusammenhang damit stehen:

So kommen zunehmend niedrigschwellige Ansätze in der Präventionsarbeit zum Tragen: bei **Familienbildungs- und -beratungsangeboten an Kindertagesstätten** ebenso wie generell durch eine Schulpolitik, die eine weitere Öffnung von Schulen in das Gemeinwesen vorsieht.

Intendiert ist zugleich die Stärkung der Schulen mit ihrer Orientierungs-, Vernetzungs- und Ankerfunktion bei der **Demokratie- und Menschenrechtserziehung**.

Auch das Programm „Familien und Kinder haben Vorrang“ der Landesregierung zielt ab auf eine **Stärkung der demokratischen Kräfte, auf die Stärkung „des solidarischen Zusammenlebens der Generationen“**. Denn bereits mit der frühkindlichen Sozialisation kann das Fundament für die spätere Ausländerfeindlichkeit gelegt werden oder es werden die mentalen wie emotionalen Voraussetzungen für rechtsextremistische ‘Karrieren’ geschaffen.

Mit dem ‘Beratungssystem Schule’ ist durch die Zusammenarbeit von Schulen und Polizei, durch den Ausbau von Schulpartnerschaften oder die Unterstützung des Ansatzes der „Schulen ohne Rassismus“ gerade im erzieherischen Bereich bereits etliches in die Wege geleitet worden, das langfristig die Zivilgesellschaft stabilisieren und gegenüber Anfeindungen nachhaltig stärken wird. Dabei ist zu betonen, dass z. B. nicht die Titelverleihung zu einer „**Schule ohne Rassismus**“ das Herausragende ist, sondern der Weg dorthin: Es wird nämlich von Schülern, Eltern, Lehrern und anderen Schulangehörigen gemeinsam ein nachhaltig wirkender, demokratischer Prozess durchlaufen. Die Gesamtkoordination realisiert die RAA Brandenburg.

Zu nennen ist auch das Projekt „**Prävention im Team**“ (PIT) an dem nicht nur alle Ressorts der Landesregierung mitgewirkt haben, sondern das auch nun im Januar 2007 in Form einer Broschüre Ergebnisse gezeigt hat, die in der Praxis, insbesondere der schulischen Praxis, anwendbar sind und auch über die Befassung mit dem Rechtsextremismus hinausweisen.

Diese vielfältigen Maßnahmen im Schulbereich haben sicherlich auch zur Folge, dass die Zahl der Schülerinnen und Schülern rückläufig ist, die eine gewisse Affinität zum Rechtsradikalismus haben oder sich als ausländerfeindlich verstehen, wie die jüngste IfK-Jugendstudie zeigt. Es bleibt aber immer noch ein hoher Prozentsatz, der rechtsextrem eingestellt ist. So versteht sich fast jeder 3. Jugendliche nach wie vor beispielsweise als ‘Ausländerfeind’. Festzustellen ist andererseits, dass die Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund an Schulen von 257 im Schuljahr 2000/2001

auf 53 im Schuljahr 2005/2006 deutlich zurückgegangen sind.

Als wichtiger Baustein des Handlungskonzeptes ist auch die **Konzeption der Landesregierung zur Integration bleibberechtigter Zuwanderer und zur Verbesserung der Lebenssituation der Flüchtlinge im Land Brandenburg** zu

sehen, deren Ziel die Stärkung der Selbstorganisation und die gesellschaftliche Partizipation von Migrantinnen und Migranten ist. Die Umsetzung und Fortentwicklung des Konzepts sind eine langfristige Aufgabe, die auch die Chance beinhaltet, die brandenburgische Gesellschaft und den Wirtschaftsstandort zu einem weltoffenen und toleranten Land zu qualifizieren. Darüber hinaus werden Ansätze der Antidiskriminierungsarbeit permanent weiterentwickelt sowie auch interkulturelle Projekte konzipiert und unterstützt.

Andere interkulturelle Veranstaltungen wie 'Brückenfestivals' oder grenzüberschreitende **Bildungs- und Begegnungsveranstaltungen**, etwa solche, wie sie die Landjugend und viele andere Jugendverbände anbieten und durchführen, tragen ebenso dazu bei, ein wesentliches Ziel des Handlungskonzepts, nämlich „den sozialen Zusammenhalt zu stärken“ und sich mit dem Rechtsextremismus erfolgreich auseinander zu setzen, zu erreichen.

Einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung und Auseinandersetzung in diesem Kontext leisten vor allem die Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen sowie Einrichtungen der kulturellen Bildung des Landes Brandenburg. Sie tun dies mit umfangreichen Bildungs- und Weiterbildungsangeboten, Foren und Arbeitsgemeinschaften, Formen der Begegnung unter Studierenden und hieran angeschlossenen Informationsveranstaltungen unter Einbeziehung der Medien.

Durch Kommunen und Unternehmen aus der **Bau- und Wohnungswirtschaft** und aus anderen Wirtschaftsbereichen wird Prävention, insbesondere Gewaltprävention zunehmend als Aufgabe von Stadtplanung und Wohnungswirtschaft begriffen. Im Rahmen von Programmen der Stadtentwicklung, vor allem in den Programmen „Zu-

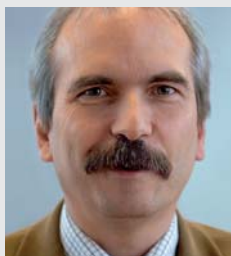


Moderatorin Petra Schwarz (RBB) im Gespräch mit Detlef Pieper (Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg), Almuth Berger (langjährige Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg), Martina Münch (MdL und Mitglied des Cottbuser Aufbruch), Alfred Roos (RAA Brandenburg) und Prof. Dr. Dietmar Sturzbecher (Uni Potsdam) auf dem Brandentag in Forst 2006

kunft im Stadtteil“, „Urban II“ und im Programm „Soziale Stadt“, wurden nicht nur zahlreiche Maßnahmen zur Aktivierung der Bewohner durchgeführt, sondern auch zahlreiche Projekte gefördert, die unmittelbar präventiven Charakter hatten. So wurde und wird die soziale Infrastruktur durch die Herrichtung Soziokultureller Zentren und Bürgertreffs gestärkt, ebenso durch den Ausbau von Ansätzen eines „Quartiersmanagements“ in den Städten und Gemeinden, was wiederum vor allem zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen beitragen kann. (...)

Für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist es unerlässlich, einen stetigen und engen Kontakt mit der **Wissenschaft** zu unterhalten. Ein reger Austausch

## Interview mit Martin Gorholt, Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg 2003 bis 2005, seit November 2005 Bundesgeschäftsführer der SPD



**Sehr geehrter Herr Gorholt, wenn Sie an Ihre Arbeit als Koordinator des „Toleranten Brandenburg“ zurückdenken, was waren für Sie die wichtigsten Felder in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit?**

*Die Auseinandersetzung in den Schulen ist das wichtigste Feld. Die Gespräche mit engagierten Schulleitern und Lehrkräften, aber auch mit den motivierten Schülern waren für mich am spannendsten in meiner Arbeit. Wichtig ist, dass Jugendliche gleichaltrigen Rechtsextremen mutig entgegentreten. Das bewegt am meisten. Wir müssen aber auch weiterhin auf die Straße gehen: Die Verhinderung der NPD-Demo in Halbe war symbolisch und als Erfolgserlebnis für die Bewegung sehr wichtig.*

**In Ihrer Aufgabe als Bundesgeschäftsführer der SPD: Welche Rolle spielt das Handlungskonzept der Landesregierung in der bundesdeutschen Politik?**

*Der Kampf gegen den Rechtsextremismus und für das NPD-Verbot ist ein bedeutendes Arbeitsfeld für mich geblieben. Dabei helfen mir meine Erfahrungen aus der Arbeit in Brandenburg sehr.*

ist besonders wichtig, weil, wie Wissenschaftler festgestellt haben, Wirkungen oder Erfolge eines so angelegten Konzeptes nur schwer messbar sind. Das Handlungskonzept benötigt dennoch ein Feedback, beispielsweise um zu wissen, ob die Landesregierung mit dem Konzept oder einzelnen Bausteinen auf dem richtigen Weg ist.

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus bildet seit vielen Jahren einen inhaltlichen Schwerpunkt der Aktivitäten der **Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung** sowie der freien Träger im gesamten Land Brandenburg, die durch die Landeszentrale gefördert werden. Die Landeszentrale und freien Träger vor Ort leisten mit Diskussionen, Workshops, Vorträgen, Buchlesungen, Filmveranstaltungen, Theaterstücken und Ausstellungen schon wesentliche Beiträge zur Aus-

**Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist ein Konzept der Landesregierung und wird von beiden Koalitionsparteien getragen. Wo sehen Sie heute die Aufgaben der politischen Parteien in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus?**

„Nah bei den Menschen sein“, hingehen, wo es auch weh tut, gerade Jugendlichen zuhören können.

einandersetzung mit Rechtsextremismus. Unterstützt wird dies nicht zuletzt auch durch die interaktiven Nutzungsmöglichkeiten des im Internet angebotenen Informationsportals zum Rechtsextremismus durch die Landeszentrale.

### **(3) Repressive Maßnahmen.**

„Rechtsextremistische Ideologien verletzen die zentralen Grundwerte unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung – Schutz der Menschenwürde, des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit. Dem Rechtsextremismus in seinen Erscheinungsformen sind daher alle rechtsstaatlichen Mittel entgegen zu setzen. Vorrangige Aufgabe von Polizei und Justiz ist daher die Verhinderung sowie die entschiedene und konsequente Verfolgung von rechtsmotivierten Straftaten“, so Innenminister Jörg Schönbohm 2007.

Den Kern der polizeilichen Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität von Rechtsextremen bilden das präventive Einsatzkonzept MEGA und die TOMEQ.

MEGA steht für „Mobile Einsatzeinheiten gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“. Ziel ist die Aufrechterhaltung des hohen Verfolgungsdruckes gegenüber gewaltbereiten Gruppierungen der rechtsextremen Szene. Klaus Kandt, Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder) 2002-2007, seit 2007 Polizeipräsident in Potsdam, beschreibt die Arbeit der MEGA an einem Beispiel:

*„Im September 2006 wurde polizeilich bekannt, dass es im Bereich der Polizeiwache Eisenhüttenstadt zu einem Konzert der rechten Szene kommen soll. Der Polizei waren vorab weder der konkrete Veranstaltungsort noch der zeitliche Beginn des geplanten Skinheadkonzertes bekannt. Die konkreten Ortskenntnisse der MEGA-Beamten, ihre Informationen zu den örtlich bekannten aktiven Mitgliedern und Sympathisanten der rechten Szene und die Erkenntnisse über die regionalen rechten Musikbands und deren Fans ermöglichten eine Lokalisierung des Konzertortes sowie das Erkennen der sehr aufwändigen Bemühungen des Veranstalters und der Konzertbesucher zum Verschleiern dieser Veranstaltung. Entsprechend wurden sofort polizeiliche Kontrollen am Konzertort durchgeführt, die Personalien der Kontrollierten festgestellt und anschließend Platzverweise an die 'Konzertbesucher' erteilt. Gegenüber dem Konzertverantwortlichen wurde die Auflösung der Veranstaltung verfügt. Entsprechend kam es nicht zur Durchführung des geplanten Konzerts“ (Klaus Kandt 2007).*

Vornehmlich in Brennpunktbereichen wurden seit Anfang des Jahres 2001 täterorientierte Maßnahmen verstärkt umgesetzt (TOMEG). Diese verfolgen das Ziel, die in Brennpunktbereichen durch extremistische oder fremdenfeindliche Personen bestehenden Gefahrensituationen zu beseitigen, indem personenbezogen gegen die verantwortlichen Störer und Täter mit abgestimmten präventiven bzw. repressiven Maßnahmen vorgegangen wird. Mit diesen Maßnahmen wird dem allgemeinen hohen Verfolgungsdruck ein personenorientierter sozialer Druck hinzugefügt. Insofern ergänzt TOMEG das Konzept MEGA. Wiederholtes unangemeldetes Aufsuchen von Personen zur Gesprächsführung, anlassbezogene Erteilung von Auflagen zur Gefahrenabwehr, Einbeziehung von Kontaktpersonen (Eltern, Mitschüler, ggf. Arbeitgeber u. a.) sind dabei einige der Vorsorgemaßnahmen der Polizei zur Verhinderung erneuter Straftaten durch die betreffenden Personenkreise. In die personenbezogene Arbeit werden staatliche Stellen einbezogen, die repressive oder präventive Zuständigkeiten in diesem Zusammenhang besitzen (z. B. Jugendamt, Ordnungsamt, Fahrerlaubnisbehörden, Staatsanwaltschaft).

## **Interview mit Winfriede Schreiber, Präsidentin des Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder) 2002 bis 2005, seit 2005 Leiterin der Abteilung Verfassungsschutz im brandenburgischen Ministerium des Innern.**

### **Sehr geehrte Frau Schreiber, Verfassungsschutz durch Aufklärung steht als präventive Aufgabe an vorderer Stelle in der Aufgabenbeschreibung des Verfassungsschutzes in Brandenburg. Wie wird dieses Konzept in die Praxis umgesetzt?**

*Der Verfassungsschutz versteht Prävention und die einhergehende Information als eine Kernaufgabe – meiner Erfahrung nach kann dies nur innerhalb eines Beratungsnetzwerkes effektiv erfolgen. Dementsprechend stellen wir ein breites Beratungs- und Fortbildungsangebot zur Verfügung. Dieses richtet sich an die Kooperationspartner im Kampf gegen Rechtsextremismus, an die Öffentlichkeit, insbesondere für Schulen, Kommunen, gesellschaftliche Organisationen – wie die Freiwillige Feuerwehr – und Vereine. Meine Behörde baut das grundlegende Konzept für einen „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ weiter aus, dabei legen wir Wert auf partnerschaftliche Kooperation zwischen den Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft. Denn im Zusammenwirken von Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechtsextremismus liegt eine Stärke Brandenburgs, hier sind wir in den letzten Jahren ein gutes Stück voran gekommen – hinweisen möchte ich auf Halbe: Durch die gemeinsame Anstrengung von Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden ist es uns gelungen, den Waldfriedhof in Halbe vor rechtsextremistischen Aufmärschen am Volkstrauertag zu schützen.*

*Im Beratungsnetzwerk ist die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ unser zentraler Kooperationspartner – den engagierten Kolleginnen und Kollegen danke ich herzlich.*

*Ausdrücklich erwähnen möchte ich daneben die Mobilen Beratungsteams und die RAA. Beide Kooperationspartner wissen über die Lage vor Ort Bescheid und sind in der Lage, deutliche Signale gegen Rechtsextremisten zu setzen. An vielen Orten setzen Bürger Zeichen gegen Hass, Gewalt und Extremismus, wenn Rechtsextremisten öffentliche Räume besetzen wollen. Solche Signale werden in der Szene wahr-*



genommen und wir beobachten eine zunehmende Frustration. Ziel der letzten Jahre war und ist eine noch engere Verzahnung und Ressourcenbündelung verschiedenster Stellen im Sinne eines Netzwerks. Der Verfassungsschutz versteht sich als ein wichtiger Teil des Netzwerks und damit als Berater für gesellschaftliche Gruppen und Unternehmen. Denn nicht zuletzt ist eine effektive Bekämpfung des Extremismus auch ein Standortfaktor – nicht nur für die Tourismusbranche.

**Im Herbst diesen Jahres stehen Kommunalwahlen ins Haus. Nächstes Jahr sind Landtagswahlen. Wie schätzen Sie die Entwicklung des Rechtsextremismus im Hinblick auf die Kommunal- und Landtagswahlen ein?**

Die vielfältigen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Aufklärungsmaßnahmen und die konsequente Repressionspraxis Brandenburgs haben Wirkung erzielt. Es gibt aber auch noch einiges zu tun – so gibt mir die aktuelle Entwicklung der rechtsextremistischen Musikszene Anlass zur Besorgnis.

Die DVU hingegen ist in Brandenburg und bundesweit auf dem Weg zu einer Splitterpartei. Anders hingegen ist die Lage bei der NPD. Zwar ist der Organisationsgrad der NPD in Brandenburg noch vergleichsweise gering, die verfassungsfeindliche Partei beabsichtigt jedoch, ihre Lücke in den Strukturen zwischen Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zu schließen. Dafür muss sie drei Hürden nehmen: a) sich erfolgreich an den Kommunalwahlen 2008 beteiligen, b) die DVU als Konkurrentin bei der Landtagswahl 2009 ausschalten und c) die 5% Hürde bei der Landtagswahl 2009 überwinden.

Daher ist aus meiner Sicht gerade in den Jahren 2008 und 2009 der aktive Einsatz vielfältiger Mittel durch Rechtsstaat und Zivilgesellschaft für die freiheitliche demokratische Grundordnung noch stärker gefordert. Er wird das Fundament dafür sein, rechts-extremistische Bestrebungen in Brandenburg auch jenseits exekutiver oder justizieller Maßnahmen weiterhin erfolgreich politisch in die Bedeutungslosigkeit zu drängen.

Diese ordnungspolitischen Maßnahmen werden durch die breit angelegte Aufklärung und Information über die Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung flankiert, die der Verfassungsschutz im Land Brandenburg als eine seiner Kernaufgaben definiert hat, um extremistischen Bestrebungen entgegenzuwirken. Zu nennen ist zum Beispiel die mit dem Verfassungsschutz des Landes Berlin ge-

meinsam herausgegebene Broschüre über die Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole in der rechtsextremen Szene, der jährlich erscheinende Verfassungsschutzbericht aber auch Arbeit an Schulen mit dem Planspiel „Demokratie und Extremismus“.

Der Staatsanwaltschaft und Strafjustiz ist es in den vergangenen Jahren gelungen, die gerade für die wirkungsvollen und resozialisierenden Maßnahmen gegenüber junger Täterinnen und Täter wichtige Zeit zwischen der Tat und der Verurteilung zu verkürzen. *„Einschlägige Verfahren werden bei allen vier Staatsanwaltschaften des Landes in Sonderabteilungen bearbeitet, die mit entsprechend qualifizierten Staatsanwälten besetzt sind. Besonderer Wert wird dabei auf einen beschleunigten Abschluss der Ermittlungsverfahren gelegt. Da auf die häufig jungen Täter jedoch in der Regel das Jugendstrafrecht Anwendung findet, dürfen die Gerichte die Sanktionen nicht so bemessen, dass andere dadurch abgeschreckt werden, das heißt die „negative Gewaltprävention“ ist unzulässig (...) Unbestritten ist jedoch, dass eine schnelle Aufklärung der Tat und eine auf dem Fuß folgende Verurteilung des Täters potentielle Täter zu verunsichern und sogar abzuschrecken vermag“* (Erardo Rautenberg 2007).

Gewaltpräventive Projekte werden auch durch den Landespräventionsrat „Sicherheitsoffensive Brandenburg“ (LPR) unterstützt, der im Jahr 2000 gegründet wurde. Er sieht es als seine Kernaufgabe an, allen staatlichen und privaten Gruppen eine Plattform zu bieten, die insbesondere in den Bereichen

- Jugendschutz,
    - Kinder- und Jugendarbeit,
    - Schule
  - Kriminalitätsprävention, insbesondere in den Deliktgruppen
    - Gewalt-Kriminalität – besonders im Jugendbereich,
    - Drogenkriminalität,
    - Massenkriminalität,
    - häusliche Gewalt/Gewalt gegen Frauen und Kinder sowie
    - Straßenkriminalität
  - Opferschutz/Opferhilfe sowie
  - Wissenschaft und Forschung
- tätig sind.

## 4. Das Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“

Im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ konnten ab August 2007 die bereits bestehenden Beratungsangebote im Land Brandenburg weiter ausgebaut und zu einem landesweiten **Beratungsnetzwerk** zusammengeführt werden. Die Koordinierung des Beratungsnetzwerks wurde von der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg übernommen. Getragen wird das Netzwerk im Wesentlichen von: staatlichen Kooperationspartnern (u. a. Verfassungsschutz, Polizei, Justiz und die Integrationsbeauftragte des Landes), nicht-staatlichen Partnern (u. a. Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, RAA Brandenburg, Opferperspektive, der Brandenburgischen Sportjugend) sowie lokalen Kooperationspartnern (u. a. den Schulämtern, den Schutzbereichen der Polizei sowie den Landkreis- und Stadtverwaltungen, zivilgesellschaftlichen Bündnissen, Vereinen und anderen Akteuren).

Die ersten Erfahrungen nach einem Jahr zeigen, dass durch die im Bundesprogramm bereit gestellten Mittel und die koordinierte Zusammenarbeit gemeinsame Reaktionsmöglichkeiten gegen rechtsextreme Aktivitäten entwickelt und verstärkt umgesetzt werden können. Dabei wird darauf geachtet, dass die Arbeitsansätze und Beratungsprofile der beteiligten Organisationen unterscheidbar bleiben, da sie jeweils spezifische Zugänge zu verschiedenen Zielgruppen haben und nutzen können. Die beteiligten landesweiten, regionalen und lokalen Organisationen analysieren gemeinsam die Situation, identifizieren mögliche Ressourcen und erarbeiten Handlungskonzepte für die konkrete Situation.

Dass im Land die Beratungsressourcen im Rahmen des Handlungskonzepts und früherer Bundesprogramme langfristig entwickelt wurden, war eine Voraussetzung

dafür, dass das Beratungsnetzwerk sehr schnell installiert werden konnte. Denn mit seiner Gründung waren die Akteure des Beratungsnetzwerks sofort mit Aktivitäten der NPD und andere rechtsextremistischer Gruppen befasst: Die Versuche der NPD, eine Immobilie als Schulungszentrum zu erwerben sei es in Rauhen, Rheinsberg oder Biesenthal. Schon bei der öffentlichen Vorstellung des Beratungsnetzwerks durch den Koordinator des Handlungskonzepts, Staatssekretär Jungkamp, war bekannt, dass die NPD und die Jungen Nationalen an Brandenburger Schulen mit einer rechtsextremen „Schülerzeitung“ für ihre menschenfeindliche Ideologie werben wollen.

Im Rahmen des Beratungsnetzwerks wurden die Informationen zusammengetragen, die „Schülerzeitungen“ und das Vorgehen der NPD in anderen Bundesländern analysiert und eine Handreichung für Schulen gemeinsam durch die RAA Brandenburg und den Verfassungsschutz erstellt. Bevor die erste „Schülerzeitung“ der JN verteilt werde, waren die Öffentlichkeit, Schulen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, aber auch die Eltern über die Aktivitäten informiert und konnten entsprechend auf den Versuch rechtsextremer und neonazistischer Werbung reagieren.



## 5. Nicht-staatliche Partner im Handlungskonzept und im Beratungsnetzwerk

### 5.1 Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

*Von Anna Spangenberg*

Das **Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit** hat sich 1997 als ein gesellschaftliches Bündnis landesweit tätiger Verbände und Organisationen mit unterschiedlichen weltanschaulichen Ansätzen, gesellschaftlichen Konzepten und Verbandszielen zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen die Ausbreitung von Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu wirken, die Mitglieder zu motivieren, die Ziele des Aktionsbündnisses in ihren Vereinigungen und Initiativen umzusetzen und sich mit ihrem Tun als Teil eines gesellschaftlichen Zusammenschlusses zu verstehen, der weit über die jeweiligen Einzelorganisationen hinaus geht.

Mit seiner Gründung verband sich das Ziel, möglichst breite Teile der brandenburgischen Gesellschaft gegen rassistische und diskriminierende Einstellungen und Gewalt zu mobilisieren.

Inzwischen ist das Aktionsbündnis ein bekanntes Forum landesweiter Interessenverbände und Organisationen mit unterschiedlichen Wirkungsfeldern, Weltanschauungen und Gesellschaftskonzepten, lokaler Initiativen und Netzwerke sowie prominenter Einzelpersonlichkeiten.

Das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit begleitet kritisch Entscheidungen und Handlungen der Akteure in der Landes- und Bundespolitik; kooperiert mit dem Handlungskonzept der Landesregierung 'Tolerantes Brandenburg' in einem kritischen Dialog; bildet ein Netzwerk, dessen Mitglieder bei Aktionen und Projekten vielfältigster Art zusammenarbeiten, und unterstützt lokale Initiativen durch Beratung und finanzielle Hilfen; würdigt positive Entwicklungen oder macht negative Auswirkungen deutlich und vermittelt eigene Impulse in der politischen Auseinandersetzung; unterstützt den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern und lokalen Initiativen sowie den nationalen und inter-

nationalen Dialog; beteiligt sich am analytischen Diskurs zu den Problemen Rechts-  
extremismus, Gewaltbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit; reagiert auf Übergriffe  
und ist solidarisch mit den Opfern von Gewaltkriminalität. Aktivitäten der Mitglieder  
können auch weiterhin finanziell durch das Aktionsbündnis unterstützt werden. Pro-  
jekte von Mitgliedern sowie regionaler und überregionaler Träger können finanziell  
aus Mitteln des Toleranten Brandenburg gefördert werden, über dessen Vergabe  
ein Förderbeirat entscheidet. Einzelheiten dazu können in der Geschäftsstelle er-  
fragt werden.

## **Mitglieder des Aktionsbündnisses**

### **Landesweite Organisationen in Brandenburg:**

AndersARTIG e.V. – Antirassistisches Jugendbündnis Aktion Noteingang – Beirat  
zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie, gegen Ge-  
walt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam  
– Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e.V. – Bürgerstiftung Barnim-Ucker-  
mark – Bundeswehr Standort Potsdam – Deutscher Gewerkschaftsbund Berlin-Brand-  
enburg – Deutscher Journalistenverband – Deutscher Mieterbund, Mieterbund  
Brandenburg e.V. – Deutscher Richterbund, Bund der Richter und Staatsanwälte –  
Die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg – DOMOWINA, Regional-  
verband Niederlausitz – Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg-schlesische  
Oberlausitz – Erzbistum Berlin der Römisch-Katholischen Kirche – Flüchtlingsrat –  
Handwerkskammer Potsdam – Humanistischer Verband Berlin-Brandenburg – Indu-  
strie- und Handelskammer Frankfurt (O) – Jüdische Gemeinde – Landesarbeitsge-  
meinschaft der kommunalen Ausländerbeauftragten – Landesarbeitsgemeinschaft  
soziokulturelle Zentren – Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung  
– Landesarbeitsgemeinschaft kulturpädagogische Einrichtungen – Landesbauern-  
verband – Landesjugendring e.V. – Landesrat der Lehrkräfte – Landesrat der Eltern  
– Landesrektorenkonferenz – Landesschülerrat (Landesrat der Schülerinnen und  
Schüler) – Landessportbund – Landkreistag – Liga der Spitzenverbände der freien  
Wohlfahrtspflege – Opferperspektive e.V. – RAA Brandenburg – Seniorenrat –  
Städte- und Gemeindebund – Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten – Vereini-  
gung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg

### **Lokale Initiativen:**

Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe – Beirat  
zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie, gegen  
Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Pots-

dam – Bündnis gegen Rechts Falkensee – Cottbuser Aufbruch – Finsterwalder Aktionsbündnis für Menschlichkeit und Toleranz – Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt Oranienburg – Netzwerk für ein tolerantes Eberswalde – Nordbahngemeinden mit Courage – Plattform gegen Rechts Frankfurt (Oder) – Plattform gegen Rechts Fürstenwalde – Runder Tisch für Ausländer gegen Gewalt, Spremberg – Werderaner Bündnis KURAGE für Kulturaustausch, gegen Rassismus und Gewalt – Wittstock gegen Rechts

### **Einzelpersonlichkeiten:**

Uta Leichsenring, Erardo Cristoforo Rautenberg, Christoph Schroth, Hans-Jürgen Wende

## **5.2 Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung/Mobiles Beratungsteam**

**Hilfe zur Selbsthilfe gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – für eine demokratische Kultur im Land Brandenburg**

*Von Dirk Wilking*

### **Das Mobile Beratungsteam**

- **wirkt in Kommunen und Regionen Brandenburgs** durch Beratung, Moderation und Information bei der Stärkung und Entwicklung einer umfassend demokratisch verfassten Gesellschaft mit;
- **berät alle gesellschaftlichen Initiativen und Einzelpersonen** – vom besorgten Elternteil bis zum haupt- oder ehrenamtlichen Bürgermeister, vom kreisweiten Netzwerk für Toleranz bis zur örtlichen freiwilligen Feuerwehr, vom Unternehmen bis zum Landrat;
- **hat als Ziel die gemeinsame Entwicklung und Sicherung demokratischer Grundwerte**, die Stärkung der Verantwortung jedes Einzelnen vor Ort und die Abwehr und Verhinderung von rechtsextremen und rassistischen Entwicklungen und Übergriffen.

Das MBT mit seinen insgesamt 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeitet im Rahmen des 1998 beschlossenen Handlungskonzepts Tolerantes Brandenburg der Landesregierung. Zu Beginn des Jahres 2006 wurde dieser Arbeitsansatz verkürzt und in personaler Kontinuität im demos – Brandenburgisches Institut für

Gemeinwesenberatung neu gefasst und arbeitet in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“.

### **Situationsbeschreibungen**

In der Regel bilden Fragen zum Themenfeld Rechtsextremismus den Anlass unserer Beratungsprozesse. Hier ist es häufig wichtig, als Auftakt eine Beschreibung der regionalen Szene (auch jenseits der Kriminalstatistik) in das Gemeinwesen zu geben. Die wesentliche Schwierigkeit ist es immer noch, das Problem Rechtsextremismus offen zu benennen. Das System aus organisierten Parteistrukturen, Freien Kräften und lokalen Wirkungsgruppen kann häufig in den Kommunen nicht erkannt und zugeordnet werden. Damit ist normalerweise eine Basis für weitere Aktivitäten gelegt.

### **Beratung lokaler Akteurinnen und Akteure**

Über den Zeitraum von 10 Jahren können die MBTs über einen großen Erfahrung- und Beziehungsschatz verfügen, der die lokalen AkteurInnen hilfreich vernetzt und entsprechend ihren individuellen und strukturellen Handlungsmöglichkeiten hilft, adäquate Reaktionsmuster zu trainieren. In der Bevölkerung unangenehm angesehene Erscheinungen (wie Rechtsextremismus) sollen häufig wegdefiniert oder wegdelegiert werden. Hier versuchen wir, angemessene, kleine „Pakete“ von umsetzbaren Möglichkeiten mit unseren PartnerInnen zu schnüren.

### **Das demokratische Gemeinwesen**

In aller Regel münden die Beratungsansätze später in Ideen zur Erweiterung demokratischer Verfahren, wie Beteiligungsformen und öffentlicher Kommunikation. Sehr häufig entwickeln unsere PartnerInnen nach einigen Jahren Freude und Engagement jenseits des Anlasses „Rechtsextremismus“ an Verfahren, kommunale demokratische Entwicklung voranzutreiben.

Von sechs Regionalbüros aus arbeitet das MBT mit insgesamt zwölf Beraterinnen und Beratern aus unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Bereichen im Land. Die Geschäftsstelle in Potsdam leitet die kollegiale Beratung des Teams, koordiniert unterschiedliche Anforderungen und nimmt die Außenvertretung des MBTs wahr.



## 5.3 Der Landessportbund Brandenburg

Von Nils Haberlandt

Seit dem 19.12.2005 ist der Landessportbund Brandenburg e.V. (LSB) Kooperationspartner im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung des Landes Brandenburg.

Der Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Burkhard Jungkamp sowie der Präsident des Landessportbund Brandenburg unterschrieben im Dezember 2005 die Vereinbarung, in der sich der LSB verpflichtet, *„die Inhalte des Handlungskonzeptes der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ – für eine starke und lebendige Demokratie – mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ allen seinen Aktiven, seinen im Ehrenamt Tätigen, wie auch seinen hauptamtlich Tätigen in geeigneter Form bekannt zu machen.“*

Bereits seit 2000 ist der Landessportbund Brandenburg aktives Mitglied im Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Der Hauptgeschäftsführer des LSB Andreas Gerlach gehört dem Vorstand des Aktionsbündnisses an und beteiligt sich intensiv an der Gestaltung der Projekte.

In der Kooperationsvereinbarung sind konkrete Veranstaltungen benannt, die in besonderer Weise geeignet sind, zivilgesellschaftliches Engagement, Weltoffenheit und Toleranz zu fördern und damit unterschiedliche Zielgruppen erreichen. Zu den Veranstaltungen zählen beispielsweise die Kinder- und Jugendsportspiele, das Festival des Sports oder der „Lauf für Toleranz“, der auch schon vor der Kooperationsvereinbarung fester Bestandteil im Veranstaltungskalender des LSB gewesen ist. Der frühere Minister für Bildung, Jugend und Sport, Steffen Reiche, lief in den Jahren seiner Amtszeit zahlreiche „Meilen für Toleranz“, wie sie später genannt wurden. Seit der „Meile 2000 für Toleranz und Fair Play“ zwischen Frankfurt (Oder) und Slubice im Sommer 2000 gibt es überall im Land diese thematischen Anbindungen in der Laufbewegung. Besonders symbolträchtig war 2007 die „Meile für Toleranz“ beim 40. Sachsenhausen Gedenklauf. Der Lauf erinnert an die Befreiung des Konzentrationslagers Sachsenhausen und führt immer Anfang Mai rings um die Gedenkstätte in Oranienburg.

Für die Vermittlung der Werte des Sports werden publikumsträchtige Events wie der Aktionstag für Mädchen und Frauen im Sport, die Seniorensportspiele und auch

der Familiensporttag genutzt. Ausdruck erlebbarer Toleranz ist das internationale Sport- und Begegnungsfest der Europäischen Sportakademie in Cottbus.

Der Sport und hier insbesondere der Landessportbund Brandenburg e. V. mit seinen Untergliederungen haben den pädagogischen Nutzen des Sports zur Vermittlung von gesellschaftlichen Werten schon früh erkannt. Auch vor 2005 drehten sich die Aktivitäten des LSB sehr häufig um das Thema Toleranz und Weltoffenheit. Denn wer in seinem konkreten Lebensumfeld Vielfalt und Demokratie positiv erlebt, kann leichter ein Gefühl für die grundsätzliche Bedeutung dieser Werte im gesellschaftlichen Zusammenleben entwickeln und ist auch eher bereit sich in seinem eigenen Handeln an diesen Grundsätzen zu orientieren. Der organisierte Sport macht nahezu in jedem Ort Angebote für die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Die Angebote des LSB für Kinder und Jugendliche zeichnen sich hierbei durch ein hohes Maß an Partizipation und sozialintegrativer Wirkung aus. Im Mittelpunkt steht dabei das gemeinschaftliche Sporttreiben, das zugleich zu einem vielfältigen Medium wird, indem der Sport Menschen mit gemeinsamen Interessen zusammen führt. Der Sport stellt sich daher als ein Ort der Demokratie dar, ist er doch Spiegelbild, wenn nicht sogar Brennglas unserer Gesellschaft.

Auch die Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e. V. (BSJ) engagiert sich in verschiedenen Bereichen seit ihrer Gründung im Jahr 1990, um die jungen Sportler für Weltoffenheit und Toleranz zu sensibilisieren. Diverse Projekte wurden seit dieser Zeit ins Leben gerufen. Beispielhaft genannt seien hier das Bundesprojekt „Integration durch Sport“, das Projekt „Sport mit Aussiedlern“ und der sehr erfolgreiche „Straßenfußball für Toleranz“ in Verbindung mit der Schul-WM „Schulen zeigen Flagge“. Seit 2002 werden in enger Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ Straßenfußballturniere quer durch das Land Brandenburg unter dem Motto „Akzeptanz und Anerkennung“ durchgeführt. Daran nahmen Jugendliche aus den jeweiligen Städten, die in die Projekte eingebundenen Jugendlichen und in Brandenburg lebende Migranten teil.

Zentrales Anliegen des Projektes „Straßenfußball für Toleranz“ ist es, neben dem sportlichen auch das soziale Talent von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Fußball ist für alle gleichermaßen zugänglich, erfordert wenig organisatorischen Aufwand und lässt Konfliktmanagement, Toleranz, Teamarbeit und Zivilcourage, unbelastet und altersadäquat über die Aktivität selbst einüben. An den Turnierserien beteiligten sich jährlich mehr als 1.500 Jugendliche. Insbesondere zu den Finalturnieren konnten mehr als 30 internationale Jugendgruppen begrüßt werden.

Höhepunkt der Veranstaltungen war zweifellos eine Straßenfußballtour auf dem Wasser – parallel zur Fußball-WM 2006 in Deutschland. Die siebentägige Tour durch das Land Brandenburg und die benachbarten Bundesländer erzielte mit mehr als 3.000 Teilnehmern eine sehr hohe Resonanz. Neben Jugendgruppen aus Ruanda und Kolumbien beteiligten sich außerdem 16 weitere europäische (Straßenfußball-) Projekte.

Ebenfalls zur WM 2006 in Deutschland konnte eine Schul-WM mit 200 Teams aus ganz Deutschland im Potsdamer Lustgarten erfolgreich durchgeführt werden. Dabei repräsentierte jede Schulmannschaft eine FIFA-Nation. Im Vorfeld des Finales hatten sich die Schulen in Projekten intensiv mit ihren Patenländern auseinander gesetzt.

Insgesamt beteiligten sich 32 Schulen aus dem Land Brandenburg an diesem bundesweiten Projekt.

Ergänzend dazu bietet die BSJ Bildungsprojekte, wie Antigewaltseminare oder die Arbeit mit dem Sprechbaukasten „Kontra geben“ zur Förderung der Sprachkompetenz an. Durch eine intensive Bewerbung und Öffentlichkeitsarbeit für den Sprechbaukasten wurde das Ziel verfolgt, die Menschen in den Sportvereinen zu erreichen, Aufmerksamkeit und Sensibilität für dieses gesellschaftliche Thema in den Köpfen zu wecken und ein neues Arbeitsmedium für den Schulungseinsatz vor Ort zu offerieren. Die BSJ erarbeitete das Konzept der Anti-Gewalt-Seminare, um auf das gestiegene Gewaltverhalten von Jugendlichen zu reagieren und andere Formen des Miteinanders, gewaltfreie Kommunikation und soziales Lernen zu vermitteln und zu realisieren. Vor allem mit Hilfe sportlicher und erlebnispädagogischer Methoden wurden die Seminare mit Jugendgruppen und Schulklassen erfolgreich gestaltet. Von 1999 bis 2006 erhielt die BSJ eine Förderung vom Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für 10 Seminare im Kalenderjahr.

Ferner hat die BSJ die hohe Wirkung der sportlich sozialen Projekte in Verbindung mit internationalen Austauschmaßnahmen erkannt. Die Methode des Sports dient hierbei zur Vermittlung und Kommunikation zwischen den Kulturen.

In allen Ausbildungsgängen des Landessportbundes, wie Übungsleiter- und Vereinsmanager-Schulungen beschäftigen sich Module mit dem Thema der Toleranz.

Seit dem Juli 2007 ist die Brandenburgische Sportjugend nun auch Teil des landesweiten Beratungssystems gegen Rechtsextremismus der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ aus dem Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“. Die BJS will nun verstärkt durch verschiedene Maßnahmen das zivilgesellschaftliche Engagement und die Zivilcourage im organisierten Sport stärken, um gegen Gewalt und Rechtsextremismus im Sportbereich vorzugehen. Das Bundesprogramm unterstützt hierbei die Einrichtung und Weiterentwicklung von landesweiten Beratungsangeboten, aus denen im jeweiligen Krisenfall Mobile Interventionsteams gebildet werden. Erstmals und als derzeit einzige Sportjugend in Deutschland wurde ein hauptamtlicher Mitarbeiter für diesen Themenbereich eingestellt, der sich nun in Gänze um die Beratungsanfragen der Sportvereine im Land Brandenburg kümmert.

Die aufgezeigten Aktivitäten stellen nur einen Ausschnitt der Arbeit des Landesportbundes Brandenburg mit seiner Brandenburgischen Sportjugend im Themenfeld „Toleranz“ als Kooperationspartner des Handlungskonzeptes dar. Die aktuellen Ereignisse und das klar benannte Ziel rechtsextremer Gruppierungen, im Land Brandenburg den organisierten und nichtorganisierten Sport als eigenes Handlungsfeld zu etablieren, Sportvereine zu unterwandern und Sportveranstaltungen gezielt für öffentlichkeitswirksame Präsentationen von rechtsextremen Aussagen zu nutzen, stellen neue Herausforderungen für den Sport und ein größer werdendes gesellschaftliches Problem an sich dar. Der LSB und die BJS werden auch zukünftig großes Engagement bei der Bekämpfung rechtsextremen Gedankengutes zeigen und sich ausdrücklich für Menschlichkeit und Toleranz einsetzen.

Der LSB und die BJS streben auf der Basis der Werte des Sports eine Stärkung der Kultur der Anerkennung, Partizipation und Demokratie an, gegen Diskriminierung und eine Ideologie der Ungleichwertigkeit.

## 5.4 Opferperspektive Brandenburg

*Von Dominique John*

Rechtsextremismus und Gewalt bilden zwei Seiten einer Medaille. Rechtsextremisten und ihnen nahe stehende Personen greifen andere Menschen an, weil sie diese als „minderwertig“ ansehen. Diese Form von Gewalt ist nicht willkürlich in dem Sinne, dass sie „jeden treffen kann“. Vielmehr ist sie vor allem gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen gerichtet, die von den Tätern aufgrund von vor-



Mitte: Großer Besucherandrang bei der Ausstellung Zug der Erinnerung 2008 in Rathenow, Brandenburg/Havel, Potsdam und Cottbus  
links und rechts: Straße der Demokraten in Halbe

handenen oder zugeschriebenen Merkmalen konstruiert werden. Das sind unter anderen Migranten, Homosexuelle, Menschen mit Behinderung, Schwarze, Muslime und Juden sowie junge Menschen, die sich in ihrer Symbolsprache durch Kleidung, Haartracht oder Handlungen nicht den Wertvorstellungen von rechtsorientierten Subkulturen anpassen.

Für die gesellschaftliche Bedeutung rechtsextremer Gewalt ist entscheidend, dass die Gruppen, gegen die sich solche Straftaten richten, mehrheitlich auch von institutioneller Diskriminierung betroffen sind. Gleichzeitig gelten sie in großen Teilen der Bevölkerung – darunter auch Menschen, die Gewalttaten strikt ablehnen – als „nicht zugehörig“. Rechtsextreme Gewalt knüpft an diese strukturellen Voraussetzungen und Einstellungsmuster an. Daher ist sie nicht als isolierte Erscheinung zu begreifen, sondern muss vielmehr als Radikalisierung von Einstellungen verstanden werden, die in der „Mitte der Gesellschaft“ verankert sind und, in anderen Begriffen, als akzeptable Auffassungen im Rahmen einer demokratischen Öffentlichkeit gelten. Dies betrifft Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ebenso wie Sozialdarwinismus, Antisemitismus oder Homophobie.

So unterschiedlich die Hintergründe und Verletzungen der Menschen sind, die von rechten Schlägern angegriffen wurden, sie haben eines gemeinsam: Sie wurden zu Opfern, weil sie einer gesellschaftlichen Gruppe zugeordnet werden oder einer Minderheit angehören, die von den Tätern abgelehnt wird. Die Erfahrung, stellvertretend für eine Gruppe – der sie eventuell nicht einmal angehören – zum An-



griffsziel geworden zu sein, prägt die Wahrnehmung der Betroffenen und sensibilisiert sie für die Reaktionen ihres gesellschaftlichen Umfelds. Für die Verarbeitung eines derartigen Angriffs ist daher wichtig, ob die Betroffenen Anteilnahme und Solidarität erfahren oder ob sie mit der Gewalterfahrung allein gelassen oder ihnen gar unterstellt wird, die Gewalt durch ihre Erscheinung oder ihre Anwesenheit provoziert zu haben.

Menschen, die von rechtsextremer Gewalt betroffen sind, haben – besonders wenn sie zu gesellschaftlichen Minderheiten gehören – meist eine klare Vorstellung davon, dass sie von den Tätern aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe angegriffen werden. Für sie hat die Diskussion über „gefährliche Orte“ einen realen Gehalt, die ihren Alltag bestimmt. Oft entwickeln solche Angriffe jedoch eine weitergehende Dynamik: Andere Menschen, die zwar selbst nicht Opfer solcher Straftaten geworden sind, aber zur Gruppe derer zählen, auf die die Täter abzielen, können die Angriffe als potenziell gegen sich gerichtet erfahren. Es entwickeln sich Ängste und damit einhergehende Ausweichstrategien. Orte, an denen die Gefahr attackiert zu werden als hoch eingeschätzt wird, werden gemieden. In den Köpfen der Betroffenen entstehen „Landkarten der Gefahr“. Eine adäquate Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalt muss auch solche, über die eigentliche Straftat hinausgehenden Prozesse im Blick haben und in die Arbeit mit den Betroffenen einbeziehen. Sie kann nur gelingen, wenn sie parteilich an der Seite der Betroffenen stattfindet und – wenn Betroffene das wünschen – mit einer kritischen Öffentlichkeitsarbeit verbunden wird, die die gesellschaftlichen Bedingungen benennt, innerhalb derer sich die Straftaten ereignet haben.

Das Konzept der parteilichen Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalt wurde ab 1998 im Rahmen der RAA Brandenburg von einer Gruppe antifaschistischer Aktivisten entwickelt, die dem Verharmlosen und dem Verschweigen von Rechtsextremismus in den 1990er Jahren die praktische Solidarität mit den Opfern entgegensetzen wollten. Aus dieser Initiative entstand in Brandenburg die erste Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt in Deutschland. Im Jahr 2000 wurde schließlich der Verein Opferperspektive Brandenburg e.V. gegründet. Die deutliche

Kritik, die von der Opferperspektive daran geübt wurde, wie Polizei und Gerichte, Medien und Politik zum Teil mit rechtsextremen Gewalttaten umgingen, führte dazu, dass dem Verein in Brandenburg neben Unterstützung auch Ablehnung bis hin zur offenen Feindschaft entgegengebracht wurde. Außerhalb des Landes erhielt der Verein indes eine große Anerkennung. So wurde er im Jahr 2000 für seine Pionierarbeit mit der Carl von Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte ausgezeichnet. Dem folgte 2003 der Preis „Aktiv für Toleranz und Demokratie“ des bundesweiten Bündnisses für Demokratie und Toleranz – Gegen Extremismus und Gewalt. Ab 2001 unterstützte die Bundesregierung im Rahmen des Förderprogramms CIVITAS den Aufbau von Beratungsstellen nach dem Beispiel der Opferperspektive in den anderen ostdeutschen Ländern und in Berlin. Aus dieser Bundesinitiative ist seitdem ein länderübergreifendes Netzwerk spezialisierter Opferberatungsstellen entstanden, die das in Brandenburg entstandene Profil gemeinsam weiterentwickeln.

Heute, im zehnten Jahr des „Toleranten Brandenburg“, ist die Opferperspektive, neben anderen Partnern wie die RAA und die Mobilien Beratungsteams, zu einem wesentlichen Bestandteil des Handlungskonzeptes des Landes geworden. Die Gründe dafür, dass die Arbeit des Vereins heute deutlich mehr Zustimmung erhält als noch vor einigen Jahren, sind vielfältig. Ausschlaggebend sind Veränderungen in gesellschaftlichen Diskursen. Die Analysen, auf denen die Beratungsarbeit mit Opfern rechtsextremer Gewalt fußt, werden nicht mehr allein durch sozialwissenschaftliche Befunde gestützt: Dass die Verfestigung rechtsextremer Positionen eng verwoben ist mit gesellschaftlicher Ausgrenzung, wird inzwischen weithin anerkannt. Der Ansatz der Stärkung von Beschwerdemacht, wie ihn die Opferperspektive mit vielen Interessenvertretern benachteiligter Gruppen verfolgt, setzt sich mehr und mehr als notwendige Strategie der Demokratieentwicklung durch. Die Opferperspektive hat auch, im Austausch mit anderen Beratungseinrichtungen, ihre Herangehensweisen professionalisiert und ihr Profil geschärft. Zusätzlich dürfte die große Anerkennung, die der Ansatz bundesweit erfahren hat, auf die Diskussion im Land eine positive Rückwirkung gehabt haben.

Heute kann der Verein mit fünf Stellen und sieben Mitarbeitern landesweit eine aufsuchende Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalttaten, ihre Angehörigen und Freundeskreise sowie Zeugen anbieten. Die Beratung ist freiwillig, vertraulich, parteilich und kostenlos. Sie zielt darauf, den Ratsuchenden zu helfen und sie dabei zu begleiten, die Gewaltfolgen zu überwinden.

Daneben recherchiert und erfasst die Opferperspektive systematisch rechtsextreme Gewalttaten. Fortlaufend werden eine Chronologie dieser Gewalttaten sowie Statistiken und Analysen über deren Entwicklung veröffentlicht. Außerdem lädt der Verein mit einer bundesweiten Wanderausstellung und zahlreichen Veranstaltungen und Seminaren zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Gewalt ein.

Das Monitoring und die Opferberatung verknüpft die Opferperspektive mit politisch-sozialen Interventionen, die Prozesse gesellschaftlicher Solidarität mit den Opfern auslösen und dadurch zur Ächtung von Rechtsextremismus und Gewalt beitragen sollen. Dazu gehört, Bürger ebenso wie Institutionen und Medien dazu einzuladen, durch die Solidarisierung mit den Opfern ein klares Zeichen für die Menschenrechte zu setzen. Dazu gehört, jene Gruppen zu stärken und zu unterstützen, die als gesellschaftliche Minderheiten Diskriminierung und Gewalt erfahren. Die Opferperspektive thematisiert rechte Gewalttaten aus der Sicht der Opfer und sucht die Auseinandersetzung mit ihrem gesellschaftlichen Kontext.

## **5.5 RAA Brandenburg – Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule, Brandenburg Demokratische und interkulturelle Kompetenzen fördern**

*von Alfred Roos*

Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten. Und diese fallen nicht vom Himmel. Im Zentrum der Arbeit der RAA Brandenburg stehen Kinder und Jugendliche und diejenigen, die für Bildung und Erziehung dieser Kinder und Jugendlichen von Bedeutung sind. Demokratische Kompetenzen erwerben Kinder und Jugendliche – so wie Erwachsene auch –, indem sie Demokratie erleben und leben. Wie beim Erlernen einer Sprache, so muss Demokratie „gesprochen“ werden. Demokratisch handeln lernen Kinder und Jugendliche, indem sie lernen, Interessen und Überzeugungen zu formulieren, mit anderen zu diskutieren, abzugleichen und im Konflikt zu behaupten. Naturgemäß werden sie auch lernen, dass nicht alle Interessen und Forderungen durchzusetzen sind, wenn eine Mehrheit dagegen steht. Sie lernen dabei, wie wichtig es ist, dass Minderheiten Rechte haben, die sie vor der Überwältigung durch die Mehrheit schützen, und dass man gegebenenfalls auch mal Kompromisse schließen muss. Kinder und Jugendliche lernen dies im Zu-



sammenleben mit Erwachsenen, Gleichaltrigen und Älteren und Jüngeren. Und wie jedes Lernen kann auch dies misslingen.

Rechtsextremes, rassistisches und antisemitisches, kurz: menschenfeindliches Verhalten sind Angriffe auf unser demokratisches Gemeinwesen. Sie sind getragen von entsprechenden menschenfeindlichen Einstellungen. Folgende Faktoren begünstigen aus unserer Sicht die Übernahme solche Einstellungen:

- das Gefühl sozialer Desintegration,
- die Angst vor sozialem Abstieg,
- negative Zukunftserwartung,
- das Gefühl haben, weder an meiner eigenen Situation noch politisch etwas aus eigener Kraft verändern zu können.

Diese Faktoren machen anfällig für die Übernahme scheinbar einfacher Versprechungen rechtsextremer Ideologien, aber sie verdeutlichen auch den psychischen Druck der hinter menschenfeindlichen Äußerungen und Handlungen häufig steht. Drehen wir die Sichtweise um und fragen: Was brauchen (nicht nur) Kinder und Jugendliche, um weniger anfällig für die Übernahme rechtsextremer Einstellungen zu sein? Hier finden wir:

- Selbstsicherheit und das Vertrauen in die eigenen Möglichkeiten,
- Kompetenzen im Umgang mit Unsicherheit,
- Kompetenz im Umgang mit „unübersichtlichen“ Situationen, d. h. da, wo nicht alles auf den ersten Blick gut oder böse, schwarz oder weiß ist,
- Kompetenzen im Umgang mit Fremdem,
- eigene Interessen in Worte fassen und Anderen gegenüber formulieren können,
- Konflikte eingehen können,
- Interessenkonflikte gewaltfrei austragen können.

Dies sind Voraussetzungen, die die individuellen Abwehrkräfte gegen extremistische, gegen menschenfeindliche Ideologien von jungen und älteren Menschen stärken. Die Aufgaben für außerschulische wie schulische Bildung und Erziehung lauten demzufolge:

- Kindern und Jugendlichen die Fähigkeit vermitteln, mit Verschiedenheit umgehen zu können,
- Wertschätzung zeigen und erfahrbar machen,
- Erfahrung von Gleichwertigkeit in der Differenz vermitteln („alle anders – alle gleich“),
- Konfliktfähigkeit der Einzelnen fördern,

- Ausbildung von Empathie (Einfühlungsvermögen) fördern,
- Selbstvertrauen, Selbstachtung und Selbstwirksamkeitserfahrungen unterstützen,
- Beteiligung anregen und nicht folgenlos verpuffen lassen,
- die Übernahme von Verantwortung durch Kinder und Jugendliche anregen und zulassen.

Werden diese Grundsätze in den Methoden und Lernarrangements beachtet, so steigen die Chancen, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene für die Demokratie und für Andere eintreten.

### Die RAA Brandenburg

Anlass der Gründung von RAA Niederlassungen 1992 in Brandenburg waren fremdenfeindliche Gewalt und rechtsextreme Vorfälle in Brandenburg. Die Initiative ging von der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg, Almuth Berger, dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und der Freudenberg Stiftung aus, die Förderung erfolgte zunächst im Rahmen eines BLK-Modellversuchs. 1998 wurde die RAA als wichtiger Kooperationspartner in das Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ aufgenommen. Die RAA Brandenburg sind Mitglied im Landesintegrationsbeirat und dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Die RAA Brandenburg arbeiten als Nichtregierungsorganisation im gesamten Land Brandenburg, in allen Schulamtsbereichen findet sich eine RAA-Niederlassung als Ansprechpartnerin. Seit 2004 bilden die Büros des MBT und der RAA Niederlassungen gemeinsam 6 Büros für Integration und Toleranz (BIT) und damit regionale Unterstützungsagenturen für die Bürgergesellschaft und gesellschaftliche Institutionen. Die schulbezogene Arbeit, die Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen für Weltoffenheit und Toleranz und die Unterstützung der Integration von Zuwanderern bilden den Kern der Auf-



Rock gegen rechte Gewalt. DGB-Jugend am Vorabend des 01. Mai 2007 auf dem Luisenplatz in Potsdam.

gaben der RAA Brandenburg. Seit 2006 sind die RAA Brandenburg mit dem – dem Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung und seinen Mobilien Beratungsteams die beiden Arbeitsbereiche des gemeinsamen Trägervereins Demokratie und Integration Brandenburg e. V.

Die Arbeit der RAA Brandenburg besteht einerseits in den Beratungs- und Fortbildungsangeboten der Niederlassungen in Angermünde, Cottbus, Frankfurt (Oder), Neuruppin, Potsdam und Trebbin, andererseits in landesweiten und regionalen Projekten, die zumeist in der Geschäftsstelle der RAA Brandenburg in Potsdam angesiedelt sind:

- die Landeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage,
- die Landeskoordination START der gemeinnützigen Hertie-Stiftung,
- das deutsch-polnische Sprachbegegnungsprogramm Spotkanie (mit mehr als 1.500 Schüler/innen beiderseits von Oder und Neiße),
- die Landesstelle für demokratische Jugendbeteiligung,
- die Koordinierung des muttersprachlichen Unterrichts (Koordinierungstelle in Frankfurt),
- weitere Projekte mit Schwerpunkten in den Bereichen Demokratiebildung, Globales Lernen (BREBIT, Sansibar ins Gesicht geschaut), interkulturelle Bildung und historisch-politische Bildung (Zeitzeugenprogramm).

Die RAA Brandenburg setzen sich für ein demokratisches und weltoffenes Brandenburg ein. Das beinhaltet die Förderung der Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform sowie des bürgerschaftlichen Engagements und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen menschenverachtenden Ideologien.

Die RAA Brandenburg initiieren und gestalten Bildungsprozesse und Projekte im Bereich des demokratischen, interkulturellen, historisch-politischen und globalen Lernens für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur demokratischen Integration verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, um die Gesellschaft sensibilisieren und für kulturelle, religiöse und ethnische herkunftsbezogene Heterogenität öffnen.

Die RAA Brandenburg fördern die Integration von Zuwanderinnen und Zuwandern und treten für eine Gesellschaft ein, welche von gegenseitigem Respekt und Anerkennung getragen wird und auf die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen zielt.

### Die RAA Brandenburg

- bieten Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Jugend- und Integrationsarbeit Fortbildungen an ,
- beraten bei der demokratischen Gestaltung des Sozialraums Schule und in der Jugendarbeit und kooperieren mit Netzwerken, Stiftungen, Verbänden und Vereinen zum Abbau von Diskriminierung und Vorurteilen,
- unterstützen interkulturelle und internationale Bildungs- und Begegnungsprogramme,
- konzipieren Projekte und Materialien in den Bereichen Demokratiepädagogik, interkulturelles/globales Lernen und historisch-politische Bildung.

Die Arbeit der RAA Brandenburg wird gefördert durch die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg, das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, das Tolerante Brandenburg und die Freudenberg Stiftung.

## 6. Literatur

Für die Erstellung dieser Broschüre ist auf folgende Literatur zurückgegriffen worden, die wir den Leserinnen und Lesern gerne weiterempfehlen:

Berichte der Landesregierung zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“, [www.tolerantes.brandenburg.de](http://www.tolerantes.brandenburg.de)

*Heinz Kleger (2006): Toleranz und „Tolerantes Brandenburg“*. Münster

*Erardo und Katrin Rautenberg (2006): RECHTSEXTREMISTEN IN HALBE – Eine große Herausforderung*, hrsg. vom Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Potsdam

*Julius H. Schoeps, Gideon Botsch, Christoph Kopke, Lars Rensmann (Hg.) (2007): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention*. Berlin

## **Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg**

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg  
Heinrich-Mann-Allee 107 | 14473 Potsdam  
Tel.: 0331/866 35 60/61/63 | Fax: 0331/866 35 66  
Internet: <http://www.tolerantes.brandenburg.de>

## **Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**

Geschäftsstelle im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport  
des Landes Brandenburg  
Heinrich-Mann-Allee 107 | 14473 Potsdam  
Tel.: 0331/866 35 70 | Fax: 0331/866 35 74  
E-Mail: [aktionsbuendnis@mbjs.brandenburg.de](mailto:aktionsbuendnis@mbjs.brandenburg.de)  
Internet: <http://www.aktionsbuendnis.brandenburg.de>

## **AOK Brandenburg – Die Gesundheitskasse**

Potsdamer Str. 20 | 14513 Teltow  
Tel.: 03328/45 15 13 | Fax: 03328/45 15 14  
E-Mail: [sabine.dannenberg@brb.aok.de](mailto:sabine.dannenberg@brb.aok.de)  
Internet: <http://www.aok-brandenburg.de> | <http://www.aok-forum.de>

## **Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung**

im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg  
Heinrich-Mann-Allee 107 | 14473 Potsdam  
Tel.: 0331/866 35 41 | Fax: 0331/866 35 44  
E-Mail: [blzpb@mbjs.brandenburg.de](mailto:blzpb@mbjs.brandenburg.de)  
Internet: <http://www.politische-bildung-brandenburg.de>

## **Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos Mobile Beratungsteams**

Geschäftsstelle  
Benzstr. 11/12 | 14482 Potsdam  
Tel.: 0331/740 62 46 | Fax: 0331/740 62 47  
E-Mail: [geschaeftsstelle@BIG-demos.de](mailto:geschaeftsstelle@BIG-demos.de)  
Internet: <http://www.gemeinwesenberatung-demos.de>

### **Deutscher Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg**

Keithstraße 1/3 | 10787 Berlin

Tel.: 030/212 40 101 | Fax: 030/212 40 107

E-Mail: [presse@berlin-brandenburg.dgb.de](mailto:presse@berlin-brandenburg.dgb.de)

Internet: <http://www.berlin-brandenburg.dgb.de>

Internet: <http://www.respekt.dgb.de>

### **DorfwerkStadt – Verein für ländliche und städtische Entwicklung der globalen Jugendarbeit Brandenburg-Berlin e. V.**

Lokale Koordinierungsstelle des Lokalen Aktionsplanes Hoher Fläming und Jugendnetzwerkstelle Fläming

c/o Grundschule Wiesenburg/Mark

Parkstrasse 4 | 14827 Wiesenburg/Mark

Tel.: 033849/90 280 | Fax: 033849/502 71

E-Mail: [netzwerkstelle@dorfwerkstadt.de](mailto:netzwerkstelle@dorfwerkstadt.de)

Internet: <http://www.dorfwerkstadt.de>

Internet: <http://www.jugend-netz-flaeming.de>

### **Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz**

Georgenkirchstraße 69 | 10249 Berlin

Tel.: 030/24 34 42 90 | Fax: 030/24 34 42 89

Internet: [www.ekbo.de](http://www.ekbo.de)

### **Europazentrum Brandenburg-Berlin (EZBB) des Regionalen Fördervereins e. V. (RFV)**

Technologie- und Gemeindezentrum 8b | 16278 Pinnow

Tel.: 033335/304 09 | Fax: 033335/304 51

E-Mail: [info@europazentrumbb.de](mailto:info@europazentrumbb.de)

Internet: <http://www.europazentrumbb.de>

### **Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg**

Heinrich-Mann-Allee 103 | 14473 Potsdam

Tel.: 0331/866 59 00 | Fax: 0331/866 59 09

E-Mail: [integrationsbeauftragte@masgf.brandenburg.de](mailto:integrationsbeauftragte@masgf.brandenburg.de)

Internet: <http://www.antidiskriminierung-brandenburg.de>

Internet: <http://www.masgf.brandenburg.de>

### **Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd)**

Landesvereine Berlin, Brandenburg, Sachsen e.V.

Glogauerstr 21 | 10999 Berlin

Tel.: 030/612 03 13 32 | Fax: 030/612 03 13 38

E-Mail: [Torsten.Schramm@ijgd.de](mailto:Torsten.Schramm@ijgd.de)

Internet: <http://www.ijgd.de>

### **LAG Jugendkunstschulen und kulturpädagogische Einrichtungen in Brandenburg e.V.**

Breite Str. 7a | 14467 Potsdam

Tel.: 0331/748 23 32 | Fax: 0331/748 23 25

E-Mail: [info@kupa-brandenburg.de](mailto:info@kupa-brandenburg.de)

Internet: <http://www.kupa-brandenburg.de>

### **Landesfeuerwehrverband Brandenburg**

Geschäftsstelle

Karl-Marx-Str. 13 | 14822 Borkheide

Tel.: 033845/30 44 42 | Fax: 033845/30 45 1

E-Mail: [gst@lfv-bb.de](mailto:gst@lfv-bb.de)

Internet: [www.lfv-bb.de](http://www.lfv-bb.de)

### **Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg**

Struweg | 14974 Ludwigsfelde-Struveshof

Tel.: 03378/20 92 35 | Fax: 03378/20 92 32

E-Mail: [ulrike.kahn@lisum.brandenburg.de](mailto:ulrike.kahn@lisum.brandenburg.de)

Internet: <http://www.lisum.berlin-brandenburg.de>

Internet: <http://www.schulaemter.brandenburg.de>

### **Landesjugendamt Brandenburg**

Hans-Wittwer-Str. 6 | 16321 Bernau

Tel.: 03338/70 18 01 | Fax: 03338/70 18 02

E-Mail: [poststelle@lja.brandenburg.de](mailto:poststelle@lja.brandenburg.de)

Internet: <http://www.lja.brandenburg.de>

### **Landesjugendring Brandenburg e.V.**

Breite Str. 7a | 14467 Potsdam

Tel.: 0331/620 75 30 | Fax: 0331/620 75 38

E-Mail: [info@ljr-brandenburg.de](mailto:info@ljr-brandenburg.de)

Internet: <http://www.ljr-brandenburg.de>



### **Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwule Belange im Land Brandenburg AndersARTIG e. V.**

Gutenbergstraße 63 | 14467 Potsdam  
Tel.: 0331/20 19 888 | Fax: 0331/ 20 19 797  
E-Mail: [info@lks-brandenburg.de](mailto:info@lks-brandenburg.de)  
Internet: <http://www.lks-brandenburg.de> | <http://www.andersartig.info>

### **Landespräventionsrat Brandenburg**

Geschäftsstelle im Ministerium des Innern  
Henning-von-Treskow-Str. 9-13 | 14467 Potsdam  
Tel.: 0331/866 24 82 | Fax: 0331/866 28 60  
E-Mail: [lpr@mi.brandenburg.de](mailto:lpr@mi.brandenburg.de)  
Internet: <http://www.landespraeventionsrat.brandenburg.de>

### **Landessportbund Brandenburg e. V.**

Schopenhauerstr. 34 | 14467 Potsdam  
Tel.: 0331/97 98 19 | Fax: 0331/ 971 98 87  
E-Mail: [info@lsb-brandenburg.de](mailto:info@lsb-brandenburg.de)  
Internet: <http://www.lsb-brandenburg.de>

### **LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Brandenburg**

Geschäftsstelle c/o  
Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V.  
Paulsenstr. 55-56 | 12163 Berlin  
Tel.: 030/82 097 128 | Fax: 030/820 97 378  
E-Mail: [steigenberger.u@dwbo.de](mailto:steigenberger.u@dwbo.de)  
Internet: <http://www.liga-brandenburg.de>

### **Netzwerkstelle Märkisch-Oderland**

Kreis- Kinder und Jugendring MOL e. V. (KKJR MOL e. V.)  
Feldstraße 3 | 15306 Seelow  
Tel.: 03346/ 80 60 9 | Fax: 03346/ 85 39 50  
E-Mail: [info@leben-in-mol.de](mailto:info@leben-in-mol.de); [aktionsplan@leben-in-mol.de](mailto:aktionsplan@leben-in-mol.de)  
Internet: <http://www.leben-in-mol.de>

### **Netzwerkstelle Ostprignitz-Ruppin**

im Jugendclub Havanna  
Rosa-Luxemburg-Str. 17a | 16909 Wittstock

Tel.: 03394/400 72 40 | Fax: 03394/400 72 39  
E-Mail: [info@netzwerkstatt-dgb.de](mailto:info@netzwerkstatt-dgb.de)  
Internet: <http://www.netzwerkstatt-dgb.de>

### **Opferperspektive e. V.**

Rudolf-Breitscheid-Str. 164 | 14482 Potsdam  
Tel.: 0331/817 00 00 oder 0171/193 56 69  
Fax: 0331/817 00 01  
E-Mail: [info@opferperspektive.de](mailto:info@opferperspektive.de)  
Internet: <http://www.opferperspektive.de>

### **Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule, Brandenburg**

Geschäftsstelle  
Benzstr. 11/12 | 14482 Potsdam  
Tel.: 0331/74 78 00 | Fax: 0331/74 780 20  
E-Mail: [info@raa-brandenburg.de](mailto:info@raa-brandenburg.de)  
Internet: <http://www.raa-brandenburg.de>  
Internet: <http://www.demokratische-kultur.de/>  
Internet: <http://www.schule-ohne-rassismus.org/>

### **THW-Länderverbände Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt**

Soorstr. 84 | 14050 Berlin  
Tel.: 030/306 82 0 | Fax: 030/306 82 155  
E-Mail: [poststelle.lvbebbst@thw.de](mailto:poststelle.lvbebbst@thw.de)  
Internet: [www.lv-bebbst.thw.de](http://www.lv-bebbst.thw.de)

### **TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH**

Am neuen Markt 1 | 14467 Potsdam  
Tel.: 0331/298 73 0 | Fax: 0331/298 73 73  
E-Mail: [tmb@reiseland-brandenburg.de](mailto:tmb@reiseland-brandenburg.de)  
Internet: <http://www.reiseland-brandenburg.de>

### **Verfassungsschutz**

im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg  
Henning-von-Treskow-Str. 9-13 | 14467 Potsdam  
Tel.: 0331/866 25 00 | Fax: 0331/866 25 99  
E-Mail: [info@verfassungsschutz-brandenburg.de](mailto:info@verfassungsschutz-brandenburg.de)  
Internet: <http://www.verfassungsschutz-brandenburg.de>

## 8. Anhang

### „Tolerantes Brandenburg“ – für eine starke und lebendige Demokratie

**Handlungskonzept der Landesregierung für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**  
**Beschluss der Landesregierung vom 06. September 2005**

Gliederung des Handlungskonzepts der Landesregierung

- I. Leitbild
- II. Ursachen und Rückblick
- III. Handlungsebenen
  - III.1 Politik der klaren Signale
  - III.2 Sozialen Zusammenhalt stärken
  - III.3 Repression wirksam organisieren
- IV. Brandenburgs Weg zur starken und lebendigen Demokratie

Anlage: Maßnahmenkatalog

*Brandenburg ist ein freiheitliches, rechtsstaatliches, soziales, dem Frieden und der Gerechtigkeit, dem Schutz der natürlichen Umwelt und der Kultur verpflichtetes demokratisches Land, welches die Zusammenarbeit mit anderen Völkern, insbesondere mit dem polnischen Nachbarn, anstrebt.*

*(Artikel 2 der Verfassung des Landes Brandenburg)*

#### I. Leitbild

**Heimat mit Zukunft.** Brandenburg ist eine europäische Region mit Zukunft, die alle Chancen hat, sich zu einem attraktiven und erfolgreichen Standort mit günstigen Lebensperspektiven zu entwickeln. Mitten im neuen, erweiterten Europa und in der unmittelbaren Nachbarschaft zum EU-Partner Polen besitzt Brandenburg sehr gute Aussichten, weiteren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt zu erreichen. Wie auch andere europäische Regionen hat Brandenburg im 21. Jahrhundert nur als weltoffenes, aufgeklärtes und menschenfreundliches Land die Chance, sich innovativ zu entwickeln. Weil es um die Menschen geht, um ihre Lebenschancen und Zukunftshoffnungen, müssen wir alles daran setzen, sämtliche Potenziale zur Erneuerung unseres Landes aus eigener Kraft systematisch und eng koordiniert

auszuschöpfen. Die Landesregierung setzt sich deshalb dafür ein, dass sich Brandenburg als Land der Freiheit und Solidarität, der lebendigen und starken Demokratie weiterentwickelt.

**Tolerantes Brandenburg – eine offene und freiheitliche Gesellschaft.** Eine offene und freiheitliche Gesellschaft kann nur dort entstehen, wo sich aktive Bürgerinnen und Bürger tatkräftig, mit Zivilcourage und aus eigener Initiative an der Gestaltung ihres Gemeinwesens beteiligen.

Viele tausend Bürgerinnen und Bürger tragen durch ihr vielfältiges ehrenamtliches Engagement in Vereinen und Initiativen, in Kirchen und karitativen Organisationen, in demokratischen Parteien und Verbänden und in der Kommunalpolitik unseres Landes täglich entscheidend dazu bei, Brandenburg zu einem lebenswerten Land zu entwickeln.

*Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie* baut auf Kommunikation und allseitige Kooperationsbeziehungen. Damit wird zugleich eine erfolgreiche Außenwirkung für den weltoffenen Wirtschaftsstandort Brandenburg geschaffen. Verletzende Alltagserfahrungen von Nichtdeutschen oder Bürgerinnen und Bürgern nicht deutscher Herkunft zerstören dagegen das Bild eines demokratischen Brandenburgs und beeinträchtigen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes maßgeblich.

**Vernetzung, Kooperation, Konzentration.** Die Arbeit für eine starke Demokratie und Zivilgesellschaft erfordert die intensive Vernetzung und Kooperation aller beteiligten Akteure zugunsten des demokratischen Gemeinwesens und zur Abwehr der Feinde der Demokratie. Nur wenn über Ressorts und formale Zuständigkeiten hinweg kooperiert sowie zwischen staatlichen und bürgergesellschaftlichen Akteuren zielgerichtet an einem Strang gezogen wird, werden sich nachhaltige Erfolge einstellen.

Deshalb muss die Vernetzung derjenigen Menschen und Gruppen gestärkt werden, die sich überall in Brandenburg in Vereinen, Verbänden und Kirchen, in Schulen und Kindertagesstätten, in demokratischen Parteien, in der Wirtschaft, in Gewerkschaften und Betriebsräten, in der Kultur und Wissenschaft oder in Bürgerinitiativen aktiv füreinander und für unser Land einsetzen. Es gibt in vielen Städten und Orten unseres Landes vielfältige Initiativen, die couragiert für Toleranz und Demokratie eintreten. Sie alle müssen mehr voneinander wissen, um intensiver zusammenarbeiten zu können und werden bei dieser verdienstvollen Arbeit von der Landesregierung fortwährend unterstützt.

**Erziehung, Bildung, Aufklärung.** Eine demokratische Gesellschaft couragierter Menschen existiert nicht im Selbstlauf, sondern erfordert Voraussetzungen, die die positiven Entwicklungen in der Gesellschaft dauerhaft begünstigen und systematisch stärken. Das bedeutet für das Handlungskonzept *Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie*:

- Eine Gesellschaft der Zivilcourage und der lebendigen Demokratie in Brandenburg ist das Ergebnis ebenso frühzeitiger wie umfassender Erziehung und guter, zeitgemäßer Bildung aller Heranwach-

senden im Rahmen der demokratischen Wertegemeinschaft – in allen Regionen und von Anfang an.

Die Verantwortung tragen die Eltern, die demokratische Gesellschaft und der Staat. Eine sich von demokratischen Werten leitende Erziehung lebt aus der Vorbildwirkung der Erziehenden und befähigt zu sozialer Kompetenz und zur Achtung der Menschenwürde.

- Eine Gesellschaft der Zivilcourage und der lebendigen Demokratie in Brandenburg ist das Ergebnis umfassender Aufklärung über die Vielfalt des Lebens in der Welt, der Geschichte des eigenen Landes im Zusammenleben der Völker sowie intensiver Begegnungen möglichst vieler Brandenburgerinnen und Brandenburger mit anderen Sprachen, Lebensweisen und Kulturen.

**Einsicht, Beteiligung und demokratische Achtsamkeit aller Bürgerinnen und Bürger.** Der Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger ist bewusst, dass die positive Entwicklung des Landes Einsicht, Beteiligung und demokratische Achtsamkeit aller voraussetzt:

- Es geht um die Einsicht der Bürgerinnen und Bürger, dass Demokratie nicht nur als Organisationsform, sondern auch als politische Wertegemeinschaft zu verstehen ist. Dementsprechend sind sowohl die gegenwärtige politische Gestaltung als auch Zukunftsoptionen Brandenburgs im Sinne der Verfassungen des Bundes und des Landes Brandenburg von demokratischen Grundwerten geleitet.
- Es geht um die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, weil jedes demokratische Gemeinwesen auf Mitverantwortung und Mitgestaltung, auf den kultivierten Streit der Demokratinnen und Demokraten, auf Interessenausgleich und Kompromissfähigkeit, aber auch auf praktische Beteiligung an der Gestaltung des Gemeinwesens und seiner Probleme angewiesen ist.
- Es geht um die demokratische Achtsamkeit von Bürgerinnen und Bürgern, wenn die Grundwerte der Demokratie durch Reden und Handeln in Misskredit gebracht oder verletzt werden. Staatliches Handeln kann oftmals nur strafbare Grenzüberschreitungen ahnden. Die demokratische Alltagskultur wird sich in wachsender Achtsamkeit gegenüber der Gefährdung des Gemeinwesens, in Argumentationsstärke gegenüber den Anfeindungen der Demokratie und durch die Zivilcourage seiner Bürgerinnen und Bürger bewähren.

## II. Ursachen und Rückblick

**Mögliche Ursachen von Fehlentwicklungen in der Gesellschaft.** Eine wissenschaftlich informierte Betrachtungsweise kann vereinfachte und einseitige Erklärungsversuche nicht akzeptieren. Nur beispielhaft sollen einige gesichert erscheinende Erkenntnisse für die Ursachen von Fehlentwicklungen bzw. gesellschaftlichen Gefährdungen genannt werden. Rechtsextreme rassistische und fremdenfeindliche Gedankenwelten und Handlungsweisen waren in der Bundesrepublik Deutschland über Jahrzehnte immer wieder zu beklagen. Für die neuen Bundesländer wird man aber auch Ursachen be-

schreiben müssen, die mit ihrer spezifischen Geschichte zu tun haben.

- In der DDR war der „Antifaschismus“ Teil der Staatsdoktrin, eine objektive Geschichtsaufarbeitung fand nicht statt. Institutionell angelegte Menschenrechtsverletzungen konnten für Vergangenheit und Gegenwart ausgeblendet werden.
- In Teilen der Bevölkerung haben sich familiäre Erzähltraditionen zu Erfahrungen mit der Nazizeit im Wesentlichen erst nach 1989 vitalisiert und verharmlosen bzw. verklären nach einschlägigen Forschungsergebnissen die Nazi-Barbarei. Fehlende Toleranz im Umgang mit anderen Lebensformen und Denkweisen in einer Diktatur haben Intoleranz insgesamt befördert.
- Subjektiv empfundene oder tatsächliche biografische Entwertungserfahrungen nach 1990 haben in Teilen der Bevölkerung Distanz zum demokratischen Gemeinwesen wachsen lassen.
- Mangelnde Planbarkeit des eigenen Lebensentwurfes sowie das Fehlen simpler und schnell wirksamer politischer Handlungskonzepte erhöhen die Akzeptanz für autoritäre Politikangebote.
- Ein Verlust an Zugehörigkeitsempfinden in vielerlei sozialen Bezügen und Räumen lässt offenbar Angebote aus der rechtsextremen Szene attraktiv erscheinen.
- Mangelnde Erfahrung im Umgang mit Menschen unterschiedlicher Kulturen, aber auch die Erfahrung, Menschen nicht deutscher Herkunft vorwiegend als Problemgruppe beschrieben zu sehen, haben fremdenfeindliche Einstellungen gefördert. Das rechtsextreme Axiom der Ungleichwertigkeit von Menschen findet in diesem Zusammenhang oftmals Anklang.
- Ein Verlust elterlicher Erziehungskompetenz in Teilen der Bevölkerung und oftmals sehr heterogene Familienstrukturen sind zu verzeichnen. Der Rückgang allgemeiner sozialer Kontrolle, besonders in größeren Städten und entlegenen ländlichen Gebieten, lässt Verrohung und Gewaltbereitschaft insbesondere unter männlichen, oftmals gruppenbezogenen Heranwachsenden anwachsen.
- Empathie, zum Beispiel für die Opfer von Gewalt, ist eine Grundlage des demokratischen Gemeinwesens. Festzustellen ist, dass es an solcher Empathie inzwischen häufig fehlt. Pädagogisch im öffentlichen Raum Handelnden fehlt es mitunter an demokratischer Spannkraft, um innerhalb ihres jeweiligen Verantwortungsrahmens demokratische Grundwerte einfühlsam und konsequent in allen Bereichen zu vermitteln.

Das Selbstverständnis als politische Bürgerinnen und Bürger im Sinne eines unbedingten Mitwirkens an den eigenen demokratischen Angelegenheiten ihres Gemeinwesens muss auch in unserem Bundesland weiter gestärkt werden.

**Brandenburg auf gutem Wege – ein lohnender Rückblick.** Brandenburg hat inzwischen mehrjährige Erfahrungen in der notwendigen Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Kräften gemacht.

- Die Ausländerbeauftragte des Landes sowie unterschiedlichste Gruppen gesellschaftlich engagierter Bürgerinnen und Bürger machten bereits seit 1992 auf das wachsende Problem des Rechtsextremismus aufmerksam.
- Nachdem die Komplexität der Entwicklung erkannt worden war und sich 1997 ein Aktionsbündnis

aus Repräsentanten gesellschaftlicher Einrichtungen und Vertretern der Landesregierung gebildet hatte, wurden die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus 1998 erstmals als umfassendes Problem beschrieben sowie Handlungsmöglichkeiten für Staat und eine engagierte Bürgergesellschaft in Grundzügen unter dem Leitgedanken „Tolerantes Brandenburg“ erarbeitet.

- Erhebliche Landesmittel, aber auch Mittel des Bundes und der EU sind eingesetzt worden, um für den schulischen und außerschulischen Jugendbereich sowie für den Bereich der politischen Erwachsenenbildung ein der erkannten Situation angemessenes Angebot zur politischen Bildung in die Wege zu leiten.
- Ein umfangreiches Stellenprogramm zur Unterstützung regionaler und lokaler Kinder- und Jugendarbeit ist aufgelegt worden.
- Die Landeszentrale für politische Bildung hat versucht, ihre Angebote auf die anstehenden Problemlagen anzupassen, und zunehmend Aktivitäten in lokalen Zusammenhängen unterstützt.
- Die Ausländerbeauftragte hat vorrangig Projekte und Aktivitäten befördert, die zur Stärkung eines friedlichen Zusammenlebens zwischen Zuwanderern und Einheimischen beitragen und Vorurteile und Diskriminierungen abbauen. Im Weiteren unterstützte sie die gesellschaftliche Integration von Migrantinnen und Migranten und setzt sich für die Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen ein.
- Die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA Brandenburg e. V.) haben sowohl die gesellschaftliche Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern mit gezielten Projekten, Fortbildungen und Beratung vor Ort gefördert als auch einen wesentlichen Beitrag zur politischen Bildung an allgemein bildenden Schulen beratend oder über Schulprojekte geleistet.
- Das Mobile Beratungsteam wurde 1998 erweitert und neu geordnet und hat seitdem Beratungsansätze für Kommunen, Vereine, Kirchgemeinden und Verbände gegen Rechtsextremismus entwickelt.
- Seit 1997 unterstützte ein landesweit agierendes Projekt die Kommunen bei der Bildung von Netzwerken zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern und bei der Prävention von Konflikten in Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende und Flüchtlinge (EKIS – Entwicklung kommunaler Integrationsstrukturen und MHB – Mobile Heimberatung). Die Arbeit wird seit 2003 vom Fachberatungsdienst Zuwanderung-Integration-Toleranz (FAZIT) mit den Schwerpunkten Beratung und Fortbildung fortgeführt.
- Opferberatung und Opferhilfeeinrichtungen haben durch ihr engagiertes Handeln die solidarische Dimension der Bürgergesellschaft vermittelt.
- Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt wurden ab dem Jahr 2000 in den Gemeinden Brandenburgs aktiv und haben an der Umsetzung des Handlungskonzepts mitgewirkt.
- Initiativen vor Ort und einzelne Bürgerinnen und Bürger haben lebhaft Anteil am öffentlichen Gespräch über Besorgnis erregende Entwicklungen vor Ort genommen und sich für ein demokratisches Brandenburg engagiert.

- Lokale und regionale Aktionsbündnisse und Netzwerke haben den Austausch von Erfahrungen gestärkt und sich gegenseitig ermutigt.
- Verfassungsschutz und konsequente polizeiliche Repression haben ein weiteres signifikantes Erstarken der rechtsextremen Straftaten verhindert. Diese Möglichkeiten erscheinen inzwischen bis an die Grenzen rechtsstaatlichen Agierens ausgeschöpft. Insbesondere an den Schnittstellen zwischen polizeilicher Prävention und zivilgesellschaftlichem Engagement ergeben sich sinnvolle Synergieeffekte. Kommunale Präventionsräte analysieren die komplexen Gefährdungen des öffentlichen Lebens in den Regionen und beschließen entsprechende Interventionsmaßnahmen.
- Der Landespräventionsrat vereint staatliches Handeln und repräsentative gesellschaftliche Akteure, um die Entwicklung des Landes insbesondere in Fragen der inneren Sicherheit zu klären sowie erforderliche Maßnahmenkataloge zu erörtern. Gleichzeitig stellen diese Aktivitäten ein qualifiziertes Angebot für Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Sinne politischer Bildung dar.
- Ermittlungsverfahren wegen Straftaten mit fremdenfeindlichem, antisemitischem oder sonst rechts-extremistischem Hintergrund werden bei den Staatsanwaltschaften in Sonderdezernaten von erfahrenen, besonders geschulten und hoch motivierten Staatsanwältinnen und Staatsanwälten bearbeitet. Dadurch ist regelmäßig eine besonders beschleunigte Sachbehandlung sichergestellt. Insbesondere bei jugendlichen Straftätern haben sich unmittelbar nach der Tat erhobene Anklagen als erfolgreich für die Bekämpfung rechtsextremer Straftaten erwiesen.

Die hier skizzierte Rückschau auf staatliche und gesellschaftliche Anstrengungen der vergangenen Jahre bietet keine präzise ablesbaren Erfolgsziffern. Ein Indikator ist jedoch, dass andere Bundesländer die brandenburgischen Erfahrungen der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Gewalt und Rassismus genutzt haben. Die Landesregierung sieht sich somit ermutigt, mit den in vergangenen Jahren staatlicherseits und gesellschaftlich begonnenen Anstrengungen zur Förderung eines weltoffenen und demokratischen Klimas im Lande nicht nachzulassen, sondern die beschriebenen Ziele konsequent weiterzuverfolgen.

### **III. Handlungsebenen: Politik der klaren Signale. Sozialen Zusammenhalt stärken. Repression wirksam organisieren.**

Auf der Grundlage des Leitbildes *Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie* wird die Landesregierung den einmal eingeschlagenen und bewährten Weg konsequent weiter gehen und erfahrungsbezogen weiter entwickeln. Die Erfahrung lehrt, dass eine stetige Verständigung auf die Grundwerte der Demokratie sowie die möglichst konkrete Mitverantwortung und Mitbeteiligung vieler Bürgerinnen und Bürger die beste Gewähr gegenüber Entwicklungen bieten, die das demokratische Gemeinwesen deformieren.



Daraus folgt, dass alle Anstrengungen gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Rassismus nur dann von Erfolg gekrönt sein werden, wenn Interaktionen und Kooperationen zum Wohle des Gemeinwesens gefördert werden und die einzelnen Bürgerinnen und Bürger die Chance haben, sich darin selbst als Mitverantwortliche und Mithandelnde zu erfahren. Um dies zu fördern, werden für das künftige Handeln neue Gesichtspunkte, Ideen und Handlungsfelder eine unverzichtbare Ergänzung der bisher gemachten wichtigen Erfahrungen sein. In Umrissen werden diese Erfahrungen und Ergänzungen im Folgenden beschrieben.

Als integriertes Programm führt das erneuerte Handlungskonzept *Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie* die Vorhaben der Landesregierung konzeptionell und praktisch zusammen. Eine Kombination der klaren und politischen Signale, der repressiven und der sozial-integrativen Maßnahmen lässt sich in einer freiheitlichen und offenen Gesellschaft nicht dirigistisch verordnen. Dennoch sind politisch klare Signale und sozialer Zusammenhalt langfristig wirksam. Repression ist an die Gesetzeslage gebunden. Das Zusammenspiel dieser drei Ebenen (Ebenen frei nach Hans-Gerd Jaschke, FHVR Berlin) ist eine sinnvolle Kombination und die einzige wirklich Erfolg versprechende Strategie.

### III.1 Politik der klaren Signale

**Demokratie und Zivilcourage stärken.** Brandenburg braucht eine breit angelegte Debatte über Ziele und Werte, die in unserem Land gelten müssen. Zivilcourage und starke Demokratie sind die Ergebnisse einer dauerhaften Verständigung in unserer Gesellschaft. Nur so kann verhindert werden, dass sich antidemokratische, autoritäre und menschenfeindliche Haltungen in der Mitte und Alltagskultur der Gesellschaft festsetzen können. Es geht darum zu verhindern, dass sich das Bewusstsein für demokratische Grundwerte zugunsten antidemokratischer Einstellungen verschiebt. Menschen empfinden ein Land vor allem dann als ihre Heimat, wenn sie sich geborgen fühlen, wenn das Land lebenswert ist, sie gemeinsam an seiner Verbesserung arbeiten können und darin auch persönliche Anerkennung finden. Nur mit Bürgerinnen und Bürgern, die sich positiv und konstruktiv für ihre gemeinsamen Lebenszusammenhänge in einer offenen Gesellschaft engagieren, kann unser Land gedeihen. Für dieses Engagement der Bürgerinnen und Bürger wird sich die Landesregierung auf allen Ebenen nachdrücklich einsetzen.

**Aufsuchen, unterstützen, ermutigen.** Die Landesregierung ermutigt ausdrücklich zu bürgerschaftlichem Engagement in allen Regionen und Kommunen. Zur Unterstützung dieses Engagements sind nach bisherigen Erfahrungen professionelle Beratung und Begleitung sowie die Vernetzung von Bürgerinnen, Bürgern und Initiativen notwendig. Ein regelmäßiger Gedankenaustausch von Bürgerinnen und Bürgern, örtlichen Initiativen, aber auch Werkstätten für haupt- und ehrenamtliche Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter, das Einbeziehen der Polizei, Verfassungsschutz, Kirchengemeinden, Schulen, Vereine, Verbände und Feu-

erwehren u.Ä. können Lösungsstrategien und konkrete Schritte vor Ort in Gang setzen. So werden Vernetzungen befördert und wird die gemeinsame Verantwortung aller Beteiligten für ihr Gemeinwesen bekräftigt.

Verstärkte Bedeutung gewinnt darüber hinaus die Frage, wie gerade in den geringer besiedelten Regionen und Kommunen Tendenzen der abnehmenden Identifikation mit dem Gemeinwesen, der Politikverdrossenheit und des sinkenden Zugehörigkeitsgefühls entgegengewirkt werden kann. Zukunftskonferenzen, lokale Geschichtswerkstätten, Bürgerfeste und andere Aktivitäten zur Steigerung der Identifikation mit dem eigenen sozialen Raum haben sich hier als geeignete Instrumente zur Förderung eines demokratischen Selbstverständnisses, zur Stärkung der generationsübergreifenden Kommunikation und zur größeren Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an ihrem Gemeinwesen erwiesen. Gerade Kindern und Jugendlichen muss ermöglicht werden, sich an gemeinwesenbezogenen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und mit ihren Anliegen öffentliches Gehör zu finden.

**Gesellschaftliches Handeln fördern.** In Kommunen und Landkreisen haben sich Aktionsbündnisse zum Kampf gegen Rechtsextremismus aus Partnern unterschiedlichster Weltanschauungen gebildet. Ihr Ziel ist es, dem Rechtsextremismus wirksam entgegenzutreten. Im Land Brandenburg arbeitet das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Seine Aufgabe ist es vor allem, möglichst viele Kräfte der brandenburgischen Gesellschaft in der Auseinandersetzung mit Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu mobilisieren und zu unterstützen, Aktivitäten und Projekte anzuregen, verschiedene Partner zu vernetzen und über Aktivitäten im Land Brandenburg zu informieren. Das Aktionsbündnis gründet sich auf drei unterschiedlichen Säulen:

- landesweit tätige, gesellschaftliche Organisationen, die in ihrer Verbandspolitik ein eigenes Profil haben, engagieren sich über ihre Verbandziele hinaus gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit;
- lokale Netzwerke und zivilgesellschaftliche Bündnisse;
- Einzelpersonlichkeiten, die mit ihrem gesellschaftlichen Engagement die Ziele des Aktionsbündnisses verbinden.

Das Aktionsbündnis leistet einen wichtigen Beitrag und wird von der Landesregierung als kompetenter Mitstreiter und unabhängiger Kooperationspartner bei der Umsetzung des Handlungskonzepts geschätzt.

### III.2 Sozialen Zusammenhalt stärken

**Mobile Beratung in Landkreisen und Kommunen.** Als unentbehrliche und zunehmend auch bundesweit beispielgebende Praxis des oben genannten Prinzips „Aufsuchen, unterstützen, ermutigen“ hat sich im Rahmen des Handlungskonzepts *Tolerantes Brandenburg* in den vergangenen Jahren das Mo-

bile Beratungsteam (MBT) erwiesen. Mithilfe des MBT als Kooperationspartner in den Büros für Integration und Toleranz (BIT) der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Brandenburg (RAA Brandenburg e.V.) konnten hier über Jahre Strukturen geschaffen und ausgebaut werden, die bei der Beratungsarbeit einen gemeinwesenorientierten und systemischen Ansatz verfolgen. Als professionelle Beratungsinstanz unterstützt und fördert das MBT die Festigung demokratischer Einstellungen sowie das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für ihr Gemeinwesen. Es entwickelt dazu jeweils passgenaue Handlungsansätze mit Initiativen vor Ort. Diese Beratungspraxis ist für das Flächenland Brandenburg unabdingbar, und die Voraussetzungen für diese unverzichtbaren Strukturen werden durch die Landesregierung sichergestellt.

Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA Brandenburg e.V.). Ein wichtiger Kooperationspartner für die Schulen des Landes und in kommunalen Zusammenhängen ist die RAA Brandenburg. Als Partner im Beratungssystem Schule und in Absprache mit den staatlichen Schulämtern stellen die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RAA Brandenburg in den Büros für Integration und Toleranz (BIT) Beratungs-, Fortbildungsangebote sowie Materialien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bereit und unterstützen Schulen bei der Umsetzung von Projekten für Toleranz, den gewaltfreien Umgang mit Konflikten und bei der Förderung von Zivilcourage.

Die verantwortlichen Schulräte, Fachberaterinnen und Fachberater für die entsprechende Themenkomplexe sowie die Pädagoginnen und Pädagogen der RAA Brandenburg unterstützen die Schulen bei der konkreten Umsetzung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und der Entwicklung einer demokratischen Schulkultur. Dabei steht die demokratische Öffnung von Schulen für das Gemeinwesen im Vordergrund. So gehört es zu den Aufgaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RAA in ihren Niederlassungen, die Zusammenarbeit von Schulen und bürgerschaftlichen Initiativen gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu koordinieren.

Die Landesregierung sieht neben der kommunalen Beratung und der schulbezogenen Arbeit ebenso die Bildungsarbeit für Weltoffenheit und Toleranz sowie die Unterstützung der Integration von Migrantinnen und Migranten als wichtige Aufgaben an. Diesen Aufgaben wissen sich auch die Niederlassungen der RAA Brandenburg e.V. innerhalb der Büros für Integration und Toleranz (BIT) in besonderer Weise verpflichtet.

**Spezifisches Beratungsangebot für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten.** Die Landesregierung sieht eine wichtige Aufgabe in der Unterstützung von Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten. In Brandenburg wurde hierfür ein spezifischer Beratungsansatz entwickelt, der inzwischen allgemein anerkannt ist und in allen östlichen Bundesländern sowie in Berlin Anwendung findet. In der Praxis hat sich das Konzept eines aufsuchenden Ansatzes mit psychosozialer Beratung, langfristiger Begleitung und kommunaler Intervention bewährt. Dieser Ansatz hilft nicht nur den Opfern, sondern wirkt

auch präventiv, da er zur Solidarität mit den Betroffenen von rechtsextremen Straf- und Gewalttaten und zu einer offenen Auseinandersetzung über die gesellschaftlichen Hintergründe dieser Formen von Gewalt einlädt.

**Präventionsarbeit des Verfassungsschutzes.** Der Verfassungsschutz in Brandenburg sieht in der Prävention und Information eine seiner Kernaufgaben und hält deshalb ein breit angelegtes Informations- und Fortbildungsangebot für Schulen, aber auch für gesellschaftliche Organisationen bereit.

Ohne Instrumente, die die Einhaltung und den Fortbestand der 'freiheitlichen demokratischen Grundordnung' sicherstellen würden, wäre das Bekenntnis zu einer solchen Grundordnung weitgehend bedeutungslos. Um als 'Frühwarnsystem' dazu zu dienen, extremistischen Bestrebungen entgegenzuwirken, wurde der föderal organisierte Verfassungsschutz geschaffen. Er hat die Aufgabe, extremistische Bestrebungen zu beobachten, um sowohl die zuständigen Stellen als auch die Öffentlichkeit über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung zu informieren.

**Politische Bildung.** Die politische Bildung stellt sich vorrangig der Aufgabe, Einsicht und Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das politische System, das Funktionieren des Rechtsstaates und eine durch Bürgeraktivität geprägte Demokratie zu befördern. Die Vermittlung zwischen Politik und Bürgern ist eine Aufgabe der Landeszentrale für politische Bildung. Ziel ist es, durch Bildung und Aufklärung die Handlungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger für ihr Gemeinwesen zu stärken.

Die Landesregierung ist sich der besonderen Rolle der politischen Bildung von Erwachsenen bewusst. Auch hier kommt es darauf an, die Bürgerinnen und Bürger im Sinne von „aufsuchender Bildung“ in ihrem Lebensumfeld zu erreichen. Erwachsene im mittleren Alter oder auch Senioren, die in ihren Eltern- und Großelternrollen Erziehungs- und Beratungsfunktionen wahrnehmen, Verhalten anderer tolerieren, missbilligen oder verstärken und selber Vorbildfunktion übernehmen, müssen häufiger Ansprechpartner von Weiterbildungsmaßnahmen werden. Um diese wichtige Aufgabe zu gewährleisten, werden vertraute Instrumente und Methoden der politischen Erwachsenenbildung der ständigen Überprüfung ihrer Wirksamkeit besonders für den ländlichen Raum unterzogen.

Demokratiebildung ist ein inhärenter Bestandteil der politischen Bildungsarbeit. Den größten Teil der Bildungsarbeit in der Fläche des Landes leisten die freien Träger der politischen Bildung, die durch die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung gefördert werden. Durch kontinuierliche Tätigkeit der freien Träger wurde die Nachhaltigkeit des Engagements gegen Rechtsextremismus gestärkt. Die Landeszentrale fördert hierbei folgende inhaltliche Schwerpunkte und bietet außerdem Veranstaltungen, Publikationen und Ausstellungen zu diesen Schwerpunkten an:

- Förderung des Verständnisses der demokratischen und verfassungsmäßigen Ordnung;
- Aufklärung über Ursachen und Erscheinungsformen von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antise-

mitismus, politischem Extremismus und Gewalt sowie die Möglichkeiten zu ihrer Bekämpfung;

- Abbau von Vorurteilen gegenüber kulturellen und ethnischen Minderheiten und Förderung der Beteiligung an interkulturellen Begegnungen;
- Förderung einer kritischen Auseinandersetzung mit Themen der Landespolitik und Zeitgeschichte, insbesondere der Geschichte des Nationalsozialismus und der DDR-Geschichte.

**Gedenkstättenpädagogik.** Themen der historisch-politischen Bildung sind ein zentraler Bestandteil der Demokratie- und Menschenrechtserziehung in Brandenburg. Es ist eine Aufgabe der Bildungsarbeit, Wissen über die deutsche Geschichte zu vermitteln, dabei keine blinden Flecken oder Tabus hinzunehmen und unauflösbare Widersprüche nicht zu nivellieren. „Gedenkstättenlehrerinnen und -lehrer“ arbeiten an der Schnittstelle zwischen Schulen, Gedenkstätten und Museen. Ein weiterer Arbeitsbereich der Gedenkstättenpädagogik liegt in der Fortentwicklung von Konzepten für Studienfahrten zu Gedenkstätten und Schülerbegegnungen in Gedenkstätten.

**Demokratische Schulentwicklung für Toleranz und Zivilcourage und Öffnung von Schulen in das Gemeinwesen.** Im Rahmen des Beratungssystems Schule unterstützt die Landesregierung Lehrkräfte, Schulleitungen und die Schulaufsicht dabei, fremdenfeindliche oder rechtsextremistische Tendenzen in ihrem Arbeitsbereich frühzeitig wahrzunehmen, damit sie sich mit den entstehenden Problemen aktiv auseinandersetzen können. Unerlässlich ist besonders die passgenaue Abstimmung der verschiedenen pädagogischen Systeme, vor allem zwischen Schule, Kindertagesstätten, Jugendarbeit, Sport und Kultureinrichtungen.

Mit ihrer Infrastruktur müssen die Schulen gerade im ländlichen Raum verstärkt vielfältige Orientierungs-, Vernetzungs- und Ankerfunktionen für das gesellschaftliche Leben wahrnehmen. Ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung dieses Ziels ist die Erhöhung der Zahl der Ganztagschulen sowohl im Bereich der Grundschule als auch im Bereich der Sekundarstufe I. Die Schule als Lebensort für Lehrende und Lernende gewinnt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung. Dabei wird sich das pädagogische Handeln grundsätzlich von einer „Kultur der Anerkennung“ leiten lassen. In diesem Zusammenhang wird es förderlich sein, wenn sich möglichst viele brandenburgische Schulen, auch im Grundschulbereich, um das bereits öffentlich anerkannte Prädikat „Schulen ohne Rassismus – Schule mit Courage“ bemühen werden und sich auf diese Weise mit den Grundlagen und Gefährdungen demokratischen Zusammenlebens auseinandersetzen. Sie haben damit eine nicht zu überschätzende Signalwirkung auf das öffentliche Leben im demokratischen Gemeinwesen. Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen, Ausbildungsstätten und Berufsschulen müssen sich sowohl zueinander als auch zum Gemeinwesen hin öffnen.

Mit besonderer Achtsamkeit wird sich die Landesregierung zudem der Vernetzung und Verbesserung aller auf Schule und Lehrkräfte zielenden Angebote und Strukturen widmen. Lehrerinnen und Lehrer, Er-

zieherinnen und Erzieher müssen in der Lage sein, Orientierung und Vertrauen zu schaffen. An ihnen richten sich die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen aus. Zur Beratung und Fortbildung von Schulaufsicht, Schulleiterinnen und Schulleitern, Lehrerinnen und Lehrern dient ferner das Beratungs- und Unterstützungssystem Schule (BUSS). Verstärkt wird daneben an den brandenburgischen Schulen die Auseinandersetzung mit rechtskundlichen Fragen. Die Landesregierung ist deshalb bestrebt, die dazu erforderlichen Kompetenzen zu stärken und zu fördern. Insbesondere sollen Möglichkeiten gefunden werden, elterliche Erziehungskompetenz im Rahmen der Zusammenarbeit von Elternhaus, Kitas und Schule zu unterstützen.

**Rolle der Familie.** Brandenburgs Landesregierung will in Umsetzung der Koalitionsvereinbarung und des Landtagsbeschlusses vom April 2005 bis zum Herbst 2005 ein familien- und kinderfreundliches Maßnahmenpaket vorlegen, in dem auch der Frage unter anderem nach Problemen elterlicher Erziehung nachgegangen wird und Maßnahmen zur Unterstützung der Eltern beispielsweise durch Versenden von „Elternbriefen“ oder die Förderung von „Familienferien“ für sozial schwächer Gestellte dargestellt werden. Dieser familienpolitische Beitrag kann in seiner Querschnittswirkung auch eine demokratische Erziehung unterstützen.

Toleranz-erziehung muss so früh wie möglich beginnen. Ab der frühen Kindheit sollte sich deshalb die Bildung besonders der Förderung von emotionalen und sozialen Kompetenzen im Zusammenwirken zwischen Familie, Kita und Schule widmen.

Voraussetzungen demokratischer Erziehung und zugleich die beste Abwehr rechtsextremer Einflüsse und möglicher Entwicklung zur Gewaltbereitschaft sind Empathie und authentische Wertevermittlung. Wünschenswert ist eine von gegenseitigem Respekt geleitete Kommunikation zwischen Eltern und Heranwachsenden. Eltern brauchen wirksame Unterstützung angesichts der von ihnen nicht selten erlebten Überforderung bei der Erziehung ihrer Kinder. Sie brauchen verstärkt Informationen über Strategien und Auftreten der Rechtsextremen. Sie sollen besser erkennen können, welche Gefahren für Persönlichkeitsbildung und Zukunftschancen ihrer Kinder in den Einflüssen rechtsextremer Ideologien liegen.

**Zusammenarbeit von Schulen und Polizei.** Weiter verstärkt wird die Zusammenarbeit von Schulen und Polizei mit dem Ziel der Prävention von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Besondere Bedeutung dabei hat der Ausbau von Schulpartnerschaften. Davon bestanden im März 2005 bereits 620 mündlich und schriftlich vereinbarte Partnerschaften, die sich an der jeweiligen polizeilichen Lage sowie an individuellen schulischen Schwerpunkten orientieren. Sowohl die wechselseitige Benennung von Ansprechpartnerinnen und -partnern als auch die Anwesenheit von Polizeibeamtinnen und -beamten an Schulen im Zuge konkreter Präventionsmaßnahmen tragen dazu bei, die Entstehung von Kriminalität und Gewalt in der Schule sowie im schulischen Umfeld zu verhindern.

**Jugendarbeit stärken.** Als langfristig erfolgreich und nachhaltig haben sich ebenfalls Ansätze erwiesen, die Kooperationen zwischen Jugendarbeit bzw. außerschulischer Jugendbildung einerseits und Schule oder Berufsausbildung andererseits verfolgten. Angesichts der demografischen Entwicklung unseres Landes kommt besonders der Jugendarbeit, dem Sport und der Kulturarbeit im ländlichen Raum eine eminent wichtige Rolle zu. Von ihrer Professionalität hängt es maßgeblich ab, ob die Werte der Demokratie, ob Konfliktfähigkeit und Toleranz verinnerlicht werden. Den kommunalpolitischen Entscheidungsträgern kommt bei der Gestaltung dieses Bereiches eine erhebliche Verantwortung zu.

Für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Sport- und Kulturpädagoginnen und Kulturpädagogen, Übungsleiterinnen und Übungsleiter müssen Möglichkeiten für Fortbildung und permanente Praxisberatung gesichert werden. Aber auch immer mehr engagierte Bürgerinnen und Bürger sind zu befähigen, den vielfältigen gesellschaftlichen Wandel in ziviler und demokratischer Weise persönlich zu bewältigen und im öffentlichen Raum selbst mitzugestalten. Die Freizeitgestaltung Heranwachsender ist dafür ein besonders wichtiger Ort. Unbedingt muss das Ziel verfolgt werden, Jugendlichen überall im Land Brandenburg Angebote für eine attraktive Freizeitgestaltung zu machen. Jeweils speziell abgestimmte aktivierende Angebote für männliche und weibliche Jugendliche sind besonders in den peripheren Regionen notwendig.

Konfliktfähigkeit und Toleranz, das Verständnis anderer Kulturen und das Erleben von Partnerschaft mit jungen Menschen anderer Nationen – dies alles gehört zu den Zielen der im Rahmen des Landesjugendplans geförderten Jugendarbeit in Brandenburg. Für die Jugendverbände, die Jugendbildungsstätten und die anderen Träger der außerschulischen Jugendbildung sowie der internationalen Jugendarbeit ist es selbstverständlich, sich mit demokratiefeindlichen, rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungen auseinander zu setzen und Jugendliche zu aktiver Auseinandersetzung und öffentlicher Abgrenzung gegen solche Einstellungen zu ermutigen. Besonders die Jugendfeuerwehr, die Jugendgruppen des THW und die Sportverbände, die gerade in ländlichen Regionen eine Vielzahl von „unpolitischen“ Jugendlichen erreichen, sind hierbei von hoher Bedeutung. Sie stellen sich aktiv den Herausforderungen und entwickeln eigene Angebote. Damit sind sie hilfreiche Partner beim gemeinsamen Ziel des Abbaus von Fremdenfeindlichkeit und der Entwicklung von Konfliktfähigkeit. Dem Ziel, überall in Brandenburg ein attraktives Freizeitangebot für Jugendliche zu unterbreiten, trägt insbesondere das Personalkostenförderprogramm (ehemals 610-Stellen-Programm) Rechnung, das der demografischen Entwicklung angepasst wird und mit dem in 2006 mindestens 580 Stellen, 2007 mindestens 540 Stellen und 2008 mindestens 510 Stellen gefördert werden.

**Wissenschaft, Forschung und Kultur** leisten auf ihren Gebieten wesentliche Beiträge zu einem positiven Klima der Toleranz und Weltoffenheit. Rechtsextreme Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz sind Gegenstand wissenschaftlicher, künstlerischer und kultureller Auseinandersetzung. Ein Schwerpunkt der Arbeit auf dem Gebiet der Soziokultur und der kulturellen Bildung bleibt die Prävention.

Soziokulturelle und kulturpädagogische Einrichtungen, insbesondere dort, wo sie generationsübergreifende Handlungsansätze verfolgen, bieten immer wieder Aktivitäten, die das gesellschaftliche Gesamtklima positiv beeinflussen. Eine wachsende Rolle spielt das Thema der Interkulturalität in der wissenschaftlichen Lehre und Forschung sowie bei den Weiterbildungsangeboten der Hochschulen des Landes Brandenburg. Die Hochschulen engagieren sich verstärkt in der Öffentlichkeit und den örtlichen Medien, um die ausländischen Studierenden durch gezielte Aktionen zu integrieren und für einen gewaltfreien und toleranten Umgang miteinander zu werben. Darüber hinaus bestärken das kulturelle Engagement der Brandenburger und ihre eigenen kulturellen Aktivitäten die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Heimat im Sinne eines selbstbewussten und weltoffenen Verhältnisses zum Eigenen und zum Fremden und sind daher in besonderer Weise geeignet, das eingangs zitierte Leitbild einer „Heimat mit Zukunft“ mit Leben zu erfüllen. Dies gilt es zu fördern.

**Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern.** Das Gelingen einer Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern ist ein wichtiger Indikator für den sozialen Zusammenhalt in einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft und damit auch eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Mit dem Beschluss der Landesregierung vom 12. Juli 2005 zur Fortschreibung der „Konzeption der Landesregierung zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer und zur Verbesserung der Lebenssituation der Flüchtlinge im Land Brandenburg“ wird der Stellenwert der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern für die Arbeit der Landesregierung deutlich. Belange der Zuwanderinnen und Zuwanderer im politischen und Verwaltungshandeln zu berücksichtigen, ist eine wesentliche Voraussetzung für Prozesse interkultureller Öffnung. Diese Landesintegrationskonzeption ist damit auch Bestandteil des Handlungskonzepts. Ihre Umsetzung wird durch einen Landesintegrationsbeirat begleitet, in dessen Auftrag Arbeitsgruppen Vorschläge zur Umsetzung und Weiterentwicklung erarbeiten. Auch der Fachberatungsdienst Zuwanderungs-Integration-Toleranz bietet Kommunen, kommunalen Integrationsnetzwerken und Migranten-Selbsthilfeorganisationen Beratung, Information und Fortbildung.

Es gehört zu den Aufgaben der Ausländerbeauftragten, darauf aufmerksam zu machen, wo unter Umständen durch das Handeln von Politik oder Verwaltung der Abbau von Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit erschwert wird. Das betrifft oft in besonderer Weise die Situation von Flüchtlingen und den Umgang mit ihnen. Für viele Brandenburgerinnen und Brandenburger sind aber Flüchtlinge oft die einzigen Menschen ausländischer Herkunft, denen sie begegnen. Insofern haben ihre Situation und der Umgang mit ihnen beispielhaften Charakter. Bürgerengagement zeigt sich häufig gerade in der Unterstützung von Flüchtlingen. Eine wichtige Rolle für die Integration spielt die Stärkung der Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten und ihrer Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben.

Integrationspolitische Bedeutung haben auch interkulturelle Aktivitäten. Sie verhelfen zur Verständigung zwischen den Minderheiten und der Mehrheitsgesellschaft in Brandenburg. Sie sind notwendig und zukunftsorientiert und werden von der Ausländerbeauftragten weiter befördert.



**Antidiskriminierungsarbeit.** Die noch in nationales Recht umzusetzenden verschiedenen EU-Richtlinien zum Gleichbehandlungsgebot zielen auf den Abbau von Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität in zentralen arbeits- und zivilrechtlichen Bereichen wie Beschäftigung, Beruf und berufliche Aus- und Fortbildung, Sozialschutz und soziale Vergünstigungen, Bildung sowie Zugang zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen.

Die Landesregierung gibt der Gestaltung einer vorurteilsfreien und toleranten Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Zur Begleitung des Gesetzgebungsverfahrens und zur künftigen praktikablen Umsetzung eines Antidiskriminierungsgesetzes des Bundes im Land Brandenburg wurde eine ressortinterne Koordinatorin für Antidiskriminierungsfragen im MASGF eingesetzt.

Die Arbeit gegen Diskriminierung wegen ethnischer Herkunft ist ein Schwerpunkt im Bereich der Ausländerbeauftragten und wird durch die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle (seit 1999) hervorgehoben. Die Stelle ist Anlaufstelle für Betroffene, darüber hinaus werden Präventionsmaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit zur Verhinderung von ethnischer und religiöser Diskriminierung entwickelt. Diese Antidiskriminierungsarbeit wird durch die Ausländerbeauftragte fortgeführt.

**Sport.** Sportliche Betätigung fördert nicht nur körperliche Fitness, sondern bietet auch hervorragende Möglichkeiten für notwendige Selbsterfahrung etwa beim Umgang damit, eigene Leistungsgrenzen zu erleben und soziale Kompetenzen zu erweitern. Bei wenigen Gelegenheiten finden sich so unterschiedliche Menschen zusammen wie beim Sport. Der Abbau von Vorbehalten zugunsten von Verständigung und Toleranz im Umgang miteinander gelingt in der ungezwungenen Atmosphäre von Sport und Spiel meist ohne größere Komplikationen. Damit bietet der Sport mit seinen individuellen Möglichkeiten ein wichtiges Handlungsfeld langfristig angelegter Integration. Das Landesprogramm „Integration durch Sport“ stellt durch Kooperationen mit Stützpunktvereinen in allen Landesregionen und mobilen offenen Angeboten eine Synthese zwischen vereins- und vereinsungebundenem Sport dar.

**Strategien der Stadtentwicklung.** Demokratie wird vor Ort, in den Städten und Gemeinden Brandenburgs gelebt. Hier in den Quartieren, im unmittelbaren Lebensumfeld erfahren die Menschen des Landes, dass die Gesellschaft durch eigenes Engagement und nicht durch Ausgrenzung gestaltet wird. Die Strategien der sozialen Stadtentwicklung setzen hier an. Es gilt, die Identifikation mit dem eigenen Quartier zu stärken sowie das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für ihr Quartier zu fördern. Dies gilt gerade für Stadtteile mit besonderem Handlungsbedarf, die von den Folgen des ökonomischen und demografischen Strukturwandels stark betroffen sind. Das benachteiligte Quartier benachteiligt seinerseits. Vor allem Kinder und Jugendliche erleiden den Verlust von Zukunftschancen.

Projekte wie Bürgerhäuser und Jugendzentren schaffen mit ihren Angeboten an die Bewohnerinnen und Bewohner der Quartiere gute Voraussetzungen für das eigene Engagement und für gelebte Toleranz. Sie wirken autoritären Strukturen entgegen. Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung und der Verbesserung der Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums tragen ebenso zur stärkeren Identifikation mit dem Quartier bei. Das gemeinsame Ziel aller einschlägigen Entwicklungsstrategien besteht darin, im kontinuierlichen Dialog mit allen Wirtschafts- und Sozialpartnern der Benachteiligung breiter Schichten in den Städten entgegenzuwirken, damit zugleich Gewalt und menschenfeindliche Haltungen zu mildern und demokratische Partizipationsmuster aufzuzeigen.

**Interregionale Partnerschaft über Grenzen hinweg.** Die Landesregierung fördert internationale Schulpartnerschaften und Schülerbegegnungen sowie internationale Jugendbegegnungen, die von Jugendverbänden und anderen Trägern der freien Jugendhilfe durchgeführt werden. Besondere Bedeutung für stabile Partnerschaften über die Landesgrenzen hinweg haben die vielfältigen Städte- und Gemeindepartnerschaften mit ihren auf lange Sicht angelegten kommunalen Partnerschaftsbeziehungen sowie grenzüberschreitende und interregionale Kooperationen der Landeseinrichtungen, Vereine und Verbände.

Die Landesregierung und die Kommunen tragen damit zur europäischen Verständigung bei. Der gezielte Erfahrungsaustausch und die Vermittlung von Informationen über die Grenzpartner kommen der Entwicklung der ländlichen Räume zugute. Sie dienen zugleich der mentalen Annäherung der Partner sowie dem fachlichen Austausch. Damit wird im Land Brandenburg das Verständnis für die Situation der neuen EU-Mitgliedsländer geweckt. Zugleich werden der wirtschaftliche und zwischenmenschliche Austausch über die Grenzen hinweg verstärkt. Neben anderen Akteuren hat das Mobile Beratungsteam mit seiner Untergliederung „Eurokomm“ auch dafür im grenznahen Bereich zu Polen bisher einen wichtigen Beitrag geleistet.

**Weltoffenheit und Gastfreundschaft.** Brandenburg steht im internationalen Standortwettbewerb. Das weltoffene und tolerante Klima einer Region ist ein entscheidender Standortfaktor zur Ansiedlung von ausländischen Investoren und somit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. In Brandenburg haben sich bisher etwa 300 Investoren aus 37 Ländern niedergelassen. Insgesamt wurden damit über 40.000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert. Ungefähr jeder dritte Arbeitsplatz in der brandenburgischen Industrie hängt direkt oder indirekt von ausländischem Engagement ab. Für ansiedlungsinteressierte Unternehmen spielen die kulturelle und gesellschaftliche Atmosphäre sowie die Sicherheit der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine entscheidende Rolle. Fremdenfeindlichkeit wird gerade im Ausland sehr sensibel wahrgenommen. Dies führt zu Verunsicherung und erschwert den Aufbau des Wirtschaftsstandortes Brandenburg mithilfe ausländischer Investoren.

Brandenburg wird zunehmend ein gefragtes Reiseziel. Der Anteil ausländischer Touristen hat sich in den letzten Jahren ständig erhöht. Da der Tourismus im Land Brandenburg insbesondere in den ländlichen Reisegebieten ein entscheidender Wirtschaftsfaktor ist, spielen generell die Themen Gasfreundschaft und Ausländerfreundlichkeit in der Arbeit der Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH und der Tourismuswirtschaft im Land eine existenzielle Rolle. Fremdenfeindlichkeit vertreibt Gäste, gefährdet und vernichtet Arbeitsplätze. In der Tourismuswirtschaft Brandenburgs sichern etwa 50.000 Arbeitsplätze die Existenz von 90.000 Menschen. Deshalb unterstützt die Landesregierung gemeinsam mit den Kammern, den Verbänden sowie den Unternehmen der Industrie und der Tourismuswirtschaft des Landes Brandenburg alle Aktivitäten, die zur Toleranz und zur Auseinandersetzung mit Ausländerfeindlichkeit beitragen und damit helfen, die Prinzipien der Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit zugleich in ihrem innerbetrieblichen Alltag zu verwirklichen.

### III.3 Repression wirksam organisieren

**Konsequenter Aufklärungs- und Verfolgungsdruck.** Polizeiliche Maßnahmen und die Strafjustiz stehen häufig am Ende von Fehlentwicklungen. Sie können nur in begrenztem Maße Wirkungen erzielen, die Gesellschaft und Einstellungen verändern. Konsequentes Handeln der Strafverfolgungsbehörden kann jedoch politisch motivierten Gewalttätern ihre Grenzen aufzeigen und damit präventive Wirkung entfalten. Konsequentes polizeiliches Einschreiten bei Straftaten sowie schnelle Täterermittlung können zudem öffentlich deutliche Zeichen setzen. Deshalb wird die Polizei in Brandenburg den massiven Aufklärungs- und Verfolgungsdruck weiter aufrechterhalten.

Die erfolgreichen Konzepte der Mobilen Einsatzeinheiten gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit (MEGA) und der Täterorientierten Maßnahmen gegen extremistische Gewalt (TOMEG) werden weitergeführt. Es wird nicht zugelassen, dass gewaltbereite, rechtsextrem orientierte Jugendliche öffentliche Räume besetzen und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigen.

Einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung des Handlungskonzeptes Tolerantes Brandenburg leistet der Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg. Durch die Erarbeitung ressortübergreifender Präventionsstrategien zu verschiedenen Phänomenbereichen, die landesweite gezielte Koordination von Maßnahmen der Kriminalitätsverhütung verschiedenster Partner, aber auch die Koordination der Zusammenarbeit des Landes Brandenburg mit dem Deutschen Forum für Kriminalprävention wird ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit geleistet.

**Angemessene und spürbare Sanktionen.** Zur Bekämpfung und Zurückdrängung rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten ist es erforderlich, die Strafverfolgung zu beschleunigen, um solche Straftaten mit angemessenen und spürbaren Sanktionen zu ahnden, um die Rechte der Opfer solcher Straftaten zu wahren und nicht zuletzt auch, um die Resozialisierung der Täter zu erleichtern. Der

Strafjustiz kommt bei der Bekämpfung und Verhütung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt die verantwortungsvolle Aufgabe zu, sowohl für die Täter als auch für die Allgemeinheit und die Opfer deutlich Zeichen dafür zu setzen, dass der freiheitliche Rechtsstaat nicht bereit ist, die Unterminierung seiner Grundlagen durch rechtsextremistische Gewalt und Hasspropaganda hinzunehmen.

Die Justiz hat es aber immer mit bereits begangenen Taten zu tun und ist daher nur begrenzt in der Lage, auf gesellschaftliche Entwicklungen Einfluss zu nehmen. Dennoch ist der Stellenwert der generalpräventiven Wirkung des Strafverfahrens nicht zu unterschätzen. Diese abschreckende Wirkung entfaltet sich gerade dann, wenn die strafrechtliche Aufarbeitung durch die Staatsanwaltschaften und Gerichte schnell, gründlich und konsequent erfolgt, ohne dabei den Blick auf den Einzelfall zu verlieren. Auf diese Weise leistet die Justiz einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft.

Sanktionen zu verhängen ist aber nicht allein Sache der Strafjustiz und der Strafverfolgungsbehörden. Rechtsextremistische Gesinnung kommt in für die Gesellschaft oft beängstigender Weise da zum Ausdruck, wo sich Menschen zusammenfinden, um ihrer extremistischen Haltung Ausdruck zu verleihen und gleichzeitig untereinander ein Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln. Dies geschieht oftmals durch den Zusammenschluss in Kameradschaften, die sich durch eigene Erkennungsmerkmale wie – häufig einem nationalsozialistischen Mythos entlehene – Vereinszeichen definieren. Diesen Zusammenschlüssen kann und muss mit den Mitteln des Vereinsgesetzes begegnet werden.

#### **IV. Brandenburgs Weg zur starken und lebendigen Demokratie**

Die Landesregierung bekennt sich mit Nachdruck dazu, in ihren Bemühungen für die starke und lebendige Demokratie in Brandenburg nicht nachzulassen. Sie wird ihre Anstrengungen im Gegenteil mit aller Kraft fortsetzen, weiter ausbauen und systematisieren. Die Erziehung zu Demokratie und Toleranz muss so früh beginnen wie nur irgend möglich. Kindertagesstätten und Grundschulen sind entscheidende Orte des frühkindlichen Erwerbs von Bildung und der Fähigkeit zur friedlichen Austragung von Konflikten.

Die Landesregierung arbeitet systematisch daran, alle Schulen mit der Kompetenz auszustatten, die Ziele der starken und lebendigen Demokratie jederzeit und überall offensiv zu vertreten. Zugleich wird sich die Landesregierung mit großer Vordringlichkeit dafür einsetzen, die Vernetzung der verschiedenen Handlungsfelder und Akteure gerade auch auf der kommunalen Ebene zu verstärken. Ebenfalls fördert die Landesregierung die aktive Vernetzung aller demokratischen und bürgerschaftlichen Akteure in allen Bereichen. Die Schulen als Zentren des gemeinschaftlichen Lebens, die Gemeinden, die Vereine und Verbände sowie alle weiteren gesellschaftlichen und staatlichen Kräfte auf der lokalen Ebene müs-

sen noch intensiver als bisher am selben Strang ziehen. Die Landesregierung wird jederzeit und überall mit aller gebotenen rechtsstaatlichen Härte gegen diejenigen vorgehen, die Demokratie und Toleranz in Brandenburg militant bekämpfen. Rechtsfreie Räume werden nirgendwo geduldet. Die Landesregierung setzt sich mit Nachdruck dafür ein, moderne Systeme der Unterstützung und Beratung von Familien auf den Weg zu bringen. Weil Information das Vertrauen in die Demokratie stärkt, muss die Aufklärungsarbeit der Landesregierung die Menschen dort erreichen, wo sie sind. Schließlich unterstützt und ermutigt die Landesregierung ganz besonders das freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für unser Gemeinwesen. Denn die starke und lebendige Demokratie muss Tag für Tag gelebt werden, damit das tolerante Brandenburg gedeihen kann.

Einer größeren Auflage der Broschüre liegt eine von und mit Jugendlichen gestaltete DVD bei:

**... auf dem Weg zu einem toleranten Brandenburg.**  
Ein Filmprojekt des Jugendfördervereins MIKADO e.V.  
Nauen/Falkensee 2008

10 Jahre Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“. Das bedeutet Zeit, auf gelungene Projekte und Initiativen zurückzublicken und stolz zu sein – aber auch Zeit, sich hinterfragen zu lassen. Auf welche erfolgreichen Aktivitäten kann verwiesen werden, was sind die zukünftigen Aufgaben, denen es sich noch zu stellen gilt?

Jugendliche der Friedrich Engels Oberschule in Falkensee haben mit Unterstützung des Jugendfördervereins MIKADO e.V. und der Medienpädagogen des Vereins metaversa die 10 Jahre Tolerantes Brandenburg kritisch beleuchtet.

Die Jugendlichen erhielten einen sehr intensiven Einblick in die Wirkungen des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ der letzten 10 Jahre. Sie haben sich mit den unterschiedlichen Projekten innerhalb des Konzeptes beschäftigt, Gespräche geführt und ihre Eindrücke, Meinungen und Gedanken medial festgehalten. Entstanden ist ein Film, welcher die Sichtweise der Jugendlichen auf das Handlungskonzept widerspiegelt und gleichzeitig einen Ausblick auf die weiteren Schwerpunkte aus Sicht der Jugendlichen deutlich macht.

Die Jugendlichen gehören der Generation an, deren Engagement und Einsatz gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus maßgeblich zur Ausgestaltung eines toleranten und offenen Brandenburgs beitragen wird. Umso wichtiger ist es für die Jugendlichen, mit diesem Film einen Beitrag für eine offene Diskussion um die Zukunft Brandenburgs zu leisten.



Falls die DVD in Ihrer Ausgabe nicht vorhanden ist, so können Sie diese in der

Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg  
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg  
Heinrich-Mann-Allee 107 | 14473 Potsdam

nachbestellen.

Die Broschüre wurde gefördert mit Mitteln des Landes Brandenburg.

